

# diskus

# 1



Beiträge zur  
hochschulpolitischen  
Diskussion

# diskus

## **Frankfurter Studentenzeitung**

6 Frankfurt am Main  
Jügelstraße 1  
Telefon 7 98 31 88

## **Herausgeber**

Konrad Schacht, Veit Feger, Bernd  
Schauenberg, Ulrich Möllenstedt,  
Lutz Unterseeher

## **Verlagsleiter**

Werner Fritzsche (kommissarisch)

## **Geschäftsf. Redakteur**

Andreas Schacht (verantw.)

## **Redaktion**

Ulrich Brozio, Gerhard Fisch, Bernd Grass,  
Dr. Arno Müller

## **Gestaltung**

Eduard Wolczak, Lothar Leßmann

## **Anzeigen und Vertrieb**

Heinz Funke

## **Druck**

Buch- u. Verlagsdruckerei Paul Nack  
Hanau, Hammerstraße 9

Artikel, die mit dem Namen des Verfassers  
oder seinen Initialen gekennzeichnet sind,  
geben die Meinung des Autors wieder, aber  
nicht unbedingt die der Redaktion.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit  
Erlaubnis der Redaktion. Leserbriefe haben  
keinen Anspruch auf vollständige Wieder-  
gabe. Unverlangt eingesandte Bespre-  
chungsexemplare werden nicht zurückge-  
geben.

Gerichtsstand: Frankfurt am Main

**Die erste Nummer  
erscheint kostenlos.**

# editorial

Der diskus war tot. Die anarchische Stu-  
dentenbewegung war unfähig zu organi-  
sierter Arbeit. Der SHB versucht die Reor-  
ganisation politischer Arbeit in der Hoch-  
schule – nicht nur unter den Lohnabhän-  
gigen – weil Wissenschaft zu einem zen-  
tralen Faktor der Selbsterhaltung und  
Ausweitung von Staat und Gesellschaft ge-  
worden ist.

Die Reorganisation politischer Arbeit  
durch das Mittel einer Studentenzeitung,  
zumal bei Absicht auf überregionales Er-  
scheinen, geht allererst nicht auf Agitation,  
sondern auf aufklärerische Information, auf  
Diskussion von Analysen der politischen  
Situation, von Formen politischer Arbeit. Die  
eindimensionale Analyse, wie sie vom SDS  
auch für den diskus verbindlich gemacht  
worden war, ist ihrer Erfolglosigkeit über-  
führt.

Diese Neuauflage – ab Herbst in ra-  
scherer Folge – konkretisiert ihr Programm  
durch eine Selbstdarstellung von an der  
Hochschule tätigen politischen Gruppen  
und Fachschaften, gibt Hinweise auf die  
Konsequenzen des neuen Hessischen Hoch-  
schulgesetzes für Universität und Studen-  
ten, analysiert die Wandlungen im Aus-  
bildungssektor in weiterem Rahmen.

Wir sind angewiesen auf die Mitarbeit,  
sei sie in politischen Gruppen und Fach-  
schaften organisiert oder nicht, für die der  
diskus ein Organ der Information und  
Selbstverständigung werden soll.  
diskus

# inhalt

Konrad Schacht	Zur politischen Funktion einer Studentenzeitung
Andreas Schacht	SDS-Verbot in Heidelberg 3
Bernd Schauenberg Konrad Schacht	diskus-Interview mit Prof. Denninger 8
Ulrich Möllenstedt	Politisierung der Wissenschaft als Verwissenschaftlichung der Politik 11
Wolfgang Streeck Konrad Schacht	Technokratie und Emanzipation 12
Dr. Arno Müller	Ideologische Aspekte von Skinners Behaviorismus 18
Ulrich Brozio	Sozialistische Reformpolitik Rotzök Berlin 21
Rainer Erd	Auseinandersetzungen um die Neukonzeption gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge – Diskussion in der Bremer Fachbereichskommission 24
	Selbstdarstellungen: Spartakus 29 SHB 30 Junge Garde 31
Karl Haubold	Was vertreten Assistentenvertreter? 34 Dr. Becker etc. 34 SC e. V. 35
Veit Feger	diskus und Studentenpolitik 35
Kurt Bayer	Zur Situation am politischen Seminar 37
N. N.	Die Fachbereichszuordnung der Ethnologie 37
Angelika Schütte	Die politische Lage am Germanistischen Seminar 39
Elisabeth Steglmann	Die Situation am Englischen Seminar 40
Hubert Magnus	Beginn einer verbindlichen Politik am Romanischen Seminar 40
Eberhard Zimmermann	Fachbereich Medizin 41
N. N.	Die Struktur des Instituts für Theoretische Physik 42
Roland Haas	Excursionen 44
Peter Dreßler	Schafft die Zensuren ab 45
Ulrich Möllenstedt	Variationen über Django Django – Idol für Revolutionäre 47
Klaus Bloemker	Warum der Italowesten so schön ist? 47

# Zur politischen Funktion einer Studentenzeitung

Der mobilisierenden Konfliktstrategie der sich revolutionär begreifenden Studentebewegung folgte – zumindest in Frankfurt – Apathie. Die technokratischen Modernisierungen im Hochschulbereich stießen hier in Hessen nur auf eine begrenzt reaktionsfähige Studenten- und Assistentenschaft. Gegenüber den übermächtigen Integrationsfähigkeiten des Systems schien den Studenten nichts zu bleiben als hochschulpolitische Resignation und Arbeit an der proletarischen Basis, um von hier aus eine Politik der totalen Umwälzungen langfristig zu ermöglichen.

Theoretisch begründbare Positionen studentischer Politik, die – nach einer genauen Analyse der latenten und manifesten Funktionen technokratischer Hochschulpolitik – für eine Weiterführung radikaler Reformpolitik im Bildungssektor plädieren, sind bisher erst zaghaft oder fragmentarisch ausgeführt oder vertreten worden. Die Herausgeber dieser Zeitung halten eine solche Debatte an den Universitäten für notwendig, um – jenseits von Dogmatismus und Pragmatismus zugleich – wieder zu einer theoretisch legitimierten Praxis im Hochschulbereich zu kommen.

Geradezu selbstverständlich ist, daß diese Diskussion nicht isoliert vom Bezug auf Bereiche außerhalb der Hochschule zu führen ist: Der Streit ums politische Mandat hatte symbolisch signalisiert, daß Studenten sich der sozialen Relevanz ihrer wissenschaftlichen Praxis bewußt sind. Von da aus ist es nicht nur legitim, sondern selbstverständlich, daß in einer Studentenzeitung Stellung genommen wird zur Gewerkschaftsfrage, zum Nahostkonflikt, zum Imperialismusproblem, zur Faschismustheorie usw. Der Gefahr der Selbstüberschätzung ist dabei – aus Erfahrung mit diesem Blatt klug geworden – zu begegnen. Eine Studentenzeitung kann nicht zum Äquivalent studentischer Organisation werden, sie sollte nicht zum permanenten Agitationsforum einer Richtung werden, sondern studentische Praxis beispielhaft als emanzipatorische realisieren helfen, indem sie sich permanent selbst reflektieren lernt und in theoretische Begründungszusammenhänge zu stellen versucht. Sie sollte exemplarisch immunisieren gegen Dezisionismus und Dogmatismus gleichermaßen.

Die erste Ausgabe des diskus wird diesem Anspruch nur partiell gerecht. Die Beschränkung auf Hochschulpolitik im engen Sinn ist offensichtlich. Der deskriptive Teil überwiegt.

Bewußt sind wir das Risiko eingegangen, daß langwierige Fachschaftsberichte und Gruppenselbstdarstellungen kaum noch die Studenten interessieren, sie deshalb das Blatt als Funktionsarchiv beiseite schieben. Wir halten es für notwendig, daß die universitäre Öffentlichkeit rekonstruiert wird, daß die kontroversen Positionen jenseits demagogischer Verzerrung konfrontiert werden können, um der Masse der Studenten rationales politisches Handeln wieder zu ermöglichen. Transparent werden kann der hochschulpolitische Prozeß nur, wenn Zirkelwesen und punktuelles Wahlkampfgetöse durchbrochen werden und wieder Argumente wie Fakten permanent in die Universitätsöffentlichkeit einströmen. Zur Politisierung scheint uns dies ebenso relevant zu sein wie Konflikte mit der Polizei oder einem politisch vernagelten Rektorat.

Die Beilage zur Technokratiediskussion soll die spröde Faktensammlung theoretisch zumindest etwas überhöhen. Die Technokratiediskussion muß aus der theoretischen Sackgasse heraus, Basisgruppen und Fachschaften müssen überregional öffentlich über antitechnokratische Strategie und Taktik kommunizieren lernen, Aktionismus und Mausehelei sollten wieder öffentlich angegriffen werden können mit theoretisch stichhaltigen Argumenten und nicht mit Phrasen oder personalisierenden Diffamierungen.

Gerade die erste Nummer dieses Blattes ist daher ein Experiment. Die desolante Lage der Fachschaften und politischen Gruppen wird in ihr ebenso deutlich wie die Notwendigkeit ihrer Aktivierung. Zu letzterem kann dieses Blatt ohne studentische Mitarbeit – d. h. also konkret die Mitarbeit aller politisch und hochschulpolitisch engagierter Kräfte – wenig beitragen.

# Doku- mente zum SDS- Verbot in Heidel- berg



Es gibt eine Vorgeschichte, die allerdings nur im Zusammenhang mit den Heidelberger Vorfällen als Vorgeschichte zu betrachten ist. Ansonsten ist sie leider eine andauernde Realität und darf nicht aus der Diskussion kommen, solange sie noch Realität ist: die Geschichte des Cabora Bassa Staudamms.

Die zweite Vorgeschichte steht genauso indirekt mit dem SDS-Verbot in Verbindung, und auch sie wird leider noch einige Zeit Realität bleiben: die Ausbeutung der Dritten Welt, von den Initiatoren gern „Entwicklungshilfe“ genannt.

Am 19. 6. 1970 trafen sich in Heidelberg prominente Vertreter einer „Weltbank-Kommission gegen den Hunger in der Welt“. Unter ihnen befanden sich der Weltbankpräsident McNamara, vormaliger US-Kriegsminister, der Kanadier Pearson (Friedensnobelpreisträger) und der westdeutsche Minister Eppler, der sich auch hauptsächlich mit der „Entwicklungshilfe“ beschäftigt.

Wie das Konzept der sog. „Pearson-Kommission“, eingesetzt von McNamara, aussieht, kann hier nicht in ganzer Breite dargestellt werden; hier nur ein kurzer Auszug aus einem Sonderblatt des ASIA Heidelberg vom 18. 6. 70:

... Die Pearson-Kommission, Professoren, Staatsmänner und Bankdirektoren, läßt sich bei ihren Überlegungen ganz von der Sorge um den Mitmenschen leiten: „Es ist nur gerecht“, sagen sie, „wenn die Besitzenden ihren Reichtum mit den Armen teilen.“

Dies soll erreicht werden durch Liberalisierung der Exporte durch Forcierung des staatlichen und privaten Kapitalexportes durch multilaterale Investitionsplanung, besonders durch die Weltbank durch die technische Rückständigkeit der Industrien in den Entwicklungsländern durch sehr niedrige Löhne in den Entwicklungsländern.

Allerdings ist es der Kommission klar, daß diese neue imperialistische Strategie der Industriemonopole auf den Widerstand der Volksmassen in der Dritten Welt stoßen muß und daß dagegen nur faschistische Regimes helfen: „Die wirtschaftliche Entwicklung löst tiefgreifende Veränderungen im nationalen Verhalten aus und ruft oft Kräfte auf den Plan, die die nationale Eigenheit bedrohen und denen manchmal nur durch Besinnung auf die besonderen historischen Erfahrungen der betreffenden Nation entgegengewirkt werden kann. In einigen Ländern versucht man ernsthaft, gegenüber Auslandsinvestitionen eine etwas ausgewogenere Haltung an den Tag zu legen. Doch wenn es dazu kommen soll, müssen die politisch explosiven Kräfte entschärft werden.“ Was das genau heißt, geht hervor aus der Darstellung, die die Kommission von den faschistischen Regimes in der Dritten Welt gibt. So heißt es über den Putsch in Brasilien 1964: „Erst nachdem ein Regierungswechsel im April 1964 die Einführung einer kontinuierlichen internen Wirtschaftspolitik ermöglichte, brachte man die Entwicklungshilfe für Brasilien wieder in normale geregelte Bahnen.“ – Hinter diesen glatten Sätzen verbirgt sich der Terror der Todeskommandos, die Foltern, Leiden und Elend des brasilianischen Volkes. Aber unser Friedensnobelpreisträger geht noch weiter: „Es ist natürlich unrealistisch, von Regierungen kapitalexportierender Länder zu erwarten, daß sie passiv bleiben, wenn

im Gastland das Eigentum ihrer Bürger diskriminierenden Maßnahmen ausgesetzt ist, doch sollte die Intervention – wenn immer möglich – Formen annehmen, die die langfristigen Beziehungen nicht aufs Spiel setzen.“

## Demonstrationen vom 19. Juni 1970

Der ASIA Heidelberg rief für den 19. 6. zu einer Demonstration gegen diese Konferenz auf. Ca. 2000 Studenten, Arbeiter und Schüler leisteten dem Aufruf Folge und zogen durch die Heidelberger Innenstadt zum Europäischen Hof, wo die Konferenz tagte.

Nach kürzester Zeit wurde deutlich, daß die Demonstration entweder zur Farce werden würde oder in eine Schlacht ausarten würde, da die in Massen auftretende Polizei eine Taktik ausgearbeitet hatte, die darauf abzielte, die Demonstranten so einzukesseln, daß wirksamer Protest unmöglich wurde; die Demonstration wurde zu einer sog. „Sandwich-Demonstration“, bei der die Polizei die Demonstranten von beiden Seiten einkesselt und langsam aber sicher dahin drängt, wo sie sie hinhaben will. Diese Provokation mußte auf die Demonstranten wie ein rotes Tuch wirken, da eindeutig festzustellen war, daß von Seiten der Demonstranten alles getan worden war, um die Demonstration gemäßigt verlaufen zu lassen.

Was nun kam, war klar. Als die Demonstranten versuchten, von der vorgeschriebenen Route abzuweichen, entwickelte sich eine Straßenschlacht, bei der die Gewalttätigkeiten eindeutig von seiten der Polizei ausgingen. Ohne erkennbaren Anlaß wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, was natürlich dazu führte, daß die Demonstranten sich wehrten – die daraus entstandene polizeiliche Berichterstattung dürfte hinreichend bekannt sein, die Falschmeldungen der Polizeipresse suchen ihresgleichen – und nach kurzer Zeit gab es kein verträumtes Heidelberg mehr, sondern nur noch eine Stadt, deren Straßen von prügelnden Polizisten und sich wehrenden Demonstranten gefüllt waren.

Gegen 16.20 Uhr, also rd. 2½ Stunden nach Beginn der Demonstration, beschlossen die Demonstranten, sich organisiert zum Universitätsgelände zurückzuziehen und die Demonstration dort aufzulösen, die trotz des beispiellos brutalen Polizeieinsatzes nicht zerschlagen werden konnte.

## Besetzung der Universität

Als bekannt wurde, daß ein SDS-Genosse, Dieter Wesemann, unter dem absurden Verdacht des versuchten Totschlages verhaftet worden war, wurde für den Abend eine spontane Solidaritätsdemonstration eingesetzt.

Um diese Demonstration von vornherein unmöglich zu machen, besetzte die Polizei kurzerhand die Universität. Dieses verfassungswidrige Vorgehen der Polizei gelang allerdings nicht. Zwar schaffte sie es, in die Uni einzudringen und dort wie die Barbaren zu hausen, doch konnte sie es nicht verhindern, daß sich wieder einige Tausend Demonstranten zusammenfanden. Es gelang der Polizei auch nicht, das rechts-widrige Eindringen in die Universität zu rechtfertigen:

## ASIA: Polizei in der Universität

„Am Abend des 19. 6. 1970 versuchte die Polizei in verfassungswidriger Weise eine spontane Solidaritätsdemonstration für einen unrechtmäßig festgehaltenen Demonstranten von vornherein aufzulösen, allerdings vergeblich. Auch die Besetzung der Neuen Universität, offensichtlich mit dem Ziel, einen Teil der Demonstranten einzukesseln, half dabei nicht. Die Polizei sperrte das Hauptportal. Zwei Beamte liefen in die Vorhalle, warfen von hier aus Tränengaspatronen in das Gebäude. Weitere Polizisten drangen vom Marsiliusplatz her in den Innenhof der Universität ein und verfolgten von hier aus Studenten bis in das Innere des Gebäudes, sogar bis in die höheren Stockwerke.“

Die Polizei gibt an, sie sei von dem Universitätsgebäude her angegriffen worden und rechtfertigt damit den Einsatz. Tatsächlich haben sich einige Studenten in der Universität, in die sie sich zurückgezogen hatten, so gut es ging gegen den Angriff verteidigt, sie warfen z. B. Tränengaspatronen zurück, alles andere aber ist erfunden. Daß die Polizeiführung ein schlechtes Gewissen hat, zeigt auch, daß sie nach wie vor abstreitet, daß Beamte in der Universität waren, obwohl mehrere Zeugen das beidene können. Die Polizei verstrickt sich in immer stärkere Widersprüche. Einerseits will sie ihr Vorgehen rechtfertigen, andererseits will sie gar nicht so vorgegangen sein. Niemand vermag diesen Leuten noch zu glauben.“

## Das Verbot

Am 24. 6. 70 leistete sich dann die Baden-Württembergische CDU/SPD-Regierung einen Verfassungsbruch, der politisch mit dem KPD-Verbot 1956 zu vergleichen ist. Mit einer Begründung, deren Fadenscheinigkeit offensichtlich ist, verbot sie den SDS in Heidelberg und versuchte so, die Opposition mundtot zu machen:

## Verfügung:

**Verbot und Auflösung der Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes**

1. Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ist als Vereinigung, deren Zwecke und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, nach Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.

2. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird aufgelöst.

3. Das Vermögen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS wird beschlagnahmt und zugunsten des Landes Baden-Württemberg eingezogen.

4. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.

5. Die sofortige Vollziehung vorstehender Verfügung wird angeordnet.

## Begründung:

Die Hochschulgruppe Heidelberg des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gehörte dem SDS-Bundesverband bis zu dessen Selbstauflösung im März 1970 an. Seit-



her besteht sie als „arbeitende Gruppe“ selbständig und ohne organisatorische Bindung an andere etwa noch existente ähnliche Gruppen weiter. Auch ihre Tätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf Heidelberg, jedenfalls jedoch auf den Landesbereich. Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ist ein Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593). Ihr Führungsorgan ist seit Januar 1970 der sogenannte Zentralausschuß. Einen Vorstand im herkömmlichen Sinne hat sie, soweit bekannt, gegenwärtig nicht.

## II.

Die Tätigkeit der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS läuft den Strafgesetzen zuwider. Dies ergibt sich u. a. aus folgenden Tatsachen:

1. Am 19. Juni 1970 fand im Hotel „Europäischer Hof“ in Heidelberg eine internationale besuchte Konferenz über Entwicklungshilfepolitik in Anwesenheit des Weltbankpräsidenten und früheren amerikanischen Verteidigungsministers Robert McNamara statt. An diesem Tage versammelten sich gegen 13.20 Uhr ca. 600 Demonstranten auf dem Universitätsplatz in Heidelberg. Der polizeilich angemeldete Aufzug, der sich kurze Zeit später formierte, hielt sich schon sehr bald nicht mehr an den festgelegten Weg. Die Teilnehmer des Zuges, der sich im Laufschritt in Bewegung gesetzt hatte, teilten sich plötzlich in zwei Gruppen, die auf getrennten Wegen die Tagungsstätte zu erreichen und zu stürmen versuchten. Die erste Gruppe konnte bei dem Versuch, die äußere Absperrung unter Verwendung von Schlagwerkzeugen, durch Steinwürfe und das Werfen von Farbbeuteln zu durchbrechen, durch polizeiliche Einsatzkräfte zurückgedrängt werden. Die kurz danach ankommende zweite Gruppe ging in Keilform gegen die äußere Absperrung vor und versuchte, zum Haupteingang des Hotels „Europäischer Hof“ vorzudringen. Dabei wurden Latten, Steine und Farbbeutel als Wurfgeschosse gegen die eingesetzten Polizeibeamten benutzt. Das offensichtlich vorgeplante gewaltsame Eindringen in das Hotel – unter Inkaufnahme massiver Konfrontationen mit der Polizei – konnte vereitelt werden. Während des Nachmittags und Abends kam es zu weiteren schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizeibeamten, wobei die Demonstranten aus einer nahegelegenen Baustelle Eisenstangen, Bauklammern, Steine und Latten holten und gegen die Polizeibeamten als Schlaginstrumente oder Wurfgeschosse einsetzten. Beim polizeilichen Einschreiten gegen die die Sophienstraße in Heidelberg blockierenden Demonstranten benutzten diese außerdem auch Säure, was zur Verletzung dreier Polizeibeamter führte. Im übrigen wurden die Einsatzkräfte der Polizei aus den Fenstern eines Universitätsgebäudes mit Flaschen und Steinen beworfen. In Anwesenheit von 300 bis 400 Demonstranten wurden auf dem Universitätsplatz bei einem „teach-in“ weitere Wurfkörper, Schlagwerkzeuge, Holzlatten und Eier verteilt.

Schließlich wurde gegen Ende der Ausschreitungen das Dienstgebäude der Polizeidirektion Heidelberg mit faustgroßen Steinen beworfen; dabei wurden 7 Scheiben zertrümmert.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen an diesem Tage erlitten 25 Polizeibeamte schwerere Verletzungen. Weitere 45 Beamte

wurden leicht verletzt. Der Sachschaden ist beträchtlich und noch nicht abschätzbar.

Die Demonstration war von der Heidelberger SDS-Funktionärin Ariane Brodhage angemeldet worden. Als Teilnehmer an den gewalttätigen Aktionen gegen den Entwicklungshilfekongreß wurden u. a. die SDS-Mitglieder Hans-Gerhard („Joscha“) Schmierer, Burkhard von Braunbehrens, Thomas Ripke, Uwe Kreuter, Jochen Noth, Claudia Stecher, Armin Zumrode, Günther Mangold, Günter Baumann, Dietrich Hildebrandt, Volker Müller, Bernhard Vatter, Bernd Köninger, Herbert Erger und Dieter Wesemann mit Sicherheit erkannt. Bei Wesemann handelt es sich um denjenigen Demonstrationsteilnehmer, der festgenommen wurde, weil er eine schwere und spitze Eisenstange auf einen Polizeibeamten geschleudert hatte, der sich lediglich im letzten Augenblick durch Zur-Seite-Springen hatte retten können.

Die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS trägt für die Ausschreitungen am 19. Juni 1970, bei denen u. a. die Straftatbestände des Landfriedensbruchs, des versuchten Totschlags, der Nötigung, der gefährlichen Körperverletzung u. a. erfüllt wurden, umso mehr die Verantwortung, als nicht etwa nur die versammlungsrechtliche Anmeldung durch eine SDS-Funktionärin erfolgt ist; vielmehr entspricht die Aktion als Kampfmaßnahme gegen die Entwicklungshilfepolitik westlicher Länder dem seit geraumer Zeit erklärten Ziel des früheren SDS-Bundesverbands. Von ihm hat sich die Hochschulgruppe Heidelberg nicht nur nicht distanzier; sie hat nämlich schon vor dem 19. Juni 1970 eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie den geplanten Kongreß mindestens zu stören, wenn nicht zu verhindern gedenke. Insofern ist die Teilnahme der genannten SDS-Mitglieder nicht zufällig, sondern ein selbstverständlicher und gezielter Beitrag zu den von vornherein unfriedlich konzipierten Aktionen vor dem Hotel „Europäischer Hof“ und in dessen näherer Umgebung.

2. Die Vorgänge am 19. Juni 1970 sind ferner nicht etwa einmalige Entgleisungen der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS, wie folgende Vorgänge beweisen:

a) Am 22. April 1970 fand in Heidelberg eine von SDS, ASIA und anderen Gruppen veranstaltete Demonstration statt, die von dem SDS-Funktionär und ASIA-Vorsitzenden Dietrich Hildebrandt angemeldet worden war. Im Augenblick des Vorbeiziehens der Demonstranten am Amerikahaus entzündete sich dort in einem Bücherregal eine mit Zeitzündler versehene Nebelkerze, wobei ein Schaden von 300 – 400 DM entstand.

b) Während eines Demonstrationszugs zum US-Hauptquartier am 6. Mai 1970 wurden Steine und Metallstücke aus der Menge gegen das Amerikahaus und das Kaufhaus Horten geschleudert (Schaden: ca. 3000 DM). Die Anmeldung war von dem SDS-Funktionär Hans-Gerhard („Joscha“) Schmierer bewirkt worden.

c) Am 25. Mai 1970 konnte der Eingang zum Amerikahaus vor und während einer Veranstaltung mit dem Journalisten Thilo Koch nur durch Einsatz von Wasserwerfern und der Hiebwaaffe freigehalten werden. Die zum Teil mit Holzknüppeln bewaffneten Demonstranten schleuderten Steine gegen das Amerikahaus und auf die polizeilichen Einsatzkräfte, wobei drei Polizeibeamte Verletzungen erlitten. Unter den Demonstranten befanden sich meh-

rere Mitglieder der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS.

d) Zur weiteren Vervollständigung des Bildes seien die vom SDS Heidelberg in den Jahren 1968 und 1969 initiierten, zumindest aber in ihrem Verlauf maßgeblich beeinflussten gewalttätigen Aktionen und „Kampagnen“ erwähnt:

27. 1. 1968 Störung der Veranstaltung „Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg“, 4. 2. 1968 „Go-in“ mit Störungen und Aufforderung zur Diskussion während des Gottesdienstes in der Peterskirche,

7. 3. 1968 Massive Störungen der SPD-Wahlversammlung mit Dr. Brückner,

12./15. 4. 1968 Beteiligung an den Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Anti-Springer-Aktion vor dem Bechtledruck- und Verlagshaus Eßlingen.

8. 5. 1968 Aktion „Zerschlagt die NATO“,

9. 11. 1968 Störaktionen gegen die Politologen-Tagung,

18. 12. 1968 Besetzung des Akademischen Auslandsamtes,

11.–17. 1. 1969 Die Aktionen gegen das Politisch-wissenschaftliche Institut, das akademische Auslandsamt und seinen Leiter,

3.–6. 2. 1969 Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte und Beschädigung von Polizeifahrzeugen,

27. 2. 1969 Sprengung der Seminarveranstaltung von Prof. Dr. Conze,

23. 6. 1969 Ausschreitungen beim Besuch des Ministerpräsidenten Dr. Filbinger und des Kultusministers Dr. Hahn in Heidelberg,

3. 7. 1969 Tätlichkeiten im Anatomischen Institut, u. a. gegen Dekan Prof. Dr. Ferner gerichtet,

3. 7. 1969 Sturm auf das Rektorat der Universität Heidelberg und Wegnahme von Akten des Rektors, Sachbeschädigungen,

4. 11. 1969 Verhinderung der Vorlesungstätigkeit des Prof. Dr. Tenbruck.

Diese Vorgänge zeigen, daß der SDS Heidelberg in den vergangenen Jahren Verstöße gegen die Strafgesetze, insbesondere gegen §§ 212, 43, 125, 223 ff., 113, 303 ff., 240, als Organisation jeweils unter taktischen Gesichtspunkten zur Durchsetzung seiner politischen Kampfziele in seinen Willen aufgenommen hat und daß die nur beispielhaft aufgezählten Verstöße gegen Strafgesetze in innerem Zusammenhang mit den Zielvorstellungen und dem Gesamtcharakter der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS, vertreten und geprägt durch die jeweils führenden Mitglieder, gestanden haben und noch stehen.

## III.

Der SDS Heidelberg erstrebt insgesamt – gleichviel mit welchen taktischen Abweichungen vom Vorgehen anderer Gruppen – mindestens langfristig die revolutionäre Umgestaltung der derzeitigen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Er hat nach dem gegenwärtig vorliegenden Beweismaterial in grundsätzlichen Fragen des Marxismus-Leninismus keinen andersartigen Standort als denjenigen der „Neuen Linken“, den Jürgen Horlemann auf einer Kundgebung am 15. November 1969 in Berlin wie folgt umrissen hat:

„... alle unsere Aktionen und Kampfmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse den Staatsapparat restlos zu zerschlagen, die Kapitalistenklasse zu stür-

zen und auf den Trümmern der alten Gesellschaft den Sozialismus aufzubauen."

(Rote Presse-Korrespondenz" Nr. 40, 21. 11. 1969.)

Die „Neue Linke“ und mit ihr die Hochschulgruppe Heidelberg des SDS in grundsätzlicher Übereinstimmung setzen nach wie vor ihre Angriffe gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland fort, um diese revolutionär zu beseitigen.

Nach dem bisher Ausgeführten, insbesondere unter richtiger Einschätzung der rechtswidrigen Kampagnen gegen die Hochschulen, die „Klassenjustiz“, den Parlamentarismus und der Kampagne gegen die „Kriegsforschung“, denen der SDS Heidelberg sich ohne Vorbehalt angeschlossen hat, muß davon ausgegangen werden, daß auch die Zielvorstellungen der in Frage stehenden Gruppe sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland richten. Ergänzend wird hierzu auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts im Urteil vom 20. Juni 1969 (VII C 73/68 – NJW 1969 S. 1784 ff. –) Bezug genommen, wonach der SDS seine Anschauungen mit ungesetzlichen Mitteln durch eine Revolution durchzusetzen trachtet.

VI.

Einer Anfechtungsklage gegen diese Verfügung mußte im öffentlichen Interesse die aufschiebende Wirkung versagt werden, damit die Polizei des Landes ihrer in § 1 des Polizeigesetzes statuierten Pflicht, den einzelnen und das Gemeinwesen vor drohender Verletzung von Recht und Ordnung zu schützen und die verfassungsmäßige Ordnung zu gewährleisten, ohne Verzug nachzukommen und den gewalttätigen Rechtsbrüchen aller Art, die bisher von der Hochschulgruppe Heidelberg des SDS ausgegangen sind, nachhaltig entgegenzutreten vermag."

In Vertretung des Ministerialdirektors  
Dr. Kiehnle,  
Ministerialdirigent

Hierzu ist jeder Kommentar überflüssig. Als Antwort darauf verfaßte ein teach-in am 25. 6. 1970 folgende Resolution:

Donnerstag, den 25. 6. 1970

Resolution des teach-ins zum SDS-Verbot:

1. Das teach-in verurteilt das Verbot des Heidelberger SDS. Nachdem der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel mehrmals vergeblich versuchte, in verfassungswidriger Weise ein generelles Verbot gegen Demonstrationen des SDS auszusprechen, erklärt das Innenministerium Baden-Württembergs den SDS zur verfassungswidrigen Organisation, um diese Frage, wie es irrtümlich meint, ein für allemal zu lösen.

2. Das teach-in verurteilt die Durchsuchung der Büroräume des AStA und die Beschlagnahme von Akten, infos und Roten Foren.

3. Das teach-in wählt ein Aktionskomitee „25. Juni“ (etwa 15 Personen) und erteilt ihm den Auftrag, eine Kampagne zur Aufhebung des Verbots des Heidelberger SDS und zur Absetzung Zundels und Krauses einzuleiten. Das teach-in fordert das Aktionskomitee „25. Juni“ zur Unterstreichung dieser Forderungen auf, eine Demonstration für Dienstag, den 30. Juni, 17 Uhr, anzumelden und durch eine gründliche Flug-

blattverteilung in der Stadt und vor den Betrieben vorzubereiten.

4. Das teach-in fordert alle demokratischen und sozialistischen Organisationen in der Bundesrepublik und West-Berlin auf, am Dienstag zu Solidaritätsdemonstrationen aufzurufen.

Beschlossen auf dem teach-in vom 25. 6. 70, 14 Uhr, von ca. 2000 Teilnehmern bei 2 Gegenstimmen und ca. 10 Enthaltungen.

Als Erläuterung mag ein Flugblatt des AStA Heidelberg dienen, das am gleichen Tag herausgegeben wurde:

SDS-Verbot und AStA-Durchsuchung  
14 Uhr teach-in, Neue Aula

Der SDS-Heidelberg ist durch Bescheid des Innenministeriums Baden-Württembergs vom 24. 6. 70 verboten worden. Mehr fiel den Herren nicht ein. Das scheint ihnen offensichtlich das beste Mittel zu sein, um das verfassungswidrige Demonstrationsverbot, das Zundel für den SDS mehrmals angedroht hat, praktisch durchzusetzen. Um also das verfassungswidrige Demonstrationsverbot zu ermöglichen, erklärten sie den SDS kurzerhand zur verfassungswidrigen Organisation. So einfach ist das.

Unmittelbar nach der Überbringung der schriftlichen Mitteilung des SDS-Verbots an einzelne SDS-Mitglieder wurde mit großem Polizeiaufgebot der AStA durchsucht, wobei sämtliche Rote Foren, verschiedene infos und Fachschaftsinfos, alte AStA- und StP-Akten, nebst einigen roten Fahnen, einem Megaphon und wahllos zusammengegrafftem Papier abgeschleppt wurden.

Das Verbot des Heidelberger SDS bezieht sich nicht nur auf die Demonstration am Freitag, sondern auch auf mehrere frühere antiimperialistische Demonstrationen und Aktionen gegen reaktionäre Professoren in der Universität. Antiimperialistische Demonstrationen und Aktionen gegen den reaktionären Wissenschaftsbetrieb sind offensichtlich in der BRD grundsätzlich ordnungswidrig und gegen die Verfassung gerichtet.

Gleichzeitig mit dem Verbot wird angedroht, sämtliche „Nachfolgeorganisationen“ zu verbieten. Das alles kennt man von den Maßnahmen her, die die Bundesregierung gegen die KPD durchführte.

Der SDS ist aber so fest in der Studentenschaft verankert, daß diese Maßnahmen scheitern werden. Darüber hinaus werden selbstverständlich die Rechtsbrüche der Herrschenden vor ihren eigenen Gerichten geklärt werden.

Alle zum teach-in um 14 Uhr in der Neuen Aula

AStA Heidelberg

Genossen! Eine große Zahl von Asten und linken Gruppen hat uns durch Telegramme ihre Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen die wildgewordene Staatsmacht mitgeteilt. Organisiert am 30. Juni überall Solidaritätsdemonstrationen mit dem verbotenen Heidelberger SDS. Die großen Massendemonstrationen am Dienstag werden zeigen, daß in der Abwehr faschistischer Tendenzen in der BRD, die in dem Verbot des Heidelberger SDS ihren vorläufigen Höhepunkt fand, die Studenten nicht allein stehen.

Verteilt massenhaft Flugblätter an den Betrieben und in den Städten.

„Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.“ Mao Tse Tung.

AStA Heidelberg

Die Reaktion auf das Verbot in den anderen Universitätsstädten, aber auch in den verschiedensten SPD-Gremien, war einhellig: Es wurde die sofortige Aufhebung des Verbots gefordert sowie die Ablösung von Innenminister Krause (SPD) sowie Oberbürgermeister Zundel (SPD).

Für den 30. 6. wurden Solidaritätsdemonstrationen in der ganzen BRD angesetzt, die zu einem machtvollen Bekenntnis für Demokratie und Sozialismus wurden.

Der Demonstration in Heidelberg ging ein Nervenkrieg voraus, der an Bürgerkriegsstimmung erinnerte. Es liefen Gerüchte in der Stadt um, die befürchten ließen, daß die sozialistische Opposition in Heidelberg nicht nur formal, sondern z. T. auch physisch vernichtet werden sollte. So wurde behauptet, die Polizei habe Anweisung, bei Störungen sofort zu schießen, ein Manöver des Bundesgrenzschutzes sei in die Nähe von Heidelberg verlegt worden und ähnliches mehr.

Als dann die Demonstration abließ, wurde man eher an einen Vereinsumzug denn an eine Kampfdemonstration erinnert. Doch das Konzept der Demonstrationsleitung war richtig. Die Polizei, wiederum verstärkt durch starke Grenzschutzeinheiten, machte sich mit ihrer Kriegsausrüstung lächerlich, die machtvolle Einheitsfront von Studenten, Arbeitern und Schülern zeigte, wie fadenscheinig das SDS-Verbot gewesen war – die einzigen Gewalttätigkeiten gingen von Heidelberger „Normalbürgern“ aus.

Andreas Schacht

# diskus- Interview mit Prof. Denninger

## Beurteilung der neuen Gesetze

**diskus:** Herr Denninger, inwieweit sind Ihre Erwartungen, die Sie gegenüber dem HUG fixiert hatten, in dem jetzt vorliegenden Gesetz realisiert worden?

**denninger:** Ich kann sagen, daß unsere Vorstellungen, die wir, v. Friedeburg, Habermas, Wiethölter und ich, vor nun bald zwei Jahren entwickelt haben, nur bedingt in dem Gesetz realisiert worden sind. Ein großer Unterschied liegt schon darin, daß das neue Universitätsrecht in zwei Gesetzen geregelt wird, nämlich im HHG, das den Landeshochschulverband vorsieht, auf den vor allen Dingen Kompetenzen der finanziellen Planung übergegangen sind, und zum anderen im eigentlichen Universitätsgesetz.

Der Grundgedanke unseres damaligen Entwurfes, nämlich von einem doppelten Strang der Willensbildung und der Entscheidungsfindung an der Universität auszugehen, ist wohl durchgehalten worden. Da gibt es auf der einen Seite den Konvent und die aus ihm hervorgehenden Ständigen Ausschüsse, die ja hochschulpolitische Grund- und auch Entscheidungsorgane sein sollen. Auf der anderen Seite ist der Strang der fachbereichsbezogenen Selbstverwaltung zu sehen, der sich aus den Fachbereichskonferenzen herausentwickelt und auf zentraler Ebene im Senat seinen Abschluß findet.

Es wird für den praktischen Erfolg des Gesetzes sehr viel davon abhängen, daß diese beiden Willensbildungsarten sorgfältig und praktikabel aufeinander abgestimmt werden, damit da nicht ein Nebeneinanderherbeschließen und -regieren stattfindet. Es gibt sicher noch eine Fülle von offenen Einzelfragen, die geklärt werden müssen. Immerhin glaube ich, daß das Gesetz Möglichkeiten vernünftiger Kooperation vorsieht...

... es sind ja auch die Paritäten erheblich verändert worden, und zwar insbesondere auf Kosten der Assistenten. Wir hatten Paritäten vorgesehen, die etwas anders aussahen als die jetzigen, insbesondere die der Fachbereichskonferenzen. Es waren dann lange Zeit die Zahlen 5:3:2 im Gespräch, aber das ist jetzt auch noch geändert worden. Für die Besetzung der Ständigen Ausschüsse waren auch wir seinerzeit von einer differenzierenden Regelung ausgegangen. Die Drittelparität sollte eigentlich nur im Konvent in reiner Form durchgeführt werden. Das ist jetzt mit Rücksicht auf die Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Bediensteten auch nicht mehr der Fall.

**diskus:** Sehen Sie nicht eine gewisse Gefahr darin, daß die wissenschaftsspezifischen Arbeiten in den Fachbereichskommissionen auf finanzieller Ebene durch den Landeshochschulverband abgeblockt werden können?

**denninger:** Ich glaube, es besteht auch in Studentenkreisen der verbreitete Irrtum, daß in Zukunft das Landeskuratorium sämtliche finanziellen Entscheidungen in ziemlicher Freiheit zu treffen habe. Dies ist nach der Konstruktion des Gesetzes eindeutig nicht der Fall. Es wird vielmehr so sein, daß die Finanzplanung unten in den Fachbereichen beginnt und dann über den Ständigen Ausschuß für Haushaltsfragen an der einzelnen Universität und über die sonstigen beteiligten Organe erst auf die Ebene des Landeshochschulverbandes und damit auf die Landesebene transpo-

niert wird. Der Landeshochschulverband ist ein Abstimmungsgremium, das den Gesamthaushaltsvoranschlag endgültig beschließt und in den Landtag gibt. Aber er tut dies ja aufgrund der Planungen, die von „unten“ kommen, ferner aufgrund der Orientierungsdaten, die von der Landesregierung kommen und die diese auf Bundesebene ausgemacht hat.

## Zum Selbstverständnis des Übergangsrektorats

**diskus:** Könnten Sie etwas das Selbstverständnis dieses Übergangsrektorats skizzieren? Versteht es sich nur technisch oder hat es auch ein politisches Selbstverständnis? Sie haben ja schon von Interpretationsproblemen, von politischen Fraktionsauseinandersetzungen, von einer klaren Entscheidung für eine Reformpolitik gegen eine bestimmte Antireformpolitik gesprochen.

**denninger:** Das Selbstverständnis der Übergangsrektoren ergibt sich bis zu einem gewissen Grade schon aus der Art und Weise ihrer Einsetzung. Sie sind nämlich mit diesem Amt beauftragt worden, weil sie sich öffentlich für die Durchführung der neuen Gesetze als Reformgesetzgebung erklärt hatten, und zwar zu einem Zeitpunkt, als diese Gesetze auf den heftigen und ebenfalls erklärten Widerstand zahlreicher Kollegen stießen. Daraus ergibt sich bereits, daß wir diesen Gesetzen nicht vollkommen neutral, fremd oder gar ablehnend gegenüberstehen, sondern daß wir bestrebt sein werden, den Reformprozeß, den wir im Rahmen dieser Gesetze für möglich halten – ich will nicht sagen, daß die Gesetze diesen Reformprozeß zwangsläufig nach sich ziehen – mit der Beteiligung aller von diesen Gesetzen angesprochenen Gruppen aktiv voranzutreiben.

**diskus:** Haben die Übergangsrektoren selbst Interesse daran, Präsident zu werden?

**denninger:** Das kann ich für meine Person klar verneinen.

## Gegner auf der Ordinarienebene ...

**diskus:** Eine politische Frage: Wie schätzen Sie die Stärke der Gegner dieses Gesetzes auf Ordinarienebene ein?

**denninger:** Dazu kann ich Ihnen jetzt wirklich keine konkreten Zahlenangaben machen. Ich glaube auch nicht, daß man so undifferenziert nach absoluten Befürwortern und absoluten Gegnern unterscheiden darf.

Auch ich selbst sehe in dem Gesetz manche Gefahren und Mängel, zumal ich, da ich es täglich anwenden muß, seine juristische Unvollkommenheit im Detail erkenne. Ebenso meine ich, daß zahlreiche Kollegen einzelne Teile dieses Gesetzes akzeptieren werden, andere Teile nicht. Sicherlich gibt es einen nicht unbeträchtlichen Teil der Professorenschaft, der die Gesamtkonzeption des Gesetzes strikt ablehnt. Wie groß diese Zahl ist, vermag ich nicht anzugeben. Ich weiß nur, daß auch an anderen hessischen Hochschulen mittlerweile etliche Kollegen, die nach Dutzenden zählen, wenn sie nicht gar das Hundert schon erheblich überschritten haben, ihr Mißfallen gegen das Gesetz durch Verfassungsbeschwerden kundtun werden oder schon kundgetan haben.

**diskus:** Aber Sie glauben nicht, daß es in Frankfurt auf Professorenebene zu Marburger Verhältnissen kommen wird?

**denninger:** Diese Befürchtung habe ich eigentlich nicht.

**diskus:** Wie verhält sich jetzt die Gruppe von Professoren, denen wir eine Zwischenposition zuschreiben würden und die damals den Brief an den Hessischen Landtag geschrieben haben?

**denninger:** Ich würde generell diese Gruppe, die in sich auch nicht vollkommen homogen ist, vielleicht so verstehen, daß bei ihr eine kritisch-abwartende Haltung vorherrscht, die aber grundsätzlich Kollaboration im Sinne der Durchführung dieser Gesetze nicht ausschließt.

### ... und die anderen Gruppen?

**diskus:** Wie schätzen Sie die Kooperationsbereitschaft bei den anderen Gruppen ein?

**denninger:** Zu dieser Frage könnten Sie wahrscheinlich viel besser antworten, weil Sie die Standpunkte der einzelnen studentischen Gruppen viel besser und genauer kennen.

Ich würde meinen, auch hier sind die Meinungen geteilt. Es gibt sicher einen großen Teil der jetzigen Assistentenschaft, der im Prinzip Reformabsichten des Gesetzes begrüßt und bereit ist, das in praktischer Unterstützung zu manifestieren.

Für die Studentenschaft würde ich Ähnliches denken, obwohl ich hinzufügen muß, daß im Augenblick wohl doch ein erheblicher Teil der Studentenschaft den Fragen leider Gottes mit großem Desinteresse begegnet.

**diskus:** Wie würden Sie eine Boykottpolitik von seiten der Studenten beurteilen?

**denninger:** Hier sind mindestens zwei Aspekte zu unterscheiden, einmal der studentische Aspekt, zum andern der gesamtuniversitäre. Selbstverständlich würde ich einen studentischen Boykott auf das Lebhafteste bedauern, das einmal vorweg.

Sodann würde ich meinen, daß die Gesetze, auch wenn die Studenten sich mehrheitlich oder durch die Beschlüsse aktiver Minderheiten der Mitarbeit gänzlich verweigern sollten, realisiert werden. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, und diese Entscheidungen würden dann ohne studentische Beteiligung getroffen werden. Das allein würde aus meiner Sicht, und ich würde meinen, auch aus der Sicht der gesamten Universität, deutlich für eine studentische Beteiligung sprechen.

Ich glaube aber auch, daß die Studenten aus der engeren Sicht studentischer Interessen heraus die Chancen, die ihnen das Gesetz durch die Beteiligungsverhältnisse jetzt bietet, wahrnehmen sollten. Davon abgesehen werden die Entscheidungen ja nicht immer nach den zahlenmäßigen Verhältnissen, in denen die einzelnen Gruppen beteiligt sind, zustande kommen; sondern wir hoffen, daß Entscheidungen, die rational vordiskutiert werden, gewissermaßen fraktionsmäßig getroffen werden, wobei die Fraktionen sich über die Gruppen hinweg bilden werden und bilden sollen. Ich glaube nicht, daß jetzt ein Boykott die Chancen für die Reformarbeit der Studenten – auch aus ihrer Sicht – verbessern könnte. Es würde eher das Gegenteil eintreten, es würden dann eben zahlreiche Entscheidungen, die jetzt aufgrund des Gesetzes mit fortschrittlichen Inhalten möglich wären, gar nicht getroffen werden können oder in einer Weise ausgefallen, die den studentischen Interessen noch weniger entgegenkämen.

### Berlin – ein Vorbild?

**diskus:** Halten Sie die Berliner Entwicklung, daß ein Assistent Präsident geworden ist, und daß dieser Präsident mit Studenten kooperiert, für eine begrüßenswerte Entwicklung?

**denninger:** Die Frage ist sehr abstrakt gestellt. Ich habe durchaus nichts dagegen, daß ein Assistent oder ein ehemaliger Assistent Universitätspräsident wird. Das ist ja nicht nur in Berlin geschehen, sondern auch in Hamburg, und dies scheint überhaupt eine Möglichkeit zu sein, die sich da und dort abzeichnet. Ich glaube, daß diese Frage sich nicht generell beantworten läßt. Es kommt alles auf die Person und auf die jeweiligen örtlichen Verhältnisse an.

**diskus:** Läßt sich etwas darüber sagen, ob es dann, wenn ein Assistent gewählt würde, zu starken Widerständen der Ordinarien kommt?

**denninger:** Es kommt wohl sehr darauf an, welcher politischen Richtung der Assistent angehören würde. Wenn es ein ausgesprochen konservativer Assistent wäre, der etwa mit Hilfe eines Teils der Professorenschaft und der Assistentenschaft gewählt würde – auch das ist ja eine denkbare Möglichkeit, die man in Betracht ziehen muß – dann wäre mit dem Widerstand der Studenten oder eines großen Teils der Studenten jedenfalls zu rechnen. Das Umgekehrte gilt im umgekehrten Fall.

### Hochschulplanung – ohne Konzept

**diskus:** Nun eine Reihe von Fragen zur Hochschulplanung: Wie sehen Sie die Funktion der Planungsgruppe, die jetzt eingerichtet wurde? Welche Aufgaben haben Sie und Herr Wiethölter den Herren zugewiesen?

**denninger:** Ich muß vorwegschicken, daß wir mit dem Aufbau der Planungsgruppe ganz am Anfang stehen. Die größte Planungsaufgabe, die auf uns zukommt, ist der Aufbau der zweiten Universität am Niederurseler Hang. Die Planungsgruppe hat hierzu Berechnungen, auch Alternativvorschläge und vor allem eine Gesamtkonzeption auszuarbeiten, die dann in dem entsprechenden Ausschuß – im Moment ist dies der Ausschuß für Struktur- und Planungsfragen – diskutiert werden müßten und zu beschlußreifen Einzelvorlagen weiterentwickelt werden müßten. Wesentlich scheint mir zu sein, daß heute Hochschulplanung, also Hochschulstrukturplanung und Bauplanung, zwei Dinge, die getrennt zu sehen sind, aber eben doch in ihrer ständigen praktischen, wechselseitigen Bedingtheit begriffen werden müssen, daß diese Planungsaufgaben heute nicht mehr Einmann-Arbeit sein können, daß sie auch nicht das Hobby einiger interessierter Senatsmitglieder sein können, sondern daß man hierzu heute Professionals braucht, die in einem Arbeitsteam an die jeweils entstehenden Aufgaben gesetzt werden.

**diskus:** Da möchten wir aber noch eine Zusatzfrage stellen. Wie stehen Sie aber dazu, daß die Planungsvorstellungen dieser Planungsgruppe und auch des Strukturausschusses immer an eine diskutierende Öffentlichkeit rückgebunden werden, wie es z. B. in dem Hearing über die Integration der AfE war? Glauben Sie, daß das in Zukunft erfolgreich fortgesetzt werden könnte? Würden Sie das unterstützen?

**denninger:** Das würde ich nach Kräften unterstützen; das Hearing zur AfE-Einglie-

derung war ein erster schüchterner Versuch, der vielleicht teilweise auch nicht ganz glücklich verlaufen ist. Wir haben das allgergröbste Interesse daran, daß alle Strukturplanungsfragen einer möglichst breiten universitären Öffentlichkeit zur ständigen, begleitenden Diskussion vorgestellt werden. Wir überlegen im Moment, wie das technisch am besten über die Informationsorgane der Universität, durch Bildung eines entsprechenden Ausschusses, durch Veranstaltung von öffentlichen Hearings zu jeweils besonders interessierenden Fragen usw., zu bewerkstelligen ist.

**diskus:** Wir möchten noch einmal zu einem Aspekt zurückkommen. Sie sagten eben, daß die Planungsgruppe gewisse Vorstellungen vorzulegen hat, sagten aber nicht, nach welchen Zielkriterien sie sich auszurichten hat. Wo sehen Sie konkret die Aufhänger für diese Planungsarbeit? Ist eine bestimmte Zieldiskussion geführt worden?

**denninger:** Die Zielvorstellungen, also die Rahmenkonzeptionen, nach denen die Planungsgruppe als mehr technischer Stab die Detailpläne auszuarbeiten hätte, wären nach meiner Vorstellung – übrigens auch nach dem HUG – in einem Universitätsausschuß zu entwickeln. Dieser Universitätsausschuß – aus Vertretern aller Gruppen zusammengesetzt, hätte hier die Funktion einer ständigen Diskussion der Zielvorstellungen über die weitere Hochschulplanung zu übernehmen.

**diskus:** Das sehen wir auch so. Aber wo liegt Ihre Konzeption in dieser Hinsicht? Was erwarten die Rektoren von dieser Planungsarbeit?

**denninger:** Darf ich Ihre Frage noch einmal etwas präziser haben? Erwarten Sie jetzt von mir ein Konzept für Niederursel oder wie war die Frage?

**diskus:** Wenn Sie in diesem Struktur- und Planungsausschuß arbeiten, dann müßten Sie doch ganz bestimmte Vorstellungen haben, was da im einzelnen zu machen ist!

**denninger:** Hier müßte ich ganz konkret antworten. Zum Beispiel müßte ein Netzplan, wie man das heute nennt, für die Entwicklung am Niederurseler Hang entworfen werden. Im Moment geschieht das eben noch durch Hobbyaktivität einzelner Ausschußmitglieder. Ein solcher Netzplan hätte in einer zeitlichen und organisatorisch verknüpfenden Folge die einzelnen Aufgaben, die nacheinander zu bewältigen wären, erst einmal zu entwerfen. Dann hätte der Ausschuß die Aufgabe, zu jedem Vorgang zu disutieren, Prioritäten zu bestimmen und zu einem Ergebnis zu gelangen. Auf diese Weise ergeben sich dann Einzelprojekte, die von der Planungsgruppe weiter zu verfolgen sind.

### Zur Fachbereichsgliederung

**diskus:** Noch zwei konkrete Aspekte zum Planungsproblem. Die Diskussion um die Konzeption der Niederurseler-Hang-Universität hängt ja eng zusammen mit der Fachbereichsdiskussion. Glauben Sie, daß die Niederurseler Universität zu so etwas wie einer forschenden Eliteuniversität werden könnte? Und das zweite: Wieweit haben Sie schon die Frage der AfE-Integration in die anderen Fachbereiche geklärt? Das sind doch wohl die beiden Fragen, die in der inhaltlichen Diskussion um die Planungsproblematik eine Rolle spielen.

**denninger:** Zunächst zur ersten Frage – Konzeption für Niederursel. Ich würde es

für verhängnisvoll halten, wenn in Frankfurt ein Dualismus derart sich herausbildete, daß in Niederursel nur Forschung betrieben würde, im Kerngebiet hingegen Lehrerbildung und im wesentlichen Berufsausbildung in den anderen Fächern. Ich halte es für unabdingbar und stimme darin auch mit einer Reihe von Mitgliedern des Struktur- und Planungsausschusses überein, daß sowohl im Kerngebiet als auch in Niederursel beides stattfinden muß, Forschung und Fachausbildung. Die Schwierigkeiten ergeben sich dann bei den Einzelheiten, wie immer.

Schwierigkeiten ergeben sich etwa bei der Frage, wie die Lehrerbildung sowohl in Niederursel als auch im Kerngebiet durchgeführt werden kann. Man wird in Niederursel zunächst einmal mit den Fächern beginnen, die jetzt dringend der Raumerweiterung bedürfen, also insbesondere mit der Chemie; wahrscheinlich werden noch weitere naturwissenschaftliche Fächer hinzukommen. Weiterhin stellt sich hier das Problem eines Forschungs- und Lehrkomplexes von Fächern, die sich um das Stichwort Informatik herumgruppieren. Aber alle diese Projekte dürfen nicht dazu führen, daß in Niederursel etwa eine, wie Sie es formuliert haben, Forschungs- und Eliteuniversität entsteht, sondern es muß ein ständiger Austausch auch mit dem Kerngebiet möglich sein. Hier ist insbesondere die Frage der Einführung von Blocksystemen im Studium zu prüfen, was etwa bedeuten würde, daß einzelne Studenten für bestimmte Abschnitte des Semesters, also nicht täglich, sondern wochen- oder monatsweise einen Teil ihrer Ausbildung in Niederursel absolvieren und dann einen weiteren Teil wieder im Kerngebiet und sofort.

**diskus:** Noch eine Frage zur AfE-Problematik. Wie stehen Sie zur Diskussion der Soziologen, die ja der Integration der AfE in ihren Fachbereich skeptisch gegenüberstehen? Wir glauben, daß dies ein gewisser Widerspruch zur Position einiger Frankfurter Soziologen ist, die ja immer postuliert haben, daß alle Wissenschaft auf ihre soziale Dimension reflektieren sollte. Wir meinen, daß hier eine gewisse Chance ist, eine solche Reflektion zu institutionalisieren durch bessere Einflußnahme der Soziologen auf die anderen Fächer, besonders in der Lehrerbildung.

**denninger:** Die Diskussion der Eingliederung der AfE in die einzelnen Fachbereiche wirft eine Fülle von strittigen Einzelfragen auf. Das gilt nicht nur für das Verhältnis der naturwissenschaftlichen Fachdidaktiken, also der Schulfächer Physik, Chemie, Biologie und Mathematik zu den naturwissenschaftlichen Fachbereichen.

Was speziell das Verhältnis der Soziologen zur AfE angeht, so ist mir bis jetzt bekannt, daß auch von seiten der Soziologen durchaus der Wunsch besteht, einen einheitlichen Fachbereich der Sozialwissenschaften zu bilden, der mit den entsprechenden Lehrstühlen der AfE verschmolzen wird. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Soziologen es schlechthin ablehnten, sich auf die Integration der AfE, d. h. also hier der didaktischen Fächer im Fachbereich Sozialwissenschaften einzulassen.

Im übrigen möchte ich doch darauf hinweisen, daß es hier vielfach auch um technische Einzelfragen und um Randprobleme geht, und daß diese Fragen gerade z. Z.

im Gespräch zwischen den einzelnen Gruppen abgeklärt werden.

**diskus:** Können Sie uns noch mitteilen, inwieweit das Informatikprojekt vorangeschritten ist? Was ist dazu in der Zwischenzeit, nach der Übersendung des Memorandums nach Wiesbaden, geschehen?

**denninger:** Ja, es ist eigentlich nichts weiter geschehen. Man steckt hier noch ganz in den Anfängen der Diskussion.

### SDS-Verbot

**diskus:** Wir hätten noch eine aktuelle Frage. Herr Denninger, wie stehen Sie zu den letzten Vorfällen in Heidelberg, dem Verbot des SDS Heidelberg und der Politik, die dort gemacht wird?

**denninger:** Nach den Berichten, die mir vorliegen, ist das Verbot des SDS eine Reaktion auf die Vorfälle bei der Demonstration am 19. 6., d. h. die Reaktion auf eine mit doch erheblichen Körperverletzungen und Gewalttätigkeiten verbundene Aktion.

**diskus:** Die Demonstration hat doch wohl friedlich begonnen...

**denninger:** Ich weiß nicht genau, wer angefangen hat. Doch deuten die Berichte, die ich gelesen habe und die auch aus studentischen Kreisen stammen, sehr stark daraufhin, daß hier Studenten begonnen haben, mit Eisenstangen zu schlagen, Steine zu werfen usw. Ich verurteile das. Ich habe gewaltsame Demonstrationen dieser Art immer verurteilt und verurteile auf der anderen Seite natürlich auch einen übertriebenen und damit rechtswidrigen Polizeieinsatz, d. h. einen Polizeieinsatz, der über das unerläßlich notwendige Mindestmaß hinausgeht.

Davon unabhängig ist die Frage des Verbots einer Vereinigung zu beurteilen; ich glaube, es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, daß derartige Verbote keine geeigneten Mittel sind, um künftige Aktionen zu unterbinden. Derartige Verbote tragen nur zur Verschärfung der Situation bei.

**diskus:** Herr Denninger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Bernd Schauenberg  
Konrad Schacht

---

# Technokratie und Emanzipation

---

## Fragwürdigkeit der Zusammenbruchstheorie

Die tatsächlichen Bedingungen des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft sind von verschiedenen marxistischen Theoretikern verschieden dargestellt worden. Dabei kann als zentrales Thema innermarxistischer Kontroversen das Verhältnis zwischen einem wie auch immer bestimmten „subjektiven Faktor“ – der Organisation der Arbeiterklasse, der Spontaneität der Massen usw. – und den objektiven Bedingungen, insbesondere den ökonomischen Bedingungen, gelten. Gleichgültig, welche Lösung jeweils angeboten wird: als „marxistisch“ (im Gegensatz etwa zu voluntaristischen Ansätzen) erweist sich eine Revolutionstheorie dadurch, daß sie die subjektive Bereitschaft der Massen zur Umwälzung an die objektive Unfähigkeit des kapitalistischen Systems bindet, mit seinen ökonomischen Problemen fertigzuwerden. Der Kapitalismus ist ein „Krisenzusammenhang“ deshalb, weil seine durch das Prinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln und die daraus resultierenden Konflikte zwischen partikularen Interessen begrenzte Rationalität („Anarchie der Warenproduktion“) der Probleme nicht Herr werden können, die sich aus der „fortschreitenden Vergesellschaftung“ der Produktion zwangsläufig ergeben. Die Entfaltung der Produktivkräfte äußert sich als immer kapitalintensiv, d. h. umwegigere, vielstufigere, gesamtökonomisch arbeitsteiligere Produktion. Mit dieser zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Differenzierung wachsen die Koordinierungsprobleme. Das ökonomische System wird komplexer und damit stör anfälliger. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer Vergrößerung der allgemeinen Steuerungskapazität, die zu einer Ausweitung des dem System eigenen Planungshorizonts führen muß. Damit jedoch die gesamtgesellschaftliche Rationalität mit der naturwüchsig fortschreitenden Vergesellschaftung der Pro-

duktion Schritt halten und ihrer Herr werden kann, bedarf es für den Marxismus des Sturzes der sozialen Verhältnisse, der Vernichtung des partikularen Interesses. Die sich unaufhaltsam entfaltenden Produktivkräfte erzwingen einen qualitativ höheren Grad von Steuerung des sozialen Prozesses; es sind die proletarischen Massen, deren materielles Interesse mit dem welt-historischen Bedürfnis nach Konstituierung eines gesamtgesellschaftlichen Subjektes zusammenfällt (1).

Diese einmalige Verbindung von emanzipatorischer und ökonomisch-technischer Rationalität, die wir im Marxismus zu erkennen glauben, hat sich heute aufgelöst. Die Annahme, daß nur die befreite Gesellschaft die ökonomischen Probleme der entwickelten Industriegesellschaft lösen könne, muß zumindest relativiert werden. Es gibt nicht einen einzigen gelungenen Versuch, die Rationalitätsgrenze kapitalistisch - staats-interventionistischer Steuerung anzugeben. Die Orthodoxie sieht seit fast einem Jahrhundert, wie „Widersprüche“ sich „tendenziell verschärfen“, der „offene Ausbruch“ aber durch „ständig wachsende und neue Gegenkräfte“ vorerst gebremst wird. Aus guten Gründen weigert sich der orthodoxe Flügel der marxistischen Theorie, die avancierte bürgerliche Nationalökonomie zu rezipieren; wo immer Behauptungen der Unvereinbarkeit von Privateigentum an Produktionsmitteln und einer sowohl die Massen als auch die herrschende Klasse zufriedenstellenden Effektivität der Ökonomie auftauchen, sind sie entweder hochimmunisiert – „tendenzieller Fall der Profitrate“ mit „gegenwirkenden Kräften“ (2) –, dogmatischen Widerlegungen von Widerlegungen (3) oder eher liebenswürdige Formel- und Zahlenspielerien (4). Uns scheint, daß die merkwürdige Zähigkeit der meist implizit mitgeschleppten Zusammenbruchstheoreme klassischen Typs, deren Grundstruktur sich in einem Jahrhundert der permanenten Revolutionierung der ökonomischen und soziologischen Theorien nicht geändert hat, einer außertheoretischen Erklärung bedarf: in ihnen verdichten sich die Hoffnungen einer politisch chancenlosen Linken (5). Die folgenden, notwendigerweise sehr cursorischen Überlegungen zum Verhältnis von technokratischer Herrschaft und Emanzipation scheinen zu zeigen, daß eine realistische linke Strategie heute alle Ausnahmen ausschließen muß, die in irgendeiner Weise durch die Logik der kapitalistischen Ökonomie bedingt unausweichliche und systemintern nicht lösbare **Kapitalverwertungsprobleme** prognostizieren oder auf solchen Prognosen aufbauen (6).

## Staatliche Planung als Konsequenz des kapitalistischen Systems

Eine angemessene Bestimmung der Technokratie muß die Diskussion über die Entfaltung des interventionistischen Staates weiterführen. Obwohl – mit Franz Neumann – der liberale Staat immer so stark war, „wie die politische und soziale Situation und die bürgerlichen Interessen es erforderten“ (6a), trifft der Begriff des Interventionsstaates Wandlungen des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik, die einer genauen Untersuchung bedürfen, wenn man Qualität und Stabilität von Herrschaft in hochindustriellen kapitalistischen Gesellschaften undogmatisch bestimm-

men will. Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess werden oft gegen das Interesse einzelner Fraktionen des Kapitals, immer notwendiger. Die Regulierung der Gesamtnachfrage wird zum zentralen Problem einer an Keynes orientierten Wirtschaftspolitik, die als gesamtgesellschaftliche Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik umfassende und langfristige Planungstendenzen forciert. „Die Tendenz, den ökonomischen Gesamtbetrieb auch in verlängerter Weitperspektive möglichst reibungslos zu gestalten, erzwingt einerseits den langfristig orientierten staatlichen Eingriff, macht andererseits aber auch die Kalkulierbarkeit und damit die Offenlegung dieser Interventionen zur Notwendigkeit. Globale Konjunktur- und Wachstumspolitik, Lohnkontrolle und Preisstabilisierung werden deshalb zunehmend ergänzt durch differenzierte sektorale Planungen zur Vermeidung struktureller Disproportionalitäten. Die Zunahme regional- und branchenorientierter Struktur- und Entwicklungspläne zeugt von dieser Tendenz ebenso wie die Rationalisierung und die längerfristige Orientierung der staatlichen Haushalts- und Finanzpolitik“ (7). Staatliche Planung wird zu einer immanenten Konsequenz des kapitalistischen Systems selber.

In der marxistischen Diskussion wurde diese Entwicklung als Instrumentalisierung des Staates durch die bürgerliche Klasse interpretiert: im planenden Staat sind die langfristigen Interessen des Gesamtkapitalisten repräsentiert. Die mit dem Funktionszuwachs des Staates verbundene technokratische Modernisierungspolitik wurde bestimmt als interessenspezifisches Reagieren auf Bestandsprobleme kapitalistischer Herrschaft. Es fragt sich, ob dieses ohne weiteres möglich ist (8). Mit zunehmender Ausweitung des staatlichen Planungshorizonts muß nämlich die Rekonstruktion eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen staatlichen Maßnahmen und privatwirtschaftlichen Interessen immer schwieriger werden. Gegenüber einer langfristig planenden Technokratie verblaßt der Begriff des Klassenstaates. Zwar verfolgt der Staat immer noch die „langfristigen“ Interessen der Kapitalisten. Je langfristiger diese Interessen aber definiert werden müssen, je weniger sie also für einen relativ kurzfristig orientierten privaten Horizont bedeuten, desto mehr schrumpfen sie auf die sehr allgemeinen und der konkreten Politik einen breiten Interpretationsspielraum zugestehenden Interessen an der Systemerhaltung zusammen – und desto mehr kann unterhalb der Systemschranke geschehen. Die Dialektik dieses Prozesses liegt darin, daß aufgrund der Dynamik der sich entfaltenden Produktivkräfte das eigene Interesse den Kapitalisten gebietet, dem Staat dessen Interpretation zu übertragen und ihm den Grad an Verselbständigung einzuräumen, der ihm allein ermöglicht, die langfristigen Systemnotwendigkeiten gegen blinde Partikularismen durchzusetzen. Die neomarxistische Theorie steht diesem Phänomen weitgehend hilflos gegenüber.

„Die Voraussetzung der liberalen Reform besteht darin, daß der Staat in der kapitalistischen Wirtschaft, wenigstens potentiell, ein Organ der Gesellschaft als Ganzes ist, das man im Interesse der Gesellschaft als Ganzes zur Aktion veranlassen kann. Wie wir aber wissen, ist der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft immer und in erster Linie der Garant der kapitalistischen

Besitzverhältnisse gewesen. In dieser Eigenschaft war er unmißverständlich das Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft" (9).

## Technokratische Politik und Systemerhaltung

C. Offe hat gezeigt, daß konflikttheoretische Ansätze einer politischen Soziologie mit ihren Versuchen gescheitert sind, sozialstrukturell definierte Machtgruppen anzugeben, die allein in der Lage wären, die exekutiven und administrativen Funktionen des Staatsapparats maßgeblich auf ihre Interessen hin zu instrumentalisieren. Die Frage: „Wodurch werden die konkreten Entscheidungsprozesse im politisch-administrativen Steuerungszentrum im spätkapitalistischen Wohlfahrtsstaat determiniert" (10), scheint sinnvoller durch einen integrationsistischen Ansatz beantwortet zu werden, der die Strategien des politischen Systems nicht mehr von den Interessen strukturell privilegierter Gruppen her bestimmt, sondern den Prozeß der Machtverwerfung im politischen System strukturiert sieht durch die Lösung bestandsbedrohender Systemprobleme, „deren Bewältigung sich für das politische System zum interessenunspecifischen, ‚sachgesetzlichen‘ Imperativ verselbständigt hat" (11).

Hier wird für Offe ein neuer Begriff des Politischen relevant, „dessen Intention nicht mehr die Durchsetzung richtiger und gerechter Lebensformen, sondern die Konserverung von gesellschaftlichen Verhältnissen ist, die nur mehr ihre Funktionstüchtigkeit als Rechtfertigungsbasis beanspruchen" (12). Nicht mehr auf Konsensus gegründete Handlungsorientierungen bestimmen das Entscheidungsverhalten politischer Institutionen, sondern technisch interpretierte Vermeidungsimperative. Technokratische Politik muß partikuläre Interessen unter Kontrolle nehmen. Sie muß Prioritäten im Rahmen eines Gesamtkonzepts setzen, um den funktionellen Erfordernissen einer loyalitätssichernden Wachstumspolitik gerecht werden zu können. Dabei wählt sie in ihrem Selbstverständnis nicht aus gegebenen Alternativen gemäß einem wie immer hergestellten Wertkonsensus, sondern sie reagiert auf funktionelle Erfordernisse, sie exekutiert „Sachzwänge“.

Auch Privateigentum an Produktionsmitteln ist für Technokraten kein Wert, sondern lediglich ein Datum der Planung, eine Frage der von Politikern zur Verfügung gestellten Macht. Dasselbe gilt für die Lebenschancen der Massen. In dieser scheinhaften Verbannung normativer Aspekte aus der Politik äußert sich die Verselbständigung der Technokratie, des technischen Handelns, gegenüber ihrer Klassenbasis und deren interpretierten Interessen. Die Kehrseite der Verselbständigung aber ist der gestiegene Bedarf an support. Technokraten bedürfen der Massenlegitimation in einem qualitativ anderen Sinn als traditionelle bürgerliche Politik. Je weiter ihr Planungshorizont gesteckt ist, desto eher können sie mit ihrer ursprünglichen Interessenbasis in Konflikt geraten und müssen sie auf eine andere Basis übersetzen können (13).

Offensichtlich stützt sich technokratische Herrschaft auf die Überzeugung der Massen, daß sie frei sei von partikularen Interessen; historisch neu ist, daß dies mehr

ist als nur Ideologie. Gerade die „neue Wirtschaftspolitik" ist nur schwer als Klassenpolitik im alten Sinn darzustellen. Es gehört durchaus in das technokratische Konzept, daß die „Nachfrageseite", als welche die Lebenschancen der Massen erscheinen, kräftig gefördert wird, sobald dies unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten sinnvoll erscheint. Dies umso mehr, als der Handlungsspielraum der regierenden Technokraten gegenüber dem bornierten Privatinteresse durch den Grad der Massenunterstützung definiert wird.

Der Unterschied zwischen technokratischer und „bürgerlicher" Wirtschaftspolitik ist keineswegs nur akzidentell, nur eine besonders raffinierte Form der Verschleierung, sondern er deutet auf eine veränderte Position des politischen Systems: „bürgerliche" Wirtschaftspolitik ist bereit, sich auf massive Konflikte einzulassen; für sie ist die Krise ein Mittel der Politik, Rezessionen entspannen den Arbeitsmarkt und heben die Arbeitsmoral, Massenbewegungen sind im Notfall ein Problem der Armee. Das höhere Rationalitätsniveau technokratischer Politik liegt darin, daß sie die Kosten solcher Konflikte kalkuliert und artikuliert Bedürfnisse der Massen, soweit sie sie wahrnehmen kann, mindestens partiell in Rechnung stellt. Moderne Technokraten sind der input-Seite des politischen Systems gegenüber sensibel und wissen, wie wichtig support-Kalkulationen sind. Sie würden z. B. nicht die Gewerkschaften zerschlagen wie die Faschisten, um den Klassenkonflikt stillzulegen, sondern Tarifverhandlungen als Meldeorgan funktionalisieren.

## Gesellschaft als System von Sachzwängen

Im Selbstverständnis technokratischer Herrschaft besteht die Welt aus Sachzwängen (14). Damit ist Politik Sache der Experten, Partizipation wirkt störend, allenfalls kann sie als „Quasi-Beteiligung" dazu dienen, unaufgeklärten Massen mit archaischen Bewußtseinsformen die Notwendigkeiten der Politik nahzubringen (15). Der Zusammenhang zwischen Sachzwang und Herrschaft ist das Kernstück der deutschen Technokratiediskussion. Auf der einen Seite steht Schelskys „technischer Staat", in dem Herrschaftsdisziplin durch Sachdisziplin ersetzt wird, in dem der Staat zum herrschaftsfreien effizienten Verwaltungsgebilde herabdefiniert wird. Auf der anderen Seite steht eine linke Kritik, die der technokratischen Ideologie vorwirft, sie würde als Logik der Sachen tarnen, was in Wahrheit interessenbezogene Politik sei. Dies führe dazu, daß Herrschaftszusammenhänge verschleiert werden: das Durchsetzen partikularer Interessen erscheine in der Ideologie des Sachzwangs als notwendiges Reagieren auf Probleme des Gesamtsystems. Alternativenblindheit diene den Herrschenden und stabilisiere die Vorstellung, Entscheidungen des politischen Systems könnten aus technischen Gründen nur so fallen wie sie gefallen sind.

Dabei muß man jedoch zwei Argumente auseinanderhalten. Einmal können politische Alternativen gewiß nicht durch technisches Wissen entschieden werden: „Über Wertsysteme, das heißt aber: Über soziale Bedürfnisse und objektive Bewußtseinslagen, über die Richtung der Emanzipation und der Regression können wir im Rahmen der Forschungen, die unsere

technische Verfügungsgewalt erweitern, keine zwingenden Aussagen machen. Entweder finden sich andere als die theoretisch-technischen Formen der Diskussion, um die mit Technologien und Strategien nicht restlos zu beantwortenden praktischen Fragen gleichwohl rational zu klären; oder solche Fragen wären überhaupt nicht mit Gründen zu entscheiden, dann müßten wir aber zum dezisionistischen Modell zurückkehren" (15a). Dies beträfe die Frage nach einer Rationalität verbürgenden Organisationsform des (politischen) Bereichs der Zielformulierung. Zum andern aber lassen uns die oben zur Frage des support sowie über die Verselbständigung des politischen Systems gegenüber seiner ursprünglichen Klassenbasis angestellten Überlegungen daran zweifeln, ob die Ideologie des Sachzwangs auf ein Interesse an der Erhaltung von Herrschaft allein zurückgeführt werden kann. Wir wollen hier eine u. E. plausible Antwort vorschlagen.

## Konvergenz von Effektivität und Demokratie

Zuvor soll mindestens angedeutet werden, daß eine an Effektivität orientierte technokratische Elite durchaus die Restriktionen der „Sachzwang"-Kategorie sprengen könnte. Die Aktivitäten des politischen Zentrums sind dann nicht mehr eindeutig konservativ, wenn es von einem defensiven crisis management zu einer langfristig geplanten Modernisierungs- und Wachstumspolitik übergeht. Eine solche offensive Systemstrategie kann bei kumulierenden Krisen zum Stabilitätsfordernis werden, weil Herrschaft in modernen Gesellschaften nur über die Funktionsfähigkeit des Systems legitimiert werden kann. Die Alternative zur modernisierenden Wachstumspolitik, die autoritäre Problembewältigung, hat bei gegebener Interessenkonstellation zwar immer noch eine realistische Perspektive; die Frage ist allerdings, wie lange sie dem Komplexitätsgrad moderner sozioökonomischer Zusammenhänge noch adäquat ist: ihre Konsequenz ist Stagnation und Regression. Die Frage kann zumindest gestellt werden, wann es durch die funktionellen Erfordernisse der legitimationsrelevanten Produktivitätssteigerung zu einer Transformation eben der Herrschaftsstrukturen kommen könnte, die sie eigentlich stabilisieren sollte. Konflikte zwischen Technokratie und vested interests, repräsentiert durch Politiker des klassischen Typs, könnten aufbrechen, wenn sozialtechnisch informierte Technokraten sich das Wissen um die positive Korrelation zwischen Demokratisierung und Effizienzsteigerung zunutze machen wollen (16).

Die Perspektiven, die sich aus dieser offenkundigen Ambivalenz technokratischer Herrschaft ergeben, können an einem Beispiel generell aufgezeigt werden. Die Sozialkybernetik wird oft als Ideologie technokratischer, also kapitalistischer Herrschaft denunziert, die die Herrschaftsverfassung von Gesellschaften dadurch verschleierte, daß sie von selbstregulierender Anpassung spreche, wo Herrschaftsansprüche durchgesetzt werden. Wie Dieter Senghaas gezeigt hat, wird ihr unterstellt, es gehe ihr „entweder um eine Vervollkommnung und Verfeinerung der gesellschaftlichen Manipulationsinstrumente oder um eine Quasiautomatisierung gesellschaftlicher Prozesse" (17).

Dagegen wendet Senghaas ein, daß gerade sozialkybernetische Analysen, deren

## Unpolitische Rechtfertigung des Systems

Die Instrumente, deren sich der technokratisch gesteuerte Kapitalismus zur Messung der relevanten Bedürfnisse bedient, können deshalb relativ simpel konstruiert sein, weil diese Bedürfnisse bereits individuell hinreichend formuliert werden und der kollektiven Reformulierung nicht bedürfen. Andererseits ist die Stabilität des gegenwärtigen Herrschaftssystems dann gefährdet, wenn eine komplexere Bedürfnisstruktur entsteht, die weder am Markt noch in den ohne Apathie funktionsunfähigen Institutionen des derzeitigen Parlamentarismus legitimationssträftig befriedigt werden kann. Die heute unlegbare Stabilität des technokratischen Kapitalismus beruht auf einer relativ unentwickelten Bedürfnisstruktur, die mit systemimmanenten Techniken abgedeckt werden kann. Weil die herrschenden Bedürfnisse private sind, können sie von Monaden über Geld oder Wählerstimmen in das politische System eingespeist werden; als unentwickelte Bedürfnisse sind sie ohne weitere Partizipation meßbar. „Die Interpretation der Leistungen“, schreibt Habermas, „an denen das System sich rechtfertigt, darf im Prinzip nicht politisch sein: sie bezieht sich unmittelbar auf verwendungsneutrale Zuwendungen von Geld und arbeitsfreier Zeit“ (32).

Das Funktionieren der oft analysierten Friedensformel des Spätkapitalismus stützt sich auf tiefstehende autoritär-privatistische Orientierungen, die demjenigen legitime Herrschaft ermöglichen, der auf längere Sicht Hoffnungen auf Zunahme des privaten Konsums, der privaten Freizeit, auf „soziale Sicherheit“, Eigentum, Statusgewinn usw. einzulösen verspricht. Dem kommt am nächsten, was traditionell „kleinbürgerliches Bewußtsein“ hieß. Dessen entscheidende Komponente – Verzicht auf politische Partizipation zugunsten eines privaten, berechenbaren Konsumentenstatus – hat N. Luhmann als „generalisierte Motivierbarkeit“ zur funktionsnotwendigen Voraussetzung der Errichtung komplexerer Sozialsysteme erklären wollen (33). Dies erscheint zweifelhaft, wenn man sich die Genese der heute dominierenden Bedürfnisse vor Augen hält: sie stammen aus Zeiten des Mangels, der Unsicherheit, der Deprivation, und seit einiger Zeit wird ihre generationspezifische Verteilung immer sichtbar.

Daß sie nicht an den Kapitalismus als solchen gebunden sind, zeigt ihre Existenz in den sogenannten sozialistischen Ländern. Obwohl es jahrzehntelang nicht die mindeste Werbung (z. B.) gegeben hat, führte der Versuch, „westliche“ private Bedürfnisdispositionen zu reprimieren, zu ernsthaften Legitimitätsdefiziten. Aus der Erfolglosigkeit aller Bemühungen, etwa den westlichen Weg der privaten Motorisierung zu umgehen, lassen sich Aussagen über die Grenzen gezielter Manipulation ableiten. An diesen tiefstehenden privatistischen Einstellungen scheitert heute im Westen jede Agitation gegen „Konsumterror“ gerade bei den unterprivilegierten Schichten. Jeder, der die Angst vor einem Rückfall hinter das erreichte Niveau des privaten Konsums mobilisieren kann, bindet insbesondere die Arbeiter an das bestehende politische System. Dessen Ideologen wissen das; sie bedienen sich dieser Argumente, wenn sie linke Opponenten diskreditieren wollen, mit Erfolg.

## Eliminierung des Unterschieds von Praxis und Technik

Hier liegt das Legitimationspotential der Technokratie. Angesichts der Simplizität der dominierenden Bedürfnisse kann sie sich auf ihre instrumentelle Kapazität – und nur auf diese – berufen; einer Diskussion über politische Ziele, die eine tiefgreifende Umstrukturierung der Zielformulierungskanäle voraussetzt, braucht sie sich nicht zu stellen (34). Die scheinhafte Verbannung normativer Aspekte aus der Politik hat ihren Grund in der vorpolitischen Festlegung der Ziele des gesellschaftlichen Systems, die somit gar nicht als Ziele erscheinen: „stabiles Wachstum“ rein als solches, im vom Markt gesetzten Datenkranz, steht jenseits jeder Alternative und bedarf der Spezifikation durch Partizipation deshalb nicht, weil es mit der privaten Bedürfnisstruktur so vollkommen harmoniert. Gestritten wird nurmehr über die Instrumente – und das ist letzten Endes Sache der Experten. So entsteht der Schein des „Sachzwangs“.

Jürgen Habermas hat den Begriff des „positivistischen Gemeinbewußtseins“ (35) vorgeschlagen, um den Bezugsrahmen zu charakterisieren, in dem die Gesellschaft den Objekten technokratischer Herrschaft erscheint. Jetzt nämlich kann die Wissenschaft die Funktion übernehmen, die einst die Ideologie ausgefüllt hatte: Politik ist „nicht an der Verwirklichung praktischer Ziele, sondern an der Lösung technischer Fragen orientiert“ (36). Unterhalb der Friedensformel erscheinen die „Aufgaben der Staatstätigkeit als technische“ (37). Im Bewußtsein der Handelnden treten an die Stelle praktischer Alternativen von Experten zu entscheidende alternative Techniken. „Die Entpolitisierung der Masse der Bevölkerung, die durch ein technokratisches Bewußtsein legitimiert wird, ist zugleich eine Selbstobjektivation der Menschen in Kategorien gleichermaßen des zweckrationalen Handelns wie des adaptiven Verhaltens: die verdinglichten Modelle der Wissenschaften wandern in die sozio-kulturelle Lebenswelt ein und gewinnen über das Selbstverständnis objektive Gewalt.“

**Der ideologische Kern dieses Bewußtseins ist die Eliminierung des Unterschieds von Praxis und Technik“ (38).**

## Bewußtseinsändernde Komponenten technokratischer Herrschaft

Die Frage nach dem Transformationspotential spätkapitalistischer Gesellschaften läßt sich nunmehr so formulieren: wie wirkt technokratische Herrschaft auf die ihr zugrundeliegende Bedürfnisstruktur – und damit auf ihre eigene Legitimationsfähigkeit – zurück? Spitzt man das Problem zu, dann ergeben sich zwei alternative Antwortmöglichkeiten: man kann einerseits annehmen, daß technokratische Herrschaft die eigene motivationale Basis in den Griff nehmen und die Beherrschten manipulativ systemkonform motivieren könne; man kann andererseits annehmen, daß Technokratien als unausweichliche „unanticipated consequence“ systemgefährdende Motive produzieren. Während es in den Sozialwissenschaften immer offensichtlicher wird, daß strenge Manipulationstheorien kaum zu halten sind (39), spricht manches für die zweite Alternative.

Technokratische Herrschaft muß, will sie legitim, also überhaupt möglich sein, auf die Dauer wachsende private Gratifikationen garantieren. Eine erfolgreiche Techno-

kratie konstituiert somit bei den beherrschten Subjekten eine von der Gefahr des Mangels und der persönlichen Not freie Lebensperspektive. Es ist nicht unplausibel, daß die Gewißheit, unmittelbaren Mangel für immer überwunden zu haben, jenen Ängsten den Boden entzieht, die bisher Herrschaft begünstigt haben. Demokratische Motivationen dürften eher auf der Basis eines gesicherten Lebensstandards als angesichts physischer Bedrohung entstehen. (So erklärt es sich, wenn wirtschaftliche Rezessionen weit eher der Rechten zugute kommen als der Linken.) Die Technokratie legitimiert ihre Herrschaft, indem sie das Niveau des privaten Konsums steigert; sie unterminiert ihre Herrschaft, indem sie unmittelbare Not immer unwahrscheinlicher und demokratische Beteiligung immer möglicher werden läßt. Bei garantierter materieller Sicherheit ist nämlich mit zunehmender Sensibilität für die Kosten entfremdeter Arbeit und unpolitischer Lebens zu rechnen.

Die bestehende Gesellschaft hat ihr folgenreichstes Transformationspotential in der Konvergenz zwischen der gerade bei ihren jungen Mitgliedern zunehmenden Unfähigkeit, die mit einem Leben in Passivität, mit privatistisch verkürzter Identität verbundenen Frustrationen zu ertragen, und andererseits den wachsenden Problemen in den Bereichen horizontaler Disparitäten, die, solange sie nicht politisch entschieden werden, nur in die Zukunft verschoben und dort kumuliert werden. Steigendes Partizipationsbedürfnis trifft auf ohne Partizipation nicht einmal formulierbare, geschweige denn lösbare Problemhäufungen. Die Folgen für den Legitimitäts Haushalt des Herrschaftssystems liegen auf der Hand. – Modellhaft erweist sich das Dilemma der Technokratie im Bildungswesen. Effektivität als Legitimationsträger hängt auch davon ab, daß mehr Menschen länger durch Bildungseinrichtungen gehen. Die – um der Effektivität willen – erfolgte Freisetzung von Zwängen materieller Produktion wirkt andererseits bewußtseinsverändernd: in der Regel nimmt das Partizipationsbedürfnis mit der innerhalb von Bildungseinrichtungen verbrachten Zeit zu (40). (Wir verweisen auf die unter III. diskutierte Alternative zwischen Regression und Effektivität.) Es scheint, als seien die weltweiten Revolten von Schülern und Studenten erste Anzeichen einer sich ankündigenden langfristigen, durch Veränderungen der sozialisationsrelevanten Randbedingungen in der „post-modern period“ (Etzioni) bedingten Umwälzung der spätkapitalistischen Gesellschaft. Allerdings hätte sich bislang die Studentenrevolte selbst mißverstanden – nämlich in den Kategorien einer unbrauchbar gewordenen Klassen- und Revolutionstheorie.

## Konsequenzen für eine linke Strategie

In seiner großangelegten Studie „The active society“ beschreibt A. Etzioni einen Trend zu einer „Präferenz für ein kulturell und politisch aktives Leben gegenüber dem Streben nach Konsum“ (41). Etzioni schreibt: „Wenn dies auch gegenwärtig nur einen Teil der Mitglieder der Überflußgesellschaft betrifft, so scheint doch dieser Teil langsam zu wachsen, und sein Wachstum wird sich beschleunigen...“ (42). Ein zunehmendes Bedürfnis nach politischer Beteiligung, nach „authentischer“ Bedürfnisartikulation, wird

allmählich die Konsensmechanismen aus-  
hohlen. Je geringer der Anteil der Bedürf-  
nisse sein wird, die das politische System  
abdecken kann, desto gefährdeter ist seine  
Stabilität – es sei denn, es „lernt“, sich zu  
transformieren. „Obwohl solch eine (un-  
authentische) Gesellschaft Jahrzehnte über-  
dauern kann... besteht die Möglichkeit  
rapider Mobilisierung für eine Umwälzung,  
weil die nicht authentische Struktur die  
Menschen nicht an sich binden (to commit)  
kann und zugleich – anders als in bloß  
beherrschten Gesellschaften – den eigenen  
Eliten und den Beobachtern das Ausmaß  
verbirgt, in dem der Konsens sich schon auf-  
gelöst hat. So verhindert Unauthentizität,  
daß gesellschaftliche Probleme erkannt und  
gelöst werden, auch wenn dies im Interesse  
der Eliten läge, und die Eliten, die die Be-  
herrschten manipulieren, manipulieren sich  
selbst zur gleichen Zeit“ (43).

Für die Linke in den Metropolen sind  
diese Überlegungen u. E. nicht ohne Kon-  
sequenzen. Die Technokratie hat ihr ein Ni-  
veau planerischer Rationalität vorgegeben,  
vor dem sie nicht in die Idylle vorkapitalis-  
tischer Buschlandschaften flüchten darf,  
will sie jemals politisch chancenreich wer-  
den. Auch die befreite Gesellschaft hat, als  
entwickelte Industriegesellschaft, deren  
Steuerungsprobleme zu lösen. Nur dann  
sind die Massen für demokratische Alternativen –  
schrittweise – zu mobilisieren,  
wenn diese nicht erkennbar unter dem  
Rationalitätsniveau der Technokratie liegen.  
Wer Alternativen überhaupt als „imman-  
ent“ abtut und die Repressivität der heu-  
tigen Gesellschaft aus dem „Entwurf“ ihrer  
Technologie ableitet (44), reagiert regressiv  
und provoziert regressive Reaktionen. Er  
reproduziert die Ideologie der Technokra-  
ten, daß Alternativen zu ihren Plänen nicht  
möglich seien, weil praktische Entscheidungen  
– die demokratisierbar wären – nicht  
mehr stattfinden und durch Wissenschaft  
ersetzt sind (45).

Die Industriegesellschaft mag der Lin-  
ken nicht zuletzt deshalb als „eindimensio-  
nal“ erscheinen (und sie zu regressiven  
Romantizismen verleiten), weil bislang noch  
keine wirklichen Alternativen, d. h. nicht rück-  
schrittlichen, d. h. strategisch realisierbaren  
Demokratisierungskonzepte entwickelt wor-  
den sind. – Über den Sieg der Linken ent-  
scheidet, ob sie es lernt, alternative, d. h.  
ohne Demokratisierung nicht zu befriedi-  
gende Bedürfnisinterpretationen mit Hilfe  
konkreter, im Bereich kollektiver Bedürf-  
nisse ansetzender politischer Phantasie zu  
entwickeln und zu organisieren. Dazu ge-  
hört auch die Fähigkeit, neue Bedürfnisse  
in langfristig angelegten Prozessen der Or-  
ganisierung und Aufklärung den Massen zu  
vermitteln und durch Druck auf das poli-  
tische Zentrum dessen Legitimation zu  
schwächen und seine objektiven Wider-  
sprüche zu vertiefen. Uns scheint, als könne  
nur die Reflexion auf den säkularen Cha-  
rakter der historisch Demokratie ermögli-  
chenden Prozesse der Linken zu einem rea-  
listischen Zeithorizont verhelfen und sie vor  
den desorganisierenden und demoralisie-  
renden Folgen allzu kurzfristiger Erfolgs-  
kriterien bewahren. Falsches Bewußtsein  
gerade bei den Gruppen, auf die es an-  
käme, verhindert in Form von vorschnell  
und unkritisch rezipierten traditionellen Re-  
volutionsmodellen die Ausnutzung der his-  
torischen Möglichkeiten gradueller und  
kumulativer Abschaffung von Repressivität.

Nicht die gezähmten und antizyklisch  
eingefangenen Krisen der Kapitalverwer-

tung motivieren heute systemtranszendente  
Bewegungen dauerhaft – sondern allein die  
massenhafte Entfaltung qualitativ neuer Be-  
dürfnisse, deren Befriedigung nur bei De-  
mokratisierung des politischen Systems mög-  
lich ist. Langfristig wird in einem auf Jahr-  
zehnte zu konzipierenden Prozeß der De-  
mokratisierung das Privateigentum an Pro-  
duktionsmitteln praktisch zur Debatte ste-  
hen, und nicht nur zur Debatte. Nicht als  
Schranke für planerische Rationalität aller-  
dings, sondern als Hindernis der Demokra-  
tisierung, als unerträgliches Relikt einer Ge-  
sellschaft mit Privilegierungen der Lebens-  
und Einflußchancen, wie sie mit Demokra-  
tie als einer massenhaft hapitalisierten  
Lebensform unvereinbar sind.

Konrad Schacht  
Wolfgang Streeck

### Anmerkungen

(1) Gewiß ist dieses sehr komplexe Argument hier un-  
verantwortlich zusammengedrängt, und gewiß läßt der  
Marxismus sich nicht auf es reduzieren. Wir glauben  
dennoch, daß es auch in der heutigen Diskussion, ins-  
besondere unerschwellig, eine Rolle spielt. S. a. A.  
Wellmer, Der heimliche Positivismus der Marxschen  
Geschichtsphilosophie, in: ders., Kritische Gesellschafts-  
theorie und Positivismus, Frankfurt a. M. 1969, S. 69 ff.

(2) K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, MEGA Bd. 25,  
S. 221 ff. Vgl. hierzu: E. v. Böhm-Bawerk, Zum Ab-  
schluß des Marxschen Systems, in: ders., Werke, ed.  
Weiss, Bd. II, S. 321 ff.

(3) H. Großmann, Das Akkumulations- und Zusammen-  
bruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Frankfurt  
am Main 1929; H. Neisser, Das Gesetz der fallenden  
Profite rate als Krisen- und Zusammenbruchsgesetz, in:  
Die Gesellschaft, 1931, S. 72; R. Luxemburg, Die Ak-  
kumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus  
der Marxschen Theorie gemacht haben, Leipzig 1921;  
dies., Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur  
ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1927.

(4) P. M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwick-  
lung, Köln 1959, S. 146 ff.

(5) Unser Argument schließt das Vorkommen von Re-  
zessionen selbstverständlich nicht aus; es besagt ledig-  
lich, daß diese aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in  
einem Ausmaß auftreten werden, das im Bewußtsein  
der Massen die Kosten revolutionärer Aktionen rech-  
terfiligen würde.

(6) In der Imperialismuskritik hat H. G. Isenberg  
die dogmatische Ansicht zurückgewiesen, der Kapitalis-  
mus sei aus ökonomischen Gründen auf Imperialis-  
mus angewiesen (und in seinem Bestand durch eine  
Emanzipation der Dritten Welt demnach bedroht). Siehe  
ders., Imperialismus und Entwicklungshilfe, in: Das  
Argument, Heft 51, 1969, S. 50 ff.

(6a) F. Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat,  
Frankfurt am Main 1967, S. 31.

(7) J. Hirsch, Zur politischen Ökonomie des politischen  
Systems, in: Kress, Senghaas (eds.), Politikwissenschaft,  
Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1969,  
S. 206.

(8) Eine analoge Kontroverse besteht in der Faschis-  
muskritik, wo Tim Mason die behauptete perman-  
ente Interessentendenz von Kapital und politischem  
System im Dritten Reich problematisiert hat. Vgl.  
T. Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirt-  
schaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument,  
Heft 41, 1966, S. 473 ff. Vgl. auch: Hypothesen zum  
nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Kritische  
Justiz, 1970, Heft 1, S. 9 ff.

(9) P. M. Sweezy, a. a. O., S. 279.

(10) G. Offe, Politische Herrschaft und Klassenstruk-  
turen, in: Kress, Senghaas (eds.), a. a. O., S. 179.

(11) Offe, a. a. O., S. 180. (12) Offe, a. a. O., S. 186.

(13) Vgl. den Begriff der „opportunistischen Wertbefrie-  
digung“ bei: N. Luhmann, Zweckbegriff und System-  
rationalität, Tübingen 1968, S. 30.

(14) H. Schelsky, Der Mensch in der technischen Zivi-  
lisation, Köln - Opladen ; ders., Der Mensch in  
der wissenschaftlichen Zivilisation, in: Auf der Suche  
nach der Wirklichkeit, Düsseldorf 1965. Kritisch u. a.:

W. D. Narr, Systemzwang als neue Kategorie in Wis-  
senschaft und Politik, in: Atomzeitalter, 1967, S. 400 ff.

(15) So bei H. Weibrecht, Effektivität und Legitimität  
der Tarifautonomie, Berlin 1969.

(15a) J. Habermas, Verwissenschaftliche Politik und  
öffentliche Meinung, in: Technik und Wissenschaft als  
„Ideologie“, Frankfurt am Main 1968, S. 120 ff.

(16) Als Resume der bisherigen Forschung siehe: F.  
Naschold, Organisation und Demokratie, Stuttgart 1969.

(17) D. Senghaas, Sozialkybernetik und Herrschaft, in:  
Atomzeitalter, 1967, S. 387. (18) a. a. O., S. 89.

(19) K. W. Deutsch, Politische Kybernetik, Freiburg  
1966, S. 219 ff., 226 f.

(20) J. Habermas, in: Technik und Wissenschaft ...,  
a. a. O., S. 48 ff. (21) a. a. O., S. 68. (22) a. a. O., S. 72.

(23) a. a. O., S. 70. (24) a. a. O., S. 76. (25) a. a. O., S. 76.

(26) a. a. O., S. 89.

(27) Selbstverständlich hat kaum ein historisches Herr-  
schaftssystem nicht irgendwelche Bedürfnisse minde-  
stens von Teilen der Beherrschten befriedigt. Dies war  
aber nicht explizit und primär Inhalt seiner Legitima-  
tionsmuster.

(28) Die Unterscheidung zwischen zugelassenen und  
nicht zugelassenen Bedürfnissen ist heute weniger  
denn je an schichtspezifische Privilegierungen gebun-  
den; in der formalen Demokratie wird sie vom poli-  
tischen System selbst vorgenommen. Vgl. Offe, a. a. O.,  
(29) Offe, a. a. O.

(30) Dies zeigen so unterschiedliche Ansätze wie J. Ag-  
noli, Transformation der Demokratie, Frankfurt 1968,  
und N. Luhmann, Legitimation durch Verfahren, Neu-  
wied und Berlin 1969, S. 137 ff.

(31) Die Technik der Demoskopie besteht in der Isolie-  
rung des Befragten und der Ausschaltung diskursiver  
Rationalisierung seiner Einstellungen.

(32) J. Habermas, Technik und Wissenschaft ...,  
a. a. O., S. 90.

(33) N. Luhmann, Funktion und Folgen formaler Orga-  
nisation, Berlin 1964, S. 54 ff.

(34) Die Legitimation durch instrumentelle Kapazität  
hat eine Kehrseite: indem gerade modernisierende  
Technokratien sich selbst ausschließlich als funktional  
darstellen, zerstören sie im Interesse von Effektivität  
alle traditionellen Legitimationsmuster. Dadurch  
können sie auf die Dauer Legitimation von Herrschaft  
überhaupt verunmöglichen.

(35) J. Habermas, a. a. O., S. 93. (36) a. a. O., S. 77.

(37) a. a. O., S. 78. (38) a. a. O., S. 91.

(39) Wir stützen uns hier auf die Diskussion bei: F.  
Naschold, Systemsteuerung, Stuttgart 1969, S. 78 ff.,  
insbes. S. 125 ff.

(40) S. Herkommer, Technische Intelligenz im Spätkapi-  
talismus, in: Sozialistische Politik, 1969, Heft 3, S. 7.

(41) A. Etzioni, The Active Society, N. Y. 1968, S. 644  
(Zitate von uns übersetzt).

(42) a. a. O., S. 644. (43) a. a. O., S. 647.

(44) H. Marcuse, Industrialisierung und Kapitalismus  
im Werk Max Webers, in: Kultur und Gesellschaft II,  
Frankfurt 1965, S. 107 ff.

(45) G. Offe, Technik und Eindimensionalität. Eine  
Version der Technokratiehypothese, in: J. Habermas (ed.),  
Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt 1968, S. 77 ff.

Nachdruck  
aus der Zeitschrift „Futurum“  
(Hg.: O. Flechtheim)

# Ideologische Aspekte von Skinners Behaviorismus

## Technokratie und Methodologie

Technokratisches Denken schließt bestimmte Annahmen sowohl über gesellschaftliche Prozesse als auch über menschliches Verhalten ein: primär wird die Form der gesellschaftlichen Organisation durch die Technologie bestimmt und rational ist eine Gesellschaft dann strukturiert, wenn ihr Aufbau ein Resultat der Sachzwänge der technischen Entwicklung darstellt. So erzwingt allein die Anwendung der Technik spezifische Organisationsformen, ohne daß gesellschaftliche Alternativen denkbar sind.

Rational ist in einem solchen System nur dann das Verhalten der Individuen, wenn sie sich an dessen Zielen orientieren und geeignete Mittel zu deren Realisierung in Anwendung bringen. Rationalität wird gleichgesetzt mit Zweckrationalität. Ob die Erreichung der Systemziele vernünftig ist, danach wird nicht gefragt, da deren Gültigkeit und Rationalität durch die Anwendung rationaler Techniken bereits als legitimiert erscheinen.

Beruft sich technokratisches Denken auf die Sachzwänge der technischen Entwicklung, so setzt es gleichzeitig die Formen naturwissenschaftlicher Erkenntnis als Paradigma voraus. Erkenntnis vollzieht sich demzufolge nur in dem von den Naturwissenschaften abgesteckten Rahmen, und daraus ergibt sich die Forderung der methodologischen Orientierung der Sozialwissenschaften und der Psychologie am Ideal der Naturwissenschaft. Ist Naturwissenschaft unerlässlich zur Herrschaft über die Naturvorgänge und bildet sie demzufolge die notwendige Voraussetzung der Technokratie, so soll die Psychologie als Mittel zur Steuerung des individuellen Verhaltens fungieren.

Technokratischem Denken liegen stets bestimmte methodologische Prämissen zugrunde. Die Steuerung gesellschaftlicher Vorgänge impliziert die Beeinflussung des individuellen Verhaltens im Sinne des Systems, und dies wiederum erzeugt das Bedürfnis nach einer Wissenschaft vom Verhalten, die Mittel zu seiner Beeinflussung in die Hand gibt. Der Behaviorismus kommt diesen Tendenzen besonders gut entgegen, da sich auf seinem Boden eine naturwissenschaftliche Theorie der Anpassung entwickeln läßt.

## Psychologie ohne Psyche

Die Verhaltensforschung, wie sie B. F. Skinner propagiert, stellt wohl die radikalste Form der behavioristischen Psychologie dar. Der Behaviorismus ist der konsequenteste Versuch einer streng naturwissenschaftlichen Grundlegung der Tier- und Humanpsychologie. Er erhebt die Forderung nach Operationalisierbarkeit aller Begriffe, die in der Psychologie verwendet

werden. Damit ist ein revolutionäres methodologisches Postulat aufgestellt, das einen beträchtlichen Teil der traditionellen Theorienbildungen aus dem Wissensbestand der Psychologie ausscheidet.

Wissenschaftliche Begriffe sind nur dann operationalisiert, wenn empirische Bedingungen angegeben werden, unter denen sie zur Anwendung gelangen. Konstruiert z. B. ein Physiker eine Theorie, in der Ausdrücke wie „Elektron“, „elektromagnetisches Feld“, „Proton“ auftreten, dann muß er spezifische empirische Kriterien ihrer Anwendung formulieren. Er baut bestimmte Versuchsanordnungen auf, schlägt Meßoperationen vor und prognostiziert experimentelle Resultate. Die wissenschaftliche Gültigkeit seiner Befunde hängt von der Intersubjektivität seiner Forschungsstrategie ab. Prinzipiell müssen seine Experimente von anderen Forschern wiederholt und die Ergebnisse reproduziert werden können. Die Operationalisierung naturwissenschaftlicher Begriffe, ihre notwendige Bezogenheit auf experimentelle Prozeduren und Meßoperationen, ermöglicht die empirische Prüfung von Hypothesen und präzise Prognosen über den Ablauf von Naturvorgängen und konstituiert damit den Bezug naturwissenschaftlicher Theorien zur Welt der Erfahrung.

Folgenreich wurde für die Entwicklung der behavioristischen Psychologie die Forderung nach intersubjektiver Prüfbarkeit der Aussagen. Damit wurden alle Hypothesen und Theorien aus der Psychologie eliminiert, die auf Selbstbeobachtung und Introspektion gründen. Formuliert ein Psychologe eine Theorie über bestimmte seelische Vorgänge, und baut er sie aufgrund von Selbstbeobachtung auf, dann befindet er sich in einer privilegierten Beobachtersposition, die von keinem anderen Individuum eingenommen werden kann.

Jedem Subjekt ist unmittelbar nur sein eigenes Bewußtsein zugänglich, und die Wahrheit oder Falschheit seiner Aussagen über dieses kann von anderen ebenso wenig überprüft werden, wie die Adäquatheit der von ihm verwendeten Begriffe. Soll die Psychologie als Naturwissenschaft akzeptiert werden, dann kommen als Forschungsobjekte nicht private Gedanken und Gefühle, sondern intersubjektiv beobachtbare Verhaltensweisen und neurophysiologische Vorgänge in Frage. Psychologie ist die Wissenschaft von tierischen und menschlichen Verhalten, wobei auf humaner Ebene die Sprache als besondere Verhaltensweise hinzukommt.

## Erklären heißt manipulieren

Dieser Ansatz wurde von Skinner aufgenommen und radikalisiert. Seine Forschungen nahmen von Tierexperimenten ihren Ausgang, und ihre Strategie sowie ihr Interpretationsrahmen wurde auf die Deutung des humanen Sprachverhaltens ausgedehnt. Das Ziel der Psychologie besteht in der funktionalen Analyse, d. h. in der Deskription der Beziehungen der Reaktionen agierender Organismen zu entsprechenden Stimuli. Der Psychologe beschreibt die Art und Weise, in der spezifische Reize das Verhalten des Organismus kontrollieren.

Die auftretenden Verhaltensweisen werden ausschließlich mit Hilfe der Begriffe Stimulus, Reaktion, Verstärkung und Deprivation beschrieben, die sich auf beobachtbare physikalische Vorgänge beziehen. Ausdrücklich lehnt Skinner den Rückgriff

auf neurophysiologische Theorien und Erklärungsmodelle ab. Das Ziel der Erklärung ist erreicht, wenn aufgezeigt werden kann, durch welche Stimulierungen der Organismus zu bestimmten Reaktionen veranlaßt wird. Das Verhalten eines Lebewesens erklären heißt, es entsprechend zu manipulieren.

Dieses Programm wurde im Tierversuch zum Teil erfolgreich durchgeführt, indem Versuchsbedingungen geschaffen wurden, die eine genaue Kontrolle der wirkenden Faktoren gestatten. Für seine Tierversuche verwendet Skinner einen Kasten, an dessen Wand ein Hebel befestigt ist. Drückt eine Ratte, die sich im Kasten befindet, zufällig den Hebel, dann wird durch einen Mechanismus Futter in den Kasten befördert. Die Nahrung erhöht die Stärke der Reaktion und fungiert als Verstärker, der diejenigen Verhaltensweisen fixiert, die zufällig in Bezug auf den Hebel geäußert wurden.

Durch zusätzliche Stimuli kann der Experimentator das Verhalten des Versuchstieres modifizieren. Leuchtet z. B. ein Licht auf, wenn die Ratte den Hebel drückt und Futter in den Kasten gelangt, dann wird sie nach einer bestimmten Zeit nur bei Aufleuchten des Lichtes den Hebel drücken. Der neue Stimulus, der bislang keine besonderen Reaktionen hervorrief, determiniert nun das Verhalten. Auf diesem Wege können komplexe Bewegungsvorgänge konditioniert werden, indem einzelne zufällige Körperbewegungen des Tieres in der Skinnerbox durch Futter verstärkt und alle anderen Reaktionen ausgelöscht werden, so daß eine Reihe ausgewählter Verhaltensweisen übrigbleibt. Aus dem Kontinuum zufälliger Körperbewegungen werden durch gezielte Belohnungen erwünschte Reaktionen ausgesondert und fixiert, so daß sich ein typisches Verhaltensprofil entwickelt.

## Lerntheorie ohne Theorie

Beeinflußt wird das Verhalten durch den Trieb. Dieser ist kein spezifischer psychischer Vorgang, sondern wird definiert durch die Anzahl der Stunden, in denen der Organismus Deprivationen, d. h. den Entzug von Nahrung und Wasser ausgesetzt war. Dieser Triebbegriff ist fundamental für die Erklärung der Aktivität des Organismus und notwendig, den Vorgang der Fixierung neuer Verhaltensweisen begrifflich zu machen. So greift Skinner bei der Definition seiner grundlegenden Kategorien niemals auf psychische und nervöse Prozesse zurück, sondern nur auf die funktionalen Beziehungen zwischen physikalischen Stimuli und Reaktionen, die mathematisch als stetige Kurven darstellbar sind. Voraussetzung ist nur die Anwendung einer Versuchsanordnung, die eine genaue Isolierung der wirkenden Stimuli gestattet.

Jedoch überschreitet er die Grenze des Tierexperiments und dehnt die funktionale Analyse auf die Interpretation des menschlichen Verhaltens, insbesondere des Sprachverhaltens aus. Prinzipiell unterscheidet sich die Sprache nicht von den Reaktionen tierischer Organismen. Sprachliche Formen stellen Reaktionen auf äußere Reize dar, die ihrerseits wiederum das Verhalten anderer Menschen beeinflussen. Sprache ist eine komplexe Verhaltensform, deren Untersuchung in der Deskription verbalen und nichtverbalen Stimuli und entsprechenden verbalen und nichtverbalen Reaktionen be-

steht. Nur die unmittelbar zugänglichen Vorgänge werden dabei erfaßt, ohne Bezugnahme auf psychische und neurophysiologische Zusammenhänge. Seine Theoriefeindschaft geht dabei so weit, daß er die Bezeichnung „Lerntheorie“ für seine Untersuchungen ablehnt.

Sprachformen sind durch gezielte Belohnungen fixierte Lautkomplexe, die aus der Fülle infantiler Lautbildungen ausgewählt wurden. Klassifiziert werden verbale Formen in Termini ihrer funktionalen Beziehungen zu unterscheidbaren Stimuli, Verstärkern und anderen verbalen Reaktionen. So sind z. B. Bitten, Fragen und Befehle durch charakteristische Konsequenzen verstärkte Klasse von Reaktionen, die keine spezifischen Beziehungen zu einem vorhergehenden Stimulus aufweisen und unter der funktionalen Kontrolle entsprechender Deprivationen stehen.

Spricht jemand die Bitte aus, „Geben Sie mir bitte ein Glas Wasser“, dann ist dies eine verbale Reaktion, hervorgerufen durch ein Bedürfnis und fixiert durch die Erfüllung des Erbetenen. Im Verlauf des Lebens folgte ihrer Äußerung so oft die Belohnung, daß sich ein feststehender sprachlicher Habitus herausbildete. Deskriptive Ausdrücke stehen dagegen unter der Kontrolle eines Stimulus. In Gegenwart bestimmter Stimuli nimmt das Kind spezifische Lautkomplexe wahr, spricht sie nach und wird auf irgendeine Weise belohnt. Die verstärkende Belohnung fixiert das verbale Verhalten des Kindes und konstituiert einen Habitus, in ähnlichen Situationen ähnliche verbale Reaktionen zu äußern. Damit hebt die funktionale Analyse auch die Sonderstellung des Bedeutungsbegriffs auf, da die Bedeutung eines deskriptiven Ausdrucks ausschließlich in seiner Fähigkeit besteht, ähnliche Verhaltensweisen hervorzurufen wie das Objekt, das er repräsentiert.

### Lerntheorie als Paraphrase

Die Übertragung der durch die Versuchsanordnung der Skinnerbox wohldefinierten Kategorien auf die funktionale Analyse des Sprachakts, stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Bleibt z. B. ein Museumsbesucher vor einem Bild stehen und sagt „Ein Holländer“, dann ist dieser Ausdruck eine Reaktion, die unter der Kontrolle des Stimulus Bild steht. Gemäß den Prämissen der funktionalen Analyse ist das Bild nur dann ein Stimulus und „Ein Holländer“ nur dann eine Reaktion, wenn beide gesetzmäßig miteinander verknüpft sind. In diesem Augenblick war aber die Reaktion des Sprechers ganz zufällig. Er hätte auch „Oh“, „wie schön“, „Die Lichtverhältnisse sind ungünstig“ sagen können.

Weder die Anzahl noch die Beschaffenheit der Äußerungen, läßt sich von vornherein prognostizieren. Damit entfällt aber auch die Formulierung dynamischer Gesetze, denn dies setzt die Bestimmung eindeutiger Beziehungen zwischen Stimuli und Reaktionen voraus. Da sich jedoch solche Zusammenhänge erst hinterher enthüllen, und Skinner jede Äußerung des Museumsbesuchers in Gegenwart des Bildes als unter der Kontrolle des Stimulus Bild stehend interpretieren muß, besitzt der Stimulusbegriff keinerlei kognitiven Gehalt mehr.

Skinner's Argumentationen weisen alle in diese Richtung. Sieht jemand einen roten Sessel und sagt er „rot“, dann steht seine

Reaktion unter der Kontrolle des Stimulus „rote Farbe“. Sagt die Person dagegen „Stuhl“, so wird ihr verbales Verhalten durch die Eigenschaft, ein Stuhl zu sein, kontrolliert. Äußert sie dagegen, „Ich bin müde“, dann wird diese verbale Reaktion gleichfalls durch den Stimulus Stuhl gesteuert.

Diese Sachlage ist aber fatal für die funktionale Analyse, da wir beim Auftreten des Stimulus nicht sagen können, welche der möglichen Reaktionen geäußert wird. Eine solche Aussage ist erst nach vollzogenem Verhalten möglich. Damit fällt der Begriff der Stimuluskontrolle mit dem Verstehen sprachlicher Formen zusammen. Skinner erfaßt die Bedeutung sprachlicher Zusammenhänge nicht durch die Beobachtung funktionaler Verknüpfungen, sondern er projiziert sein Sprachverständnis in das beobachtete verbale Verhalten hinein. Primär ist das Vorverständnis des Beobachters, sekundär sind die experimentellen Manipulationen. Die behavioristische Interpretation der Sprache ist nur eine objektivistische Paraphrase für das zugrunde liegende Vorverständnis des Beobachters.

### Gesellschaft als Skinnerbox

Damit ist jedoch der objektivistische Ansatz zerstört. Da die Bedeutung eines Zeichens nicht durch genaue determinierte Beziehungen zwischen Stimulus und verbaler Reaktion ermittelt werden kann, unterlegt der Beobachter den beobachteten Individuen sein eigenes Sprachverständnis, das selbst wiederum nicht mit Hilfe präzisiert definierter Experimente gewonnen wurde. Außerhalb der scharf definierten Versuchsanordnung der Skinnerbox verlieren die Kategorien Stimulus, Reaktion, Stimuluskontrolle ihre Bestimmtheit.

Die Ansprüche der funktionalen Analyse ließen sich nur dann rechtfertigen, wenn ein Kind unter den Versuchsbedingungen der Skinnerbox sprechen lernte, und sein Verhalten so exakt konditioniert würde, daß spezifische Stimuli entsprechende verbale Reaktionen und verbale Stimuli genau determinierte verbale oder nichtverbale Verhaltensweisen zeitigten. Ein solches Wesen hätte in seinem Verhalten wahrscheinlich kaum Ähnlichkeit mit dem Sprachverhalten eines einigermaßen normalen Menschen, da ihm die Spontaneität abginge, die der funktionalen Analyse solche Schwierigkeiten bereitet.

An die Stelle der kommunikativen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern träte eine Manipulation, bei der nur wenige ausgewählte Stimuli auf die Sinnesorgane der Kinder einwirkten und eine geringe Anzahl von Verstärkern ein genau spezifizierbares Verhalten formten. Zwischen der Sprache des manipulierenden Forschers und derjenigen des manipulierten Individuums klafft ein Bruch. Eine Kommunikation zwischen beiden Seiten ist nicht mehr möglich, da der Forscher sein eigenes unreglementiertes Sprachverhalten nicht mit ins Spiel bringen kann.

In letzter Konsequenz bedarf es zur Verifikation der Skinner'schen Thesen der Anpassung kommunikativen Verhaltens an die Postulate des Behaviorismus durch die Reduktion des Subjekts auf eine präzise funktionierende Reflexmaschine, deren Reaktionsweisen genau prognostizierbar sind. Implizit ist damit ein ideologisches Moment gegeben, das zur Rechtfertigung technokra-

tischer Manipulationen herangezogen werden kann. Unterwirft technokratisches Denken die Gesellschaft einer Steuerung durch technologische Eingriffe, so ist es auch an einer Anpassung der Individuen an das System interessiert. Das Verhalten der Individuen muß planbar sein und eine solche Planung setzt wiederum das steuernde Eingreifen der Planer in das Verhalten der Subjekte voraus.

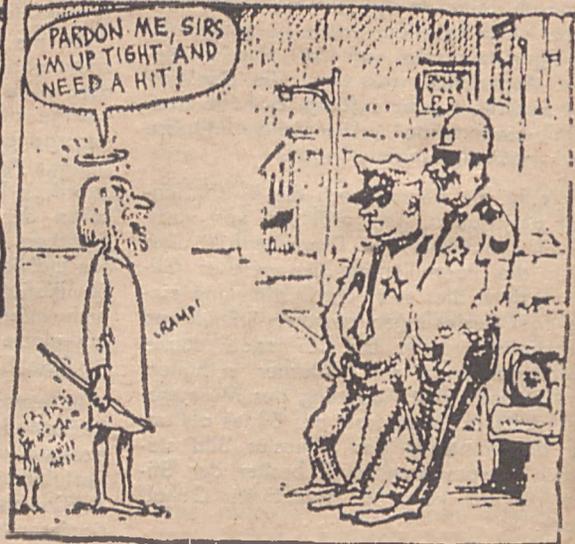
Manipulierendes Eingreifen, strikte Kontrolle der Individuen durch eine genaue Steuerung der Stimuli und Reaktionen, sowie der Verstärkerwirkungen und die damit gegebene strikte Anpassung an die jeweils gegebene Umwelt, erscheinen durch die Rationalität des wissenschaftlichen Verfahrens gerechtfertigt. Da Spontaneität in diesen wissenschaftlichen Begriffsrahmen nicht integrierbar ist, wird sie aus dem Bereich wissenschaftlicher Fragestellung ausgeklammert.

In seinem Buch „Futurum zwei“, das die Anwendung behavioristischer Prinzipien in einem utopischen Gemeinwesen darstellt, läßt Skinner den Gründer der Siedlung sagen: „Ich streite ab, daß es so etwas wie Freiheit gibt. Ich muß es abstreiten, oder mein ganzes Programm ist sinnlos. Man kann nicht eine Wissenschaft von einem Objekt betreiben, das launisch hin- und herhüpft. Vielleicht können wir niemals beweisen, daß der Mensch nicht frei ist, es ist dies nur eine Vermutung. Aber der wachsende Erfolg der Verhaltensforschung macht sie immer einleuchtender.“ (S. 228)

Hinter diesem Programm steht nichts Geringeres als die Inthronisation der Verhaltensforschung als Wissenschaft aller Wissenschaft. „Sie ist die Wissenschaft aller Wissenschaften, eine Sonderdisziplin des Redens über das Reden und des Wissens über das Wissen.“ (S. 264)

Dies ist sie aber nur, wenn sie die eingeschränkten Bedingungen des manipulierenden Experiments mit der Realität der Kommunikation verwechselt, und diese Einschränkung macht sie so anziehend für technokratisches Denken. Damit entziehen sich die Bedingungen von Skinner's Behaviorismus der Reflexion und die normativen Voraussetzungen lassen sich nicht mehr artikulieren.

Dr. Arno Müller



# Sozialistische Reformpolitik Rotzök Berlin

## Vom Protest zur politischen Arbeit

Die antiautoritäre Phase der Schüler- und Studentenrevolte befand sich relativ bald in einer Sackgasse. Es zeigte sich, daß zwar durch Provokationen, Verletzung der Spielregeln, Leistungsverweigerung u. ä. allen sichtbar gemacht werden konnte, daß etwas faul im Staate ist, nicht jedoch war es möglich, die bestehenden autoritären Verhältnisse auch nur an der Peripherie wirksam zu verändern.

In West-Berlin zuerst, wo die Schüler- und Studentenrevolte ihren Anfang genommen hatte, ist versucht worden, Konsequenzen aus diesem Dilemma zu ziehen. Dabei wurde zweierlei deutlich: 1. das theoretische Konzept war zu kurzschlüssig. Die revoltierenden Intellektuellen hatten nicht die geringste faktische Macht, die bestehenden Verhältnisse in ihren Strukturen auch nur anzutasten, geschweige denn zu verändern. Man glaubte zu erkennen, daß eine Klassengesellschaft, soll sie radikal verändert werden, nur durch die Macht des Proletariats verändert werden kann. Denn einzig „das Proletariat, als Schöpfer aller Werte“, sei durch seine Stellung im Produktionsprozeß berechtigt und in der Lage, durch eine Revolution die Diktatur des Volkes über die Minderheit der Kapitalisten auszuüben. Entgegen allen Unkenrufen und den von den bürgerlichen Wissenschaften unterstützten Propagandlügen sei die Macht des Proletariats ebenso wenig verschwunden wie die Klassengesellschaft selber. Die Septemberstreiks in die BRD, die großen Streiks in Italien und Frankreich – überall beginne die Macht des Proletariats als Reaktion auf die Verschärfung der Widersprüche im Spätkapitalismus (woran die kompensatorischen Maßnahmen des Staatsapparates nur wenig zu ändern vermögen) sich zu entfalten.

Fazit: Die Intellektuellen und Studenten, die es ernst meinen mit ihrer Revolte, dürfen jetzt nicht nur protestieren und demonstrieren, sondern müssen revolutionär handeln und die Kämpfe derjenigen unterstützen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, d. h. durch das Kapital ausgebeutet und entrechtet werden: Die revolutionäre Studentenbewegung begreift sich als Motor für die von ihr erwarteten Klassenkämpfe.

Diese theoretische Verschiebung führt zum zentralen Problem: dem der Organisationsfrage. Die Organisation des Klassenkampfes geschieht zunächst auf der konkreten Ebene, der Ebene der „Zellen“. Dabei zeigte sich, daß die Arbeit, die jetzt zu leisten ist, nicht mit den bislang gepflegten antiautoritären Organisationsprinzipien vereinbar ist. Das waren Prinzipien, die die neue Gesellschaft schon antizipierten: herrschaftsfreie Kommunikation, unmittelbare Befriedigung der Bedürfnisse, Öffentlichkeit und Kontrolle. Deren Folgen waren Nachlässigkeit, Schlamperei und Unpünktlichkeit, es fehlte straffe Disziplin.

## Herrschende Ökonomie = Ökonomie der Herrschenden

Wie hat sich diese Verschiebung innerhalb des universitären Bereichs ausgewirkt? Vor allem: welche Folgerungen haben sich für den Kampf gegen die technokratische Hochschulreform ergeben? Paradigmatisch ist dies an Struktur und Programm der „Roten Zelle Ökonomie“, kurz Rotzök genannt, ablesbar. Die Rotzök ist mit die bedeu-

tendste Rote Zelle an der FU; ihr Pendant an der TU ist das „Sozialistische Studentenkollektiv Ökonomie“ (SSK Ö), ein Ableger der Marxisten-Leninisten.

In den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten sowohl der TU als auch der FU hatten sich während der anti-autoritären Phase ad-hoc-Gruppen gebildet, „um in selbstbestimmten Gruppen kritische Wissenschaft zu betreiben, an praxisbezogenen Problemstellungen (z. B. Berufsperspektive und Auftragsforschung) zu arbeiten“.

Die Antwort der Universitätsbürokratie und Staatsadministration: verschärfter Druck in Richtung technokratischer Hochschulreform. Heißt es in einem Flugblatt der SSK Ö: „In dem Maße, wie die existierenden Freiräume zur Selbstorganisation genutzt wurden, in dem Maße, wie die in der damaligen ad-hoc-Gruppe-Fak-8 (Die Fakultät 8 ist die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät – Anmerk. der Red.) organisierten Studenten darangingen, in selbstbestimmten Arbeitsgruppen kritische Wissenschaft zu betreiben, in dem Maße versuchten die Ordinarien, versuchte die Universitätsbürokratie, versuchte der Staat durch technokratische Reformen, durch Steigern des Leistungsdrucks, durch Verschärfung der Prüfungsbedingungen diese Selbstorganisation zu unterbinden. Motto: Wer pauken muß, kommt nicht zum Denken. Der merkt auch nicht, für wen hier gepaukt wird. Oder genauer: Der Student der Wirtschaftswissenschaft soll nicht zu einem kritischen Wissenschaftler ausgebildet werden, der seine Funktion im gesamtgesellschaftlichen System analysieren kann, sondern zu einem Fachidioten, der sein Wissen zum Zwecke der Profitmaximierung an die Kapitalistenklasse zu verkaufen hat.“

Fachidiot versus kritischer Wissenschaftler – die Entscheidung fällt nicht schwer: In einer Veröffentlichung der Roten Zelle Ökonomie heißt es: „Wenn wir beginnen, Wirtschaftswissenschaften zu studieren, erwarten wir Auskunft über die Grundstrukturen und die Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems, über die historische Entstehung und die Legitimation der bestehenden Machtverhältnisse. Wir stellen jedoch schon sehr bald fest, daß alles, was uns vom offiziellen ‚Lehrkörper‘ angeboten wird, entweder nichtssagender Schwachsinn ist oder technokratische Verfahrenlehre zur Stabilisierung des Systems. Die an unserer Fakultät gelehrt Ökonomie bietet uns nicht die Kategorien und Methoden, die bestehenden Verhältnisse zu erkennen, geschweige denn zu kritisieren. Das ist kein Wunder, denn die herrschende Ökonomie ist die Ökonomie der Herrschenden, die an einer grundlegenden Veränderung der Ökonomie nicht interessiert sein können.“

Es waren nicht zuletzt die Erfahrungen in den selbstbestimmten Arbeitsgruppen, die erkennen ließen, daß die Widersprüche an der Universität nicht an der Unzulänglichkeit der Organisation der Lehrstühle liegen, sondern daß es sich bei diesen Widersprüchen nur um vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital abgeleitete Widersprüche handelt. „Es zeigte sich also, daß die Sozialisationsphäre Uni ein Instrument der Herrschaftsstabilisierung und Machterweiterung der Kapitalistenklasse über die Klasse der Lohnarbeiter ist.“

Die Konsequenzen aus dieser Einsicht sind: 1. der technokratischen Hochschulreform, hinter der die Interessen des Kapitals versteckt sind, kann nicht mit irgendwelchen studentischen Gegenreformen

oder autonomen Arbeitsgruppen begegnet werden sondern nur mit einer revolutionären Alternative, soll das Ziel: demokratische Hochschule, erreicht werden.

Not tut die Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Zum einen, weil sich die Roten Zellen und die Sozialistischen Studentenkollektive (ebenso wie andere Linke Gruppen) als Motor des sich formierenden Klassenkampfes begreifen; zum anderen, weil die herrschende Ökonomie als Ökonomie der Herrschenden nur dann treffend kritisiert werden kann, wenn die praktischen Erfahrungen aus den Betrieben in die Uni zurückfließen.

Die Roten Zellen brauchen eine spezifische Organisationsform.

## Ziel und Organisation

Gemäß diesen Einsichten verfolgt die Rote Zelle Ökonomie innerhalb ihrer Fakultät folgende Ziele:

1. Wir bekämpfen die herrschende bürgerliche Ökonomie – sowohl in ihrer schwachsinnig-faselnden als auch in ihrer technokratisch-verkürzten Spielart – indem wir sie als Instrument der herrschenden Klassen zur Verschleierung bzw. Befestigung der bestehenden Klassengesellschaft entlarven und theoretisch wie praktisch kritisieren.

2. Wir nehmen unsere Ausbildung als Ökonomen im Dienste des Klassenkampfes in unsere eigenen Hände. Zu diesem Zwecke führen wir für alle Interessierten Kurse durch zur Einführung in die politische Ökonomie und Schwerpunktveranstaltungen zu weiterführenden Themen, veranstalten wir öffentlich mehrtägige Intensivseminare zu Themen, die für uns von zentraler Bedeutung sind (Arbeiterbewegung, russische Revolution, Monopolkapitalismus etc.), arbeiten wir mit in offiziellen Lehrveranstaltungen, die nach Absprache mit der Rotzök von mit uns sympathisierenden Dozenten abgehalten werden, und erkämpfen wir Tutoren-, Assistenten- und Dozentenstellen für Genossen, die mit uns den politischen Kampf führen.

3. Wir kooperieren eng mit den in den Betrieben arbeitenden Genossen. ... Die Untersuchungen und Erfahrungen der in den Betrieben arbeitenden Genossen werden systematisiert und auch den an der Hochschule arbeitenden Genossen zur Verfügung gestellt, die ihrerseits an der Lösung von Problemen der Betriebsarbeit arbeiten müssen.“ (Studienplan)

Ein ähnliches Programm verfolgt das Sozialistische Studentenkollektiv Ökonomie an der Technischen Universität: „Wir sehen die Notwendigkeit, in unserer Ausbildung ‚auf zwei Beinen zu gehen‘. Einerseits schulen wir uns in der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-Tung-Ideen, weil diese Theorie allein es ermöglicht, das Wesen der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse zu erkennen und weshalb diese Theorie eine Methode und Anleitung zur Entwicklung einer revolutionären Praxis zum Sturz dieser Verhältnisse ist. – Andererseits müssen wir als Ökonomen unser Fach beherrschen, um die Verschleierungstaktiken der Herrschenden zu durchschauen, indem wir z. B. Statistische Untersuchungen, Profit-, Struktur- und Konzernanalysen machen, d. h. über jederzeit abrufbares, relativ technokratisches Wissen verfügen, um es dem Proletariat zur Unterstützung des Klassenkampfes zur Verfügung zu stellen.“ (Flugblatt SSK Ö)

Um ihr Programm realisieren zu können, bedarf es einer strafferen Disziplin der Mitglieder. Der folgende Auszug aus dem Studienprogramm zeigt, daß sich die Rote Zelle Ökonomie bewußt und deutlich gegenüber Arbeitsgruppen der anti-autoritären Phase unterscheidet: „Es ist klar, daß mit dem diffus antiautoritären Inhalt der Studentenrevolte auch die Form der politischen Arbeit der Intellektuellen permanent weiterentwickelt werden muß. War die anti-autoritäre Bewegung weitgehend gekennzeichnet durch das individuelle, voluntaristische und spontane Aufbegehren gegen die Autoritätsstrukturen, so muß jetzt darüber hinaus der kollektive, organisierte und langfristige Kampf gegen Kapital und Staatsapparat in Angriff genommen werden. Das erfordert eine Verbesserung des Arbeitsstils in Richtung auf eine größere Verbindlichkeit und Disziplin der Arbeit in der Gruppe.“

Die Rotzök verlangt daher von ihren Mitgliedern, ziemlich rigide:

1. Verbindliche Teilnahme am Plenum, das einmal in der Woche tagt und die Politik der Rotzök diskutiert und bestimmt.
2. Verbindliche Mitarbeit an der Selbstschulung und in mindestens einer Gruppe des universitären oder außeruniversitären Parxisbereich.
3. Verbindlichkeit der vor dem Plenum übernommenen Aufträge.
4. Verbindliche Teilnahme an den vom Plenum beschlossenen Aktionen, es sei denn, die Nichtteilnahme wird vor dem Plenum begründet.
5. Verzicht auf öffentliche Distanzierung von Aktionen, die vom Plenum beschlossen wurden.“

Der Arbeitsaufwand sowohl für die Mitglieder als auch für Interessenten ist bei einem Programm, das umfassender ist als dasjenige der technokratischen Universität, ziemlich hoch. Das erfordert, daß auch didaktisch eine Alternative zum technokratischen Hochschulkonzept angeboten wird. Sowohl die Rote Zelle Ökonomie als auch die Marxisten-Leninisten, also das SSK Ökonomie, versuchen, ihr Programm in jeweils drei Gruppen oder Sektionen zu verwickeln. Die Rotzök setzt sich in Sektion 1 mit der bürgerlichen Ökonomie auseinander: es geht hier vor allem um die „Selbstschulung“ der Genossen, was wegen des unterschiedlichen Wissensgrades notwendig ist. In der Sektion 2 werden eigene Veranstaltungen durchgeführt (siehe IV). Hier erfolgen Einführungen in die politische Ökonomie, Schwerpunktveranstaltungen, Seminare usw. („Drittschulung“). Die Sektion 3 umfaßt die außeruniversitäre Praxis, vor allem Betriebsarbeit. In dieser Sektion werden Branchen- und Bilanzanalysen erstellt, die als politökonomisches Agitationsmaterial dienen.

Das SSK Ö der TU hat die Arbeit unterteilt in Grundschulung, Studienkollektiven und Projektgruppen. Die Grundschulung soll den Einstieg in die marxistisch-leninistische Literatur ermöglichen. In kleinen Gruppen wird die politische Ökonomie aufgearbeitet, was eine kritische Bewältigung des Studiums ermöglicht (gegen Fachidiotentum). – In den Studienkollektiven soll durch Gruppenarbeit dem irrationalen Leistungsdruck begegnet werden und der Stoff der bürgerlichen Ökonomie und Technik mit Hilfe der Kritik aus der Grundschulung gründlich aufgearbeitet werden. – In den Projektgruppen werden die Ergebnisse der

Schulungsgruppen und Studienkollektive dazu dienen, die Erkenntnisse der politischen Ökonomie und die verwendbaren Bereiche der bürgerlichen Ökonomie und Technik unter dem Anspruch, das Proletariat zu unterstützen, zu vereinen. Umgekehrt werden die Ergebnisse der Projektgruppe als Korrektiv in die Schulung und in die Studienkollektive zurückfließen (institutionalisierte Verbindung von Theorie und Praxis).

## Alternativer Lehrplan

Die Roten Zellen allgemein begreifen ihre inneruniversitäre Arbeit als Neuaufgabe der Kritischen Universität (KU). Die KU ist eine eindeutige Alternative zu derjenigen Universität, die, analog den Formierungstendenzen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, technokratisch reformiert werden soll. Ziel dieser Universität ist ein Absolvent, der der Illusion unterliegt, Wissenschaft sei wertfrei oder neutral. Werden Fachidioten produziert, läuft das kapitalistische System nicht in Gefahr, verändert zu werden. Genau dies aber will die Kritische Universität. Dazu ist es notwendig, daß den Studenten klargemacht wird, daß die Wissenschaft nicht wertneutral ist, wie sie sich gibt, sondern daß sie nichts weiter ist als die Apologie der Herrschaft der herrschenden Klasse. Gelingt dies, dann bereitet die Universität nicht mehr auf eine kapitalistische sondern auf eine sozialistische Berufspraxis vor. Vorbereitung auf sozialistische Berufspraxis heißt: Umgestaltung der Arbeit an der Uni mit dem Ziel, Möglichkeiten, Fähigkeiten, Material zu entwickeln bzw. bereitzustellen, um die Revolution in andere Bereiche der Gesellschaft hinüberzutragen. Das heißt z. B. – hinsichtlich der Arbeit der Roten Zellen Ökonomie, die aber mit anderen Roten Zellen kooperiert und mit ihnen im Zentralrat der Roten Zellen zusammengeschlossen ist, um eine gesamt-hochschulpolitische Strategie wirksam verfolgen zu können –, daß Handelslehrer darin geschult werden, auch die Schülerrevolte zu entfachen und voranzutreiben; daß Betriebswirte später Kaderarbeit in den Betrieben leisten können; daß Volkswirte revolutionäre Gedanken und revolutionäre Praxis in die Verbände, in die Gewerkschaft, in die Verwaltung hineintragen.

Vor dem Hintergrund der Intention einer Kritischen Universität ist das differenzierte und relativ umfangreiche Studienprogramm, das die Rote Zelle Ökonomie durchführt, zu begreifen. Für das Sommersemester 1970 hat die Rotzök einen Studienplan veröffentlicht, der untergliedert ist nach folgenden Kategorien:

### 1. Nicht integrierte Rotzök-Veranstaltungen

Das sind Veranstaltungen, die nicht zum offiziellen Lehrprogramm (der Freien Universität) gehören, aber in den Räumen der FU (WiSo-Fak) stattfinden. Sie sind eine Erweiterung des bisherigen Schulungsprogramms der Rotzök.

Hier gibt es Arbeitskreise und Anfängerkurse zu: Karl Marx, Das Kapital. „Die Arbeitskreise haben zwei theoretische Ziele: Erstens die Erarbeitung der Grundlagen einer richtigen Theorie der kapitalistischen Wirtschaft, die aus den Fehlern einer dogmatischen und der Schwäche einer bloß empirischen Argumentation gegen die Gesetze des Kapitalismus lernt. Zweitens das Erlernen einer Methode, mit der die herrschenden Bewußtseinsformen, vor allem die der wirtschaftswissenschaftlichen Theorien,

entlarvt und destruiert werden können.“ (Studienplan der Rotzök)

Ferner existieren zwei Arbeitskreise zur Einführung in die Politische Ökonomie anhand der historischen Entwicklung der bürgerlichen Wert- und Preislehre, Wachstums- und Entwicklungstheorie. „Dabei geht es um eine doppelte Zielsetzung: Einmal soll ein Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Zweige der bürgerlichen Ökonomie ermöglicht werden, die insbesondere die Deformierung von einer politischen und partiell emanzipatorischen Wissenschaft zur platten Apologetik kenntlich zu machen hat. Zum anderen und in erster Linie geht es jedoch um eine Einführung in die politische Ökonomie, d. h. die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung und der sie begleitenden Theorien soll als Fundament einer intensiveren Beschäftigung insbesondere mit der marxistischen Theorie verstanden werden.“ (Studienbuch)

## 2. Integrierte Rotzök-Veranstaltungen

Hierbei handelt es sich um die Tutorien, die von der Rotzök für die Studenten der WiSo-Fakultät erkämpft wurden und die nun zum offiziellen Lehrprogramm gehören. In dieser Kategorie gibt es drei Kurse, die alle von je einem Wissenschaftlichen Tutor der Roten Zelle Ökonomie an der WiSo-Fakultät geleitet werden. Alle Kurse führen in die Kritik der Politischen Ökonomie ein und wenden sich hauptsächlich an Studenten der ersten Semester sowie an Kommilitonen, die mit dieser Thematik noch relativ wenig vertraut sind. Das Ziel ist, in gemeinsamer Diskussion Grundbegriffe der marxistischen Politischen Ökonomie zu erarbeiten.

## 3. Schwerpunktveranstaltungen

Das sind Veranstaltungen der Rotzök, die zum Teil in das offizielle Lehrprogramm integriert sind. Hier werden in Arbeitsgruppen spezielle Themen behandelt, die in der Schulung während des letzten Wintersemesters immer wieder aufgetaucht sind und die die Thematik der integrierten Rotzök-Veranstaltungen erweitern und ergänzen. Die Projektgruppe „Westdeutscher Imperialismus“ will Kriterien erarbeiten, nach denen eine Untersuchung moderner imperialistischer Tendenzen des westdeutschen Monopolkapitalismus durchgeführt werden kann, ferner das verfügbare Material nach diesen Kriterien erschließen und auswerten und schließlich die Auswirkungen der Widersprüche innerhalb des westdeutschen Kapitals auf die speziellen Formen des Imperialismus untersuchen. Arbeitsergebnisse (Referate, Semesterberichte, Diplomarbeiten) sollen veröffentlicht werden.

Ansatzpunkt der Veranstaltung „Funktion und Ideologie des Management“ ist die Management-Berufssperspektive für wirtschaftswissenschaftliche Hochschulabsolventen; Ziel ist der „desillusionierende Vergleich von Vorstellungen und Tatsachen.“

Die Projektgruppe „Monopolkapitalismus“ will die vorliegenden Theorien über den Monopolkapitalismus an dem Marx'schen Kategoriensystem einerseits und an den Erscheinungen der Realität der Gegenwart andererseits überprüfen und gegebenenfalls neu formulieren. Im Studienplan heißt es hierzu: „Im Gegensatz zu den vorliegenden Behandlungsversuchen des Themas, die sich im wesentlichen auf die Verwertungsseite des kapitalistischen Prozesses beziehen, gehen wir davon aus, daß auch im modernen Kapitalismus der entschei-

dende Widerspruch immer noch in der Produktionssphäre liegt. Aus diesem Grunde werden wir zunächst die Marx'sche Theorie über die Produktion des Mehrwerts... behandeln und versuchen, die modernen Formen der Produktion von Mehrwert (Rationalisierung, Automatisierung, Arbeitsplatzbewertung etc.) in den Griff zu bekommen. Danach sollen die modernen Erscheinungs- und Verkehrsformen der Realisierung und Verwertung des Mehrwerts unter Bezug auf die Marx'schen Kategorien untersucht und die Widersprüche des Gesamtprozesses aufgedeckt werden. Diese Vorarbeiten stellen einen Teil der notwendigen Arbeiten dar, um die für die Organisation der revolutionären Linken in der Gegenwart entscheidenden historischen Tatsachen der zunehmenden Rolle des Staates, der verschiedenen Formen der Internationalisierung des Kapitals und der Kapital-Strategien, sowie der Wandlung der traditionellen Arbeiterorganisationen richtig einzuschätzen und von dieser Einschätzung aus an dem Aufbau nicht-revisionistischer Organisationen mitzuarbeiten.“

In der Veranstaltung „Alternative Modelle der Betriebs- und Unternehmensverfassung als methodologisches Problem der Betriebswirtschaftslehre“ wird untersucht, ob und wie die BWL zu Fragen der Betriebs- und Unternehmensverfassung Stellung nehmen kann. Laut Studienplan: „Zu leisten ist die neopositivistische und dialektische Kritik an liberalen, konservativen und offenen reaktionären Ideologien in der Betriebswirtschaftslehre und damit eine bestimmte Kritik der herrschenden Wissenschaft, die unverhüllt und weniger modellhaft abstrakt als die VWL Herrschaftswissen produziert und die Studenten als Diener des Systems anlernt. Darüber hinaus soll eine Verschränkung historisch-soziologisch-praktischer Analyse (Privateigentumsordnung, Sozialisierungsdebatte, Betriebsrätegesetz, Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz, Miteigentum) mit theoretischen Fragestellungen der Organisations- und Entscheidungstheorie (mehrzentrige Willensbildung, Modelle der kollektiven Entscheidung, pluralistische Zielsysteme, Demokratisierung der Betriebsorganisation etc.) angestrebt werden.“ Außerdem existiert ein „DDR-Arbeitskreis“ und ein Arbeitskreis „Ökonomische Probleme West-Berlins“.

## 4. Kooperationsveranstaltungen

Das sind offizielle Lehrveranstaltungen, deren Dozenten mit der Rotzök sympathisieren bzw. Genossen sind und an denen die Rote Zelle Ökonomie mitarbeitet. Für diese Veranstaltungen ist jeweils ein Kontaktmann der Rotzök bestimmt worden, der die Zusammenarbeit von Studenten, Dozenten und Rotzök koordiniert.

In dieser Kategorie soll das wirtschaftstheoretische Seminar „Nutzentheorie und Arbeitswertlehre“ Hilfen geben für die Diskussion darüber, ob die Arbeitswertlehre unentbehrliche Grundlage der Marx'schen Ökonomie ist; ferner befaßt sich das Seminar, neben der Nutzentheorie, mit neueren werttheoretischen Arbeiten und mit der Problematik des Wertgesetzes bei der Preisbildung im Sozialismus.

Je nach Art der Ergebnisse der als Übung laufenden „Kritischen Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD von 1955 bis 1969“ sollen anschließend entweder zusätzliche verteilungspolitische Möglichkeiten im bestehenden System oder

notwendige Änderungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems diskutiert werden.

Keynes' Theorie des kurzfristigen makroökonomischen Gleichgewichts; die historischen Voraussetzungen, die das Entstehen dieser Theorie begünstigten und die Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftspolitischen Anwendung der keynesianischen Theorie werden im „Kritischen Colloquium zur Kreislauftheorie und der Theorie des kurzfristigen Gleichgewichts“ behandelt; parallel zum Colloquium laufen Tutorengruppen.

Zwei weitere Colloquien behandeln einmal „Ermittlung von Einkommensgrößen in der amtlichen und nicht-amtlichen Statistik“, zum anderen den „Einfluß von Interessengruppen auf die ökonomische Aktivität des Staates in der BRD“.

Die Erfahrungen, die Rotzök bislang gemacht hat, lassen sich summarisch vielleicht so zusammenfassen: Anfängliche Widerstände seitens des traditionellen Lehrkörpers sind gebrochen. Dekane und Professoren versuchten, insbesondere die integrierten Rotzök-Veranstaltungen zu sabotieren. Tutoren, die Leiter dieser Kurse sind, wurde mit fristloser Entlassung gedroht, nachdem von professoralen Spionen in den integrierten Lehrveranstaltungen interne Berichte verfaßt worden waren. Doch sind solche Praktiken eingestellt worden, seitdem Vollversammlungen zeigten, daß sich die Studenten nicht einschüchtern lassen.

Ulrich Brozio

# Auseinandersetzung um die Neukonzeption gesellschaftswissenschaftlicher Studiengänge

## Diskussion in der Bremer Fachbereichskommission

Bildungspolitik in der BRD kann bislang nicht für sich in Anspruch nehmen, demokratischen und technischen Standards zu genügen. Zu Recht ist von den Studenten darauf hingewiesen worden, daß die Planung komplexer Organisationen ohne die Beteiligung deren Mitglieder diese vor Krisenanfälligkeit nicht bewahren kann. Der Anspruch auf Demokratisierung des Entscheidungsprozesses muß somit auch für Technokraten plausibel sein. Zehnjährige Erfahrungen mit dem mühsamen Geschäft der Gründung einer Universität haben die Bremer SPD/FDP-Koalition vom Anspruch der Studenten überzeugt. Im April dieses Jahres wurde vom politischen Senat ein neuer Gründungssenat für die Universität bestellt.

Trotz besten Erfahrungen mit dem Scheitern von Gründungen, hat die Bremer SPD das einzige demokratische Modell einer Gründungsuniversität aufzuweisen: das sogenannte „Bremer Modell“. Der erste Gründungsversuch von Bildungssenator Thape, mit vierzehn Ordinarien, scheiterte am Widerspruch der sich gegängelt betrachtenden Ordinarien, da Thape für sich die Kompetenz-Kompetenz beanspruchte. Der zweite Gründungssenat unter dem Göttinger Walter Killy zerbrach am Widerspruch der Studenten, die die Organisation der Fachbereiche nicht dem zur Hälfte mit Ordinarien besetzten Gründungssenat überlassen wollten, sondern Entscheidungsbefugnis für die Fachbereichskommissionen verlangten. Der dritte Gründungssenat nun hat diese Forderung der Studenten erfüllt.

Zentrale Entscheidungszentren sind der Gründungssenat einerseits und die Fachbereichskommissionen andererseits. Der drittelparitätlich besetzte Gründungssenat (sechs Habilitierte, drei Assistenten und drei Studenten) entscheidet über die Benennung des Gründungsrektors und die Rekrutierung der Fachbereichskommissionen. Ernannt werden die Mitglieder des Gründungssenats von den jeweiligen Repräsentationsorganisationen (VDS, BAK – die Ordinarien entscheiden noch immer ohne Mandat).

Die mit der weitreichendsten Kompetenz ausgestatteten Organe sind die Fachbereichskommissionen. Sie sind zuständig und allein entscheidungsbefugt bei der organisatorischen und inhaltlichen Strukturierung der Fachbereiche. Die drei Fachbereichskommissionen Naturwissenschaft, Lehrerbildung und Gesellschaftswissenschaften sind ebenfalls drittelparitätlich besetzt (zwei Habilitierte, zwei Assistenten und zwei Studenten) und in Fragen der Studiengänge halbpäritätlich (zwei Habilitierte, zwei Assistenten und vier Studenten).

Berichtet werden soll hier nur über den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. Einmalig ist der Versuch die Fächer Soziologie, Ökonomie, Jurisprudenz und Geschichte in einem Fachbereich zusammenzufassen. Einmalig wohl auch der von der Fachbereichskommission einstimmig gefaßte Beschluß, für alle vier Fächer eine einheitliche Grundstufe von anderthalb bis zwei Jahren einzurichten. Die zentralen drei Argumente für die Einrichtung der Grundstufe sind: da die Schule dem Schüler nicht die Informationen, die zur rationalen Wahl eines Studienfaches nötig sind, vermittelt, hat die Universität diese Aufgabe zu übernehmen. Dies wird zweitens noch durch die politische Funktion der Wissenschaft, die Voraussetzungen für rationales politisches Handeln verlangt, gerechtfertigt. Drittens schließlich verlangen immer spezialisierter

werdende Berufspositionen die Vermittlung eines die einzelnen Fachdisziplinen übergreifenden Problemhorizonts, der interdisziplinäre Verständigung ermöglicht.

Über diesen Grundkonsens hinaus konnte bisher keine Einigung erzielt werden. Auf den beiden veranstalteten Sitzungen wurden zwei Papiere diskutiert. Das eine („Göttinger-Papier“) versteht die Grundstufe als Einübung in marxistische Theorie. Andere theoretische Ansätze sind nur am Rande zugelassen. Dagegen geht das sog. „Frankfurter-Papier“ von der didaktischen Überlegung aus, daß der Anspruch auf Entwicklung autonomer Persönlichkeiten nur in permanenter Diskussion konkurrierender Theorieansätze eingelöst werden kann. Zudem werfen die Frankfurter den traditionellen Marxisten vor, daß ihr Ansatz Probleme von bestimmtem Komplexitätsgrad nicht mehr erklären könne. Der Diskussionsstand wird durch die beiden nachfolgend abgedruckten papers verdeutlicht.

Rainer Erd

# Zur Konzeption vergleichender Theorieansätze - das Frankfurter Papier

## A. Didaktische Prinzipien

Die Einsicht in die politische Funktion von Wissenschaft und Universität sowie Erkenntnisse der Lernpsychologie zwingen zur Formulierung didaktischer Prinzipien, aufgrund deren sich dann tradierte Studiengänge umstrukturieren lassen. Didaktik ist folglich nicht mit Methodik (als pädagogischem Raffinement) zu verwechseln.

Akzeptiert man, daß sich didaktische Fragestellungen innerhalb des Dreiecks von gesellschaftlichen und individuellen Interessen (wozu?), der Wissenschaftsorganisation (wie?) und der Lehrinhalte (was?) bewegen, dann lassen sich drei didaktische Prinzipien angeben.

1. Gegen das bislang an Schule und Universität praktizierte Verfahren des „Einpaukens“ analytischer Schemata und methodisch unreflektierter Informationen ist eingewendet worden, daß damit weder den Erfordernissen zunehmend komplexer werdender Berufspositionen entsprochen wird, noch der emanzipative Anspruch der Wissenschaft (auf politische Veränderung) eingelöst wird. Wissenschaftliche Arbeit hat dagegen „reflexiv“ zu geschehen. Die Aufgabe der Universität ist es dementsprechend, den Studenten Reflexionsvermögen beizubringen. Im Gegensatz zum „Einpauken“ (und dem entsprechenden „Abfragen“ in der Prüfung) meint Entwicklung von Reflexionsvermögen, daß die Konstruktion sowie der Geltungsgrund von Theorien, in deren Rahmen Informationen (qua Interpretationen) erst überprüfbar werden, diskutiert werden müssen. Das schließt von vornherein die Indoktrination in bestimmte theoretische Ansätze aus. Mittels eines solchen Ansatzes läßt sich eine erste Bestimmung dessen, was relevanter Lernstoff ist, geben (z. B. für Juristen die Theorie des liberalen Rechtsstaats). Damit ist zugleich die Abkehr vom Prinzip des Lehrens zugunsten des Lernens verbunden. Die Studenten werden so befähigt, bestimmte Informationen bzw. Interpretationen als ideologisch abzuweisen (d. h. zu politisch rational handelnden Individuen) als auch für ihre spezifischen Berufspositionen Innovationsprozesse reflexiv und nicht adaptiv (oder überhaupt nicht) zu vollziehen. (1.)

2. Für die Organisation des Studiums folgt daraus, daß keine Veranstaltungen rezeptiven Charakters (Vorlesungen) mehr stattzufinden haben. Die Mängel des Vorlesungsbetriebes (keine Diskussion, ungleiche Lernbedingungen für den einzelnen, keine Gruppensolidarität) sind zu bekannt, als daß ihre Beseitigung hier breit erörtert werden müßte. Für die Arbeit der Gruppen (mit maximal 15 Mitgliedern) dürfte sich der demokratische, sozialintegrative Führungsstil bewährt haben. (Näheres kann später ausgeführt werden.) Vorlesungen können ausnahmsweise nur noch die Funktion haben, Forschungsergebnisse oder Literaturberichte zu referieren sowie einführende Informationen für Studienanfänger zu vermitteln.

3. Wegen der auch vom Spezialisten kaum noch überschaubaren Zahl von Informatio-

nen, kann das Studium nicht darauf gerichtet sein, einen vollständigen Überblick über alle relevanten Probleme zu geben. Vielmehr wird man versuchen müssen, wissenschaftliche Arbeitsteilung produktiv rückgängig zu machen. Als Darstellungsprinzip bietet sich hierfür das exemplarische Lernen an. Dabei werden Konstruktion und Geltungsgrund eines theoretischen Ansatzes zur Analyse angeboten. Das hierbei Erlernte läßt sich auf andere Problemlagen transferieren. Konkret kann der exemplarische Wert bestimmter Theorien nur im Einzelfall nachgewiesen werden.

## B. Die einzelnen Grundkurse des Grundstudiums

Ausgehend von den oben formulierten didaktischen Prinzipien sowie von den in unserem paper I angegebenen drei Zielorientierungen des Grundstudiums (Politische Handlungsorientierung, rationale Wahl des Hauptstudiums, Entwicklung eines gemeinsamen Problemhorizonts für spezialisierte Berufspositionen) sollen im folgenden Begründungen und Präzisierungen des Grundstudiums geliefert werden.

I. Wandel des politischen Systems: vom liberalen Rechtsstaat zum Interventionsstaat (historischer Aspekt).

Den in paper I formulierten Zielorientierungen und dem Anspruch auf Exemplarität entspricht es, das theoretische Fundament heutigen Politikverständnisses (kapitalistische Gesellschaftsordnung und Parlamentarismus) als Ausgangspunkt der Arbeit zu nehmen.

1. Versucht man den Studenten auf diese Weise zu eigenständiger theoretischer Arbeit anzuleiten, so wird sich damit zugleich die Entwicklung von intrinsischer Motivation erreichen lassen. Durch das Bewußtmachen der Schulsozialisation (Lernen nicht wegen Probleminteresses, sondern wegen bestimmter Gratifikationen) und der Unwissenschaftlichkeit des vorhandenen Informations- und Interpretationsniveaus ist die für wissenschaftliche Lernformen notwendige Verunsicherung (Identitätskrisen) zu erreichen. Die damit verbundenen Frustrationen sind durch Gruppenarbeit, d. h. gemeinsame Erfahrung der Frustration, zu neutralisieren und für kreative Lernprozesse fruchtbar zu machen.

Als theoretische Grundlage der drei Fachgebiete (Soziologie, Ökonomie, Rechtswissenschaft) ist diese Thematik gleichermaßen relevant. Für den politischen Soziologen bedarf dies keiner Erläuterung. Für den Ökonomen ist es evident, daß sowohl bezüglich der Genesis der Volkswirtschaftslehre (sog. Dogmengeschichte) sowie der Revidierung bislang gängiger Wirtschaftspolitik und volkswirtschaftlicher Grundbegriffe ohne die Theorie des Liberalismus und deren Kritik nicht auszukommen ist. Für das Verständnis juristischer Probleme schließlich ist heute noch die liberale Gesellschafts- und Staatstheorie notwendiger Ausgangspunkt, um die zu Dogmen genonnenen Probleme durchschaubar zu machen.

Dem Prinzip des Reflexionswissens entsprechend kann die Diskussion nur an der Analyse verschiedener theoretischer Ansätze in bezug auf den oben angesprochenen Problembereichen ansetzen. Besonders geeignet dürften hierfür zwei im Ansatz identisch erscheinende, auf jeden Fall in der politischen Konsequenz aber divergierende Ansätze wie die von Habermas (Strukturwandel der Öffentlichkeit, Stu-

dent und Politik) und F. Neumann (Demokratischer und autoritärer Staat) einerseits und Carl Schmitt (Verfassungslehre, Begriff des Politischen) andererseits sein. Beide Textgruppen stellen ausführlich das der bürgerlichen Sozialphilosophie immanente Postulat der Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen dar. Bei der ideologiekritischen Analyse (gleichsam von links und von rechts) lassen sich die verschiedenen Prämissen (Reduktion von Herrschaft nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen – Ausnahmezustand als Existenzbeweis) aufzeigen. Daran lassen sich zugleich die beiden Reaktionen auf den Liberalismus (Sozialismus-Faschismus) nachweisen, nicht zuletzt im politischen Engagement der Autoren.

Ausgangspunkt der Texte ist der Struktur- und Funktionswandel des politischen Herrschaftssystems, das als liberaler Rechtsstaat in der Form der parlamentarischen Demokratie bezeichnet wird.

Dieser Wandel stellt sich zunächst dar als Funktionsverlust des Parlaments und der bürgerlichen Öffentlichkeit zugunsten der staatlichen Bürokratie und zugunsten der Parteiorganisation innerhalb und außerhalb des Parlaments wobei beide Aspekte dieses Funktionsverlustes wiederum überlagert werden von der Mediatisierung des politischen Herrschaftsapparats durch organisierte Macht- und Einflußgruppen.

Als wichtigstes Korrelat dieser Veränderung wird die Verschränkung von staatlichem Herrschaftsapparat und autonomem gesellschaftlichem Bereich genannt (Verhältnis Politik und Wirtschaft).

Im Rahmen dieses Wandels wird der Funktionswandel normativer Regelungen (Gesetz) sowie deren institutionelle Absicherung (Justiz) diskutiert.

Zur Erklärung des Wandels wird das Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialstruktur und politischem System herangezogen.

II. Makrosoziologie (systematischer Aspekt)  
Interaktion des politischen Systems mit anderen gesellschaftlichen Bereichen.

T. Organisation des politischen Systems (Verbände, Parteien, Verwaltung), Organisationssoziologie

2. Herrschaft (Planung, Manipulation)

3. Legitimität politischer Entscheidungen (Parteien, Verbände, Wahlen, Parlament, Öffentlichkeit, Recht, Ideologien etc.)

4. Klasse, Schicht

In einer hochkomplexen Gesellschaft ist es notwendig, den Problemhorizont der Studierenden um die gesamtgesellschaftliche Dimension zu erweitern – nicht nur der besseren Berufsorientierung (im Sinne einer engen Berufsperspektive) wegen, sondern auch um bewußtere Wahl politischer Strategien zu ermöglichen.

In Kurs II „Makrosoziologie“ sollte in einer ersten, intensiv informierenden Phase die Organisation des politischen Systems Schwerpunkt der Studien sein. (Diese Informationsvermittlung soll nicht bloß rezeptiv sein, sondern die zur Organisation von Fakten verwandten Konzepte für Kritik offenhalten.) Unter strukturellem Aspekt wären Analysen von Verbänden, Parteien und der Verwaltung zu diskutieren. Bereits hier ist vorab anzudeuten, welche Interessen über Verbände und Parteien auf Entscheidungsprozesse der Verwaltung einwirken – besonders aber auch, welche

Organisationsstrukturen mit welchen Einflußchancen einhergehen. Kern dieser ersten Phase sollte die Durchleuchtung der Produktion verbindlicher Entscheidungen sein.

In einer zweiten Phase (Herrschaft) sind die vermittelten Informationen zu problematisieren. Hier sollte deutlich werden, welche Wirkungen Planungsakte oder ad hoc-Eingriffe des politischen Zentrums in andere gesellschaftliche Bereiche haben. Zu fragen ist etwa, welche Interessen sich hinter dem Postulat der Strukturadäquanz der Eingriffe verbergen, welche alternativen Strategien durch eine herrschende Definition der Strukturadäquanz abgeschnitten werden. Ferner muß die faktische, längerfristige Wirkung staatlicher Regulierung von Gesellschaft (oder deren Defekte) an Kriterien gesamtgesellschaftlicher Lernfähigkeit gemessen werden (Beispiel: Bildungskrise). – Ebenso wie die Produktion von Entscheidungen muß problematisiert werden, wie staatliche Gewalt sich für diese Herrschaftsakte Konsens beschafft. Zu fragen ist nach der Funktion von Manipulation: Welche Herrschaftsakte werden rein manipulativ, welche teilweise auch durch eine Erhöhung der Partizipationsrate der Unterprivilegierten legitimiert?

Diese Fragestellung erfordert in der dritten Phase wieder eine intensivere Vermittlung von Informationen. Die Strukturen verschiedener Instrumente der Legitimitätsbeschaffung müssen so detailliert vermittelt werden, daß Einsicht in deren Filterfunktion gegenüber den Bedürfnissen der Menschen möglich wird. Ebenso müßten die in ihrer Bedürfnisartikulation privilegierten Gruppen konkret bezeichnet werden. Neben organisatorischen Instrumenten der Legitimitätsbeschaffung wären auch Legitimationsstrategien zu diskutieren – etwa am Beispiel des Vergleichs von Recht und Ideologie als Alternativen. Als Dimension des Vergleichs bietet sich dabei die Ausblendung (oder Nichtausblendung) von Politik aus dem legitimierenden Argumentationszusammenhang an.

Doch auch die Filterfunktion der Instrumente zur Legitimitätsbeschaffung muß problematisiert werden. Zu untersuchen wäre in der vierten Phase, ob nicht – statt der gefilterten Berücksichtigung authentischer Bedürfnisse – die Verstümmelung und Präformierung der Bedürfnisse in den Bereichen der primären und sekundären Sozialisation für unsere Gesellschaft dominant ist. Das erfordert eine Analyse der schichtspezifischen Verteilung von Erziehungsmustern, die etwa über unterschiedliche Apathie unterschiedliche Lebens- und Partizipationschancen produzieren. Zu untersuchen wäre weiterhin, nach welchen Erfordernissen familiäre Erziehungsmuster entstehen. Die Hypothese eines Sozialisationszirkels „Arbeitswelt – Familie“ verweist auf diejenigen, die Erziehungsprozesse immer noch strukturieren, auf die Besitzer der Produktionsmittel, – und damit auf die Existenz gesellschaftlicher Klassen.

Unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Verteilung von Sozialisationsmustern läßt sich der systematische Zusammenhang von Kurs II und III stiften.

### III. Mikrosoziologie

Schwerpunktbereiche:

1. Sozialisation und Gesellschaft (individualpsychologischer Ansatz)  
Freudsches Modell

Modell der gelungenen Interaktion

2. Soziales Verhalten in Organisationen (sozialpsychologischer Ansatz)

Systemmodell der Organisationsanalyse  
Modell sozialer Ansprüche, Bedürfnisse und Standards

Der Grundkurs Mikrosoziologie soll 2 Lernziele kombinieren.

1. Die Berufspraxis aller Absolventen der gesellschaftswissenschaftlichen Studiengänge ist in ein Netz formaler Zwänge eingebaut. Jeder einzelne wird seine Kenntnisse in die Grenzen seines Arbeitsbereichs einbringen, seine Bedürfnisse entlang organisatorisch vorgezeichneten Erfolgserwartungen bilden, gegen den Widerstand autoritärer und konformitätsgewohnter Bürokraten seine Ansprüche durchsetzen müssen. Das Ziel der Emanzipation verweist auf einen Kranz von Bedingungen, die reflexiv gewandt zur Autonomie der eigenen Motive führen.

2. Die soziale Stellung, in die Hochschulabsolventen entlassen werden, überträgt ihnen Entscheidungen mit sozialen Konsequenzen. Das gilt für justizielle, administrative und planerische Tätigkeit. Das Ziel demokratischer Entscheidungen, die erst politisches Bewußtsein möglich machen, kommt überhaupt erst in den Blick, wenn die Abhängigkeit von Willensbildung und Personalstruktur theoretisch durchschaut wird.

Der Kurs soll also erstens die Einsicht in die eigene Stellung in dem organisierten Prozeß der Willensbildung, Entscheidung und Planung vermitteln und zweitens einen Begriff der Folgen der Organisationsentscheidungen für die betroffenen Individuen geben.

Im Themenbereich des ersten Zieles wären, anknüpfend an die Diskussion der sozialen Verteilung der Lebenschancen in der Klassengesellschaft, folgende Sachverhalte darzustellen und kritisch zu diskutieren:

1. Ungleiche Verteilung der Bildungschancen und Folgen für die Bedürfnisbildung der Unterprivilegierten; umgekehrt Folgen der Selektivität in weiterführenden Schulen für Ideologiebildung, Elitentheorien, Legitimationszwang.

2. Einfluß autoritärer Erziehung (in Familie, Schule und Betrieb) auf soziale Einstellungen, auf Vorurteilsbildung, soziale Normen.

3. Einfluß der Ungleichverteilung der Lebenschancen in bestimmten Milieus auf die Persönlichkeitsstruktur. Erklärung des abweichenden Verhaltens, sog. sozialer Bewegungen.

4. Modell sozialer Bezugsgruppen und Folgen für die sozial sanktionierten Werte (Erfolg, Effizienz, Karriere).

5. Konzepte des Bezugs struktureller Konstanten (Klassengesellschaft, Privatkapitalismus, ungleiche Lebenschancen) auf die Persönlichkeit: Entfremdung und authentische Bedürfnisse – Konformität und Autonomie – Apathie und aktive Beteiligung.

Im Themenbereich des zweiten Ziels, anknüpfend an die Darstellung des Wandels der liberalen Gesellschaft, liegen folgende Komplexe:

1. Ansätze zur Beschreibung formaler Organisationen (Input/Output Modell, Systemmodell, Interaktionsmodell).

2. Folgen der hierarchischen Organisation bei alternativen Modellen des Entschei-

dungsprozesses (Team vs personelle Zuständigkeit, flache und breite Hierarchien, Diskussion vs Vetorecht etc.).

3. Kontrollnetze: Personal- bzw. Betriebsrat, Technologie und Arbeitsorganisation.

4. Umweltabhängigkeit des Entscheidungsprozesses (richterliche Entscheidung vor der Revisionsinstanz

human relations und Marktzwänge Planung und Lobbies) und Folgen: Legitimationslast und demokratische Kontrolle.

5. Informationsnetz: personale Spannungen und Folgen für die Durchlässigkeit der organisierten Wege.

gez. Denninger, Erd, Münstermann, Simitis, Unterseeher, Wiethölter

# Überlegungen zum sozialwissenschaftlichen Eingangsstudium - das Göttinger Papier

## I. Ziele des Eingangsstudiums

Die Entwicklung der bürgerlichen Sozialwissenschaften ist durch zunehmende Arbeitsteilung gekennzeichnet; dies findet seinen Ausdruck in der Etablierung voneinander isolierter Einzelwissenschaften, die sich durch unterschiedliche Gegenstände und Methoden voneinander abzugrenzen versuchen. Mit dieser verstärkten Arbeitsteilung droht den Sozialwissenschaften in zunehmendem Maße der Verlust ihrer kritischen Dimension: indem sich die Sozialwissenschaften mehr und mehr auf die Erarbeitung und Vermittlung von direkt verwertbarem Detailwissen beschränken, degenerieren sie zu bloßen Lenkungswissenschaften im Dienst kapitalistisch verfaßter Produktion. Diese Einbettung in den Verwertungsprozeß bleibt unreflektiert, weil es den Sozialwissenschaften in ihrer Isolation als Einzeldisziplin schwerlich gelingen kann, eine Theorie der Gesellschaft zu entwickeln und ihre eigene Funktion in der Gesellschaft zu erkennen. Wollen sie sich nicht weiterhin den herrschenden gesellschaftlichen Kräften blind unterordnen, so ist eine Neubestimmung erforderlich, die vor allem die Prinzipien der Marx'schen Wissenschaft aufgreift.

In dieser Situation muß ein dem Postulat kritischer Wissenschaft genügendes sozialwissenschaftliches Eingangsstudium zweierlei berücksichtigen:

1. Es muß verzichten auf eine fachspezifische Differenzierung in einzelne Grundstudien;
2. Es muß angelegt sein auf die Vermittlung eines Grundverständnisses der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Marx'schen Ansatzes.

Ein so ausgerichtetes Eingangsstudium würde den Studenten ein gemeinsames Problembewußtsein vermitteln, an dem sich ihre weitere wissenschaftliche und politische Arbeit orientieren kann. Gleichzeitig wäre eine (wenn auch noch unvollständige - vgl. III) Basis für die reflektierte Wahl des Hauptstudiums gegeben.

## II. Grundkurse

### 1. Grundkurs

Entwicklung der Produktionssphäre: Der Prozeß der kapitalistischen Industrialisierung und seine gesellschaftlichen Folgen Begriff und Funktionsweise der kapitalistischen Produktion - Entstehung und Entwicklung des Frühkapitalismus (auch unter Berücksichtigung nationaler Unterschiede) - gesellschaftliche Folgen: Polarisierung in Klassen, deren Situation und Interessen - Klassenkämpfe - frühe Sozialpolitik - Entwicklung der Produktivkräfte im kapitalistischen System - extensive Ausbeutung / intensive Ausbeutung - Entwicklung der Klassenstruktur (Polarisierung oder Differenzierung?) - Monopolisierungstendenzen - Imperialismus - organisierter Kapitalismus

### 2. Grundkurs

Entwicklung des politischen Herrschaftssystems: Die Rolle des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft

Das Produktionsverhältnis und seine gesellschaftlichen Folgen - liberaler Rechtsstaat als adäquates politisches Herrschaftssystem der kapitalistischen Gesellschaft - Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse - Struktur- und Funktionswandel des politischen Herrschaftssystems (Funktionsverlust des Parlamentes; Erstarren der staatlichen Bürokratie und der Parteiorganisationen) - Imperialismus - Faschistischer Staat - Funktion des Staates im organisierten Spätkapitalismus (Wirtschaftspolitik - Sozialpolitik - Infrastrukturpolitik)

### 3. „Wissenschaftstheoretische Probleme in den Sozialwissenschaften“

Die beiden Grundkurse sollen die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in der Weise darstellen, daß die reale Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ständig schon in Verbindung mit den sozialwissenschaftlichen Versuchen ihrer Erfassung und Interpretation sowie der ideologischen Verformungen von Sozialwissenschaft durch die Indienstnahme durch Herrschaftsinteressen behandelt wird. Da dieser Rekurs auf die Sozialwissenschaft - dem Charakter einer Einführung entsprechend - nur jeweils ansatzweise geschehen kann, erscheint es uns sinnvoll und notwendig, zur besseren Einarbeitung in grundlegende sozialwissenschaftliche Erkenntnisweisen einen wissenschaftstheoretischen Ergänzungskurs anzubieten. Dieser sollte die Funktion haben, ein erstes Problembewußtsein für unterschiedliche wissenschaftliche Positionen zu wecken. Demgemäß wäre hier als sinnvolles Vorgehen vorzuschlagen, aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Objektbereichen (Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaft) zentrale Ansätze kritisch zu konfrontieren. Als Beispiele etwa: in der Ökonomie Gegenüberstellung der Ansätze von Marx und Keynes, in der Soziologie Konfrontation der Ansätze von Marx und Max Weber, in der Politikwissenschaft Gegenüberstellung einer marxistischen Ideologiekritik mit einer positivistisch verfahrenen Wissenssoziologie, im Bereich der Sozialphilosophie die Marx'sche Anthropologie (und ihre Weiterentwicklungen) gegen die konservative Anthropologie Arnold Gehlens.

### III. Wissenschaftspropädeutische Ergänzungen

Neben dem Hauptziel des Eingangsstudiums, sich ein kritisches Grundverständnis von Sozialwissenschaft zu erarbeiten, erscheint es uns zweckmäßig, eine erste Vermittlung von analytischem Instrumentarium, das in allen von uns zusammengefaßten Sozialwissenschaften Bedeutung hat, anzustreben. Zu diesem Zweck schlagen wir ein Blockseminar

#### „Sozialstatistik“

vor, in dem den Studenten grundlegende Verfahren und Probleme der Statistik und (evtl.) empirischen Sozialforschung mit dem Ziel nahegebracht werden sollten, daß er Statistiken und empirische Untersuchungen kritisch in seinem weiteren Studium verarbeiten kann und gleichzeitig ein instrumentelles Grundwissen hat, auf dem in den Fachdisziplinen dann die notwendigen Vertiefungen ansetzen können.

Als weitere Ergänzung könnten Colloquien-Vorlesungen über aktuelle Probleme der Berufssituation unterschiedlicher sozialwissenschaftlich angeleiteter gesellschaftlicher Tätigkeiten zu einer rationaleren Studienentscheidung nach Abschluß des Ein-

gangsstudiums beitragen. Sie hätten die Funktion, die entsprechenden Tätigkeiten in ihrer historischen Entwicklung, in bezug auf ihre wissenschaftlichen Voraussetzungen und in ihrer gegenwärtigen gesellschaftlichen Ausprägung transparent zu machen. Damit könnten sie zugleich einen weiteren Beitrag zum Verhältnis von Sozialwissenschaft und bürgerlicher Gesellschaft leisten.

#### IV. Zur Methodik der Lehrveranstaltungen im Eingangsstudium

Die von uns vorgeschlagenen Grundkurse (vgl. Punkt II, 1., 2., 3.) verstehen wir nicht im Sinne traditionaler Seminare mit ihrer engen zeitlichen Begrenzung auf 2 - 4 Wochenstunden, sondern gleichsam als Unterrichtseinheiten, in denen unterschiedlich strukturierte Lehrveranstaltungen und Vermittlungsmethoden zur Anwendung kommen müssen. Als methodisches Grundprinzip sollte hier die Arbeitsgemeinschaft oder die Übung mit geringer Teilnehmerzahl angesetzt werden. Jeder Grundkurs würde sich u.E. aus mehreren solchen Arbeitsgemeinschaften zusammensetzen, die in sich sowohl thematisch als auch methodisch unterschiedlich strukturiert sein können. So wäre es beispielsweise möglich, neben intensiven Übungen, in denen auf seiten der Lehrpersonen die verschiedenen Fachdisziplinen im „team-teaching“ vereinigt sind, extensive Lektürekurse laufen zu lassen. Eventuell sind auch zur Verbesserung des Informationsniveaus Colloquium-Vorlesungen miteinzubeziehen. Das Programm für die Grundkurse ist im einzelnen später nach den skizzierten Grundlinien zu entwickeln. Leistungsnachweise und Zertifikate schienen uns dem Sinn des ersten Studienjahres zu widersprechen, da es sich um eine vorfachwissenschaftliche Phase handelt - (allenfalls für das Blockseminar „Sozialstatistik“ wäre möglicherweise eine Erfolgsbescheinigung sinnvoll). An die Stelle von Leistungsnachweisen sollte eine intensive Beratung der Studenten durch Tutoren, Assistenten und Professoren treten, die im Gruppen- und/oder individuellen Gespräch beraten und fachliche Verständnisprobleme wie Probleme der endgültigen Studienentscheidung diskutieren.

Über die zeitliche Abfolge der Kurse läßt sich detailliert erst bei der Erarbeitung der endgültigen Curricula etwas sagen. Hier genügt die Feststellung, daß die beiden ersten Grundkurse parallel von Anfang an laufen und der Theoriekurs dagegen zeitlich versetzt im zweiten Teil des Eingangsstudiums beginnen sollte. Das Blockseminar „Sozialstatistik“ sollte als 4 - 6wöchiger Ferienkurs eingerichtet werden.

Göttingen, den 17. 6. 1970

gez.

M. Baethge, H. Kern, A. Kieser, D. Roscher

# Selbst- darstellungen politischer Hochschul- gruppen



# SPARTAKUS

Eine Klarstellung am Anfang: Spartakus ist kein organisatorisch bundeseinheitlicher Verband, es existieren keine überregionale Organe und Institutionen, Koordination – soweit notwendig – und Informationsaustausch werden auf Gruppenvertreterkonferenzen geleistet. Dieser assoziative Organisationsaufbau resultiert aus den unterschiedlichen lokalen Besonderheiten hinsichtlich der organisierten Arbeitsmöglichkeiten marxistischer Studenten. In einigen SDS-Gruppen (Frankfurt z. B.) machten der Selbstliquidierungsprozeß unter der Maxime des Antiautoritären und die antikommunistischen Aversionen gegenüber den sog. „traditionalistischen“ Genossen eine sozialistische Politik unmöglich, in anderen Universitäten (Bochum, Essen) war eine Kooperation zwischen diesen Fraktionen noch praktikierbar. Aus diesem Grund hätte die Konstituierung eines völlig eigenständigen Verbandes zumindest teilweise einen spalterischen Effekt hervorgerufen.

Durch die totale politische Selbstzerfleischung und die mittlerweile auch formale Auflösung des SDS-Buvos stellt sich dieses Problem heute natürlich anders. Heute ist es eine Notwendigkeit, den Relikten und Ruinen des SDS und ihren theoretisch verbämten Rückzugsgefechten aus den Hochschulen eine auch organisatorisch selbständige Alternative entgegenzustellen. Doch dies nicht nur, weil ein politisches Vakuum auszufüllen sei, oder weil man Studententpolitik nicht allein opportunistischen Organisationen wie SHB oder gar dem ADS überlassen dürfe, sondern vor allem weil momentan eine entscheidende Zäsur in der Ausbildungspolitik der Herrschenden stattfindet, die, falls sie unbeantwortet bleibt, glatt und lautlos den Universitätsbetrieb ohne jegliche öffentliche Kontrolle seitens Studenten oder Gewerkschaft endgültig den Erfordernissen und Bedürfnissen der Monopolindustrie unterordnen wird. In dieser Situation das Feld widerstandslos der Staatsadministration und den Industrievertretern freizugeben, bedeutet weniger eine Bankrotterklärung jeder studentischen Politik – das soundso – als eine völlige Preisgabe der demokratischen studentischen Interessen und damit eine freundliche Erleichterung für die Pfäneschmiederer der Hochschulformierung, also die freiwillige Aufgabe einer Klassenposition.

Der Begriff Klasse bedarf an dieser Stelle einer Erläuterung: Es hat sich mittlerweile bei den meisten hochschulpolitisch aktiven Gruppen herumgesprochen, daß sich die Wissenschaft im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution zur unmittelbaren Produktivkraft entwickelt hat, d. h., daß wissenschaftliche Ergebnisse und ihre technologische Anwendung immer mehr das wirtschaftliche Wachstum bestimmen, daß das „Geschäft in Wirklichkeit heute darin besteht, die Produkte der Forschung (natürlich auch das entsprechende Personal, d. Verf.) so schnell wie möglich in die industrielle Produktion umzusetzen“ (Leussink im Bundesstag). Diese Verschmelzung von Wissenschaft und Produktion bedeutet in jedem Falle den Verlust der „klassischen“ Autonomie der Hochschulen und der relativen Freiheitsspielräume der Wissenschaftler. Die Folgen für die Studenten sind offensichtlich, nämlich, daß die Studententmassen sich objektiv den Existenzbedingun-

gen des Proletariats nähern, ihre Interessen perspektivisch identisch mit denen der lohnabhängig Produzierenden sind. Dieser größte Teil der Studenten wird benötigt, um den durch die Entwicklung der Produktivkräfte steigenden Bedarf an Fachkräften zu befriedigen, um den „technologischen Mangel“ zu decken. Daneben wird ein Elite-Kader herangezogen, der dann später Leitungsfunktionen in der Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung übernehmen soll. Das Erkämpfen ständischer Privilegien ist somit nicht mehr nur kleinbürgerliche Blindheit, sondern objektiver Anachronismus, also schlicht reaktionär. Trotz der heterogenen Zusammensetzung der Studentenschaft, gewinnen also studentische Forderungen nach Verfügungsgewalt, inhaltlicher Bestimmung und Art der Vermittlung der Produktivkraft Wissen Klassencharakter. Das heißt aber, daß es um so notwendiger ist, diese objektiven Vorgänge in dem für die Bourgeoisie immer relevanter werdenden Sektor des Produktionsprozesses ihren Trägern auch zu vermitteln.

Wenn die breiten Studententmassen, die Mehrheit der Wissenschaftler, Ingenieure etc. aufgrund der Veränderung ihrer Arbeitsverhältnisse zu Teilen der Arbeiterklasse werden, ihr Stellenwert im Produktionsablauf überdies ständig wächst, ist es unerklärlich und gefährlich zugleich, wenn „Marxisten-Leninisten“ die Universität einfach als Hort unverbesserlicher Kleinbürger bezeichnen. Sollen die Termini von der „Produktivkraft Wissenschaft“ und der „Verproletarisierung der Intelligenz“ – mit denen ja die Linksradikalen operieren – nicht zu leeren Hüllen verkommen, erweist sich die Argumentation von der Unwichtigkeit der Hochschulpolitik als Bumerang.

Dieselbe verkürzte Argumentation ist Merkmal für die Strategie fast aller Basisgruppen und Roten Zellen, die sich halbherzig noch auf Hochschulpolitik „einlassen“. Die Konsequenzen sind, daß bei ihnen Studententpolitik sich reduziert auf die Organisation einer sozialistischen Kaderschmiede, darauf, daß der Universitätsapparat lediglich für die Ausbildung und das Training „Roter Pioniere“ fungibel gemacht werden soll. In arroganter Weise unterschlagen die Protagonisten dieser Gruppen die Identität der objektiven Interessen der Studententmajorität, die Notwendigkeit einer Massenpolitik, was nichts anderes heißt als Bewußtmachen eben dieser Interessen. Das führt logischerweise dazu, daß avantgardistisch so weit vorgeprescht wird, daß sie von den meisten Studenten nicht mehr einholbar sind, bzw., daß man sich so weit in die Ecken der einzelnen Fakultäten verkriecht, daß von Hochschulpolitik nicht die Rede sein kann.

Im Hinblick auf die spezifische Situation der Universitäten in Hessen, der Übergangsphase von der Verabschiedung des HUG und HHG bis zu deren endgültiger Realisierung, sind solche Konzeptionen erst recht nicht brauchbar. Es gibt genügend Erfahrungstatsachen, daß diese sektiererischen Positionen bei großen Teilen der Studentenschaft irrationale Abwehrreaktionen gegen jede sich links nennende Politik und teilweise eine systematische Entpolitisierung hervorgerufen haben. Das Programm des SPARTAKUS zielt darauf ab, in dieser Übergangsperiode ein ausreichendes Potential zu remobilisieren, das in der Lage ist, weitgehendste Mitbestimmungsrechte so zu institutionalisieren und durch den massiven Druck der Studenten so zu festigen,

daß bei der Vollstreckung der einzelnen Gesetzesvorschriften effektive Widerstandskräfte entwickelt werden können. Nur so läßt sich verhindern, daß die Einführung der Gesetzesregelungen reibungslos über die Bühne geht, den realen Gehalt der Formierungsparagrafen nicht nur praktisch zu entlarven, sondern die Entscheidungen und Auflagen der Zentralinstanzen zu bekämpfen. Um diesen Widerstand aber nicht in heroischen Einzelaktionen verpuffen zu lassen, ist heute die Wiederherstellung einer größeren Basis innerhalb der Studentenschaft und ihrer organisatorischen und institutionellen Festigung in Angriff zu nehmen.

Es müssen heute die Mitbestimmungskompetenzen der Studenten in Fragen des Lehrprogramms, der Tutoren, des Haushalts, der Berufungen, usw. so weit ausgedehnt und gesichert werden, daß sich die Handlungsbeauftragten des Hochschulgesetzes dann die Zähne daran ausbeißten können. Eine solche Arbeit hat nichts gemein mit der SHB-Strategie, nämlich durch „konstruktive Mitarbeit“ das Beste aus den Gesetzen herauszuholen und einer „reaktionären Novellierung“ vorzubeugen. Obwohl der SHB weiß, daß die universitären Organe keinerlei Entscheidungsbefugnisse mehr haben werden, also nur Voranschläge und Empfehlungen ausarbeiten können, versucht er durch eifriges Herumwursteln am Detail sich zum Zulieferanten von Daten und allen möglichen technischen Einzelheiten für die zentralen Registrier- und Entscheidungsinstanzen emporzutun. Wir meinen, daß ein solches Konzept Ausdruck völliger Verkennerung des Charakters von HHG und HUG ist; als ob ein Hochschulgesetz durch Mitarbeit oder Boykott der Studenten jemals entscheidend beeinflusst oder nachträglich geändert worden wäre, als ob diese Gesetze nicht reaktionär genug wären. Dieser Vorwurf dem SHB gegenüber entspringt nicht einer zu „affirmativen Rezeption von „Imperialismus Heute“, sondern weil der SHB offensichtlich die Illusion hat, die Studenten seien in der Lage, durch geschicktes Taktieren in den staatlichen und universitären Gremien, Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse, in der Vermittlung von Kapital und gesetzgebenden Organen irgendwie zu ihren Gunsten auszunutzen.

Folge dieser bislang ausschließlich an institutionellen Gremien orientierten Hochschulpolitik ist natürlich, daß die für einen effektiven Widerstand – den der SHB ja verbal zu organisieren beabsichtigt – notwendige Remobilisierung breiter Studententmassen durch Agitation und entsprechende Arbeit im AstA und in den einzelnen Fakultäten kaum in Ansätzen in Angriff genommen wird. Wenn überhaupt, dann in trauter Kooperation mit den Ordinarien (Germanisten, Politologen) oder mit farblosen Rechten (Jura).

Für SPARTAKUS hat die Frage der Arbeit innerhalb der von HHG und HUG geschaffenen Gremien einen ganz anderen „Stellenwert“ als für SHB und Rest-SDS. Sie ist keine prinzipiell-politische, sondern allein eine taktische Frage. So ist Boykott oder Mitarbeit eine völlig falsche Alternative. Gremienpolitik ist zu sehen in ihrer inhaltlichen Abhängigkeit von hochschulpolitischen Aktivitäten, die außerhalb dieser Gremien initiiert und durchgeführt werden. Sie hat nicht die Aufgabe, die Verwaltung zu effektivieren oder interne Konflikte zu kanalisieren, sondern dient der Konfronta-

tion des Apparats mit den studentischen Interessen. Wir betrachten die Arbeit in solchen Gremien wie Landeskuratorium, Senat oder Strukturausschuß unter dem Gesichtspunkt der Informationsgewinnung und der auf die Studentenbewegung rückwirkenden Agitationsmöglichkeiten. Innerhalb dieser Arbeit wird es dann auch möglich sein, vorhandene reformistische Positionen abzubauen. Es wäre liquidatorisch, Positionen kampfflos zu räumen, von denen aus für den institutionellen Kampf auf Seminar- und Abteilungsebene gerade während der Übergangszeit wichtige Informations- und Orientierungshilfen geleistet werden können. Allein insofern tritt SPARTAKUS für die Mitarbeit in Gremien ein, wodurch dieses „Mitmachen“ einen anderen Charakter erhält als es durch die scheinbare Alternative Boykott oder Mitarbeit suggeriert wird!

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Strategie lediglich die Ausgangsbasis für den Kampf gegen die Hochschulformierung verbessern kann. Eine antikapitalistische Politik, die imstande wäre, Gesetze wie HHG zu verhindern oder unwirksam zu machen, rekrutiert sich natürlich nicht nur aus Studenten und Assistenten. Eine oppositionelle Studentenbewegung hat dann nur Chancen, ihren eigentlichen Gegner, das Kapital und seine politischen Sachverwalter, erfolgreich zu bekämpfen, wenn sie sich als integrierter Bestandteil der Arbeiterbewegung versteht, nicht als ihre „kollektiven Theoretiker“ oder intellektuellen Missionäre. Es ist richtig, daß die Möglichkeiten einer Studentenbewegung nur so groß sind wie die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung, es werden aber zukünftig die Möglichkeiten des organisierten Klassenkampfes auch davon abhängen, wie ihr Bündnispartner, die Intelligenz, Hilfe- und Unterstützungsfunktionen für die Arbeiterbewegung und ihren eigenen Klassenkampf an den Hochschulen auszuführen imstande ist, inwieweit und in welchem Maße der gemeinsame Klassengegner bekämpft werden kann.

# SHB

Die politische Position einer Gruppe, die organisatorische Kontinuität besitzt, läßt sich am besten durch eine knappe Rekonstruktion ihrer „Geschichte“ explizieren. Wie sie auf Probleme reagierte, zeigen deutlicher die Grundmaximen ihres politischen Handelns als abstrakte Programmformulierungen.

In der Hochschulrevolte wurde die Politik des SHB mit dem Schlagwort „Doppelstrategie“ charakterisiert. Er unterstützte die breite Mobilisierung von Studenten bei Streiks und Demonstrationen, ging jedoch – im Gegensatz zum SDS – Bündnisse ein, um durch eine feste Flankensicherung in den Institutionen einen radikalen Reformismus vertreten zu können. Diese Politik verweist auf ein Dilemma des Verbandes: Er konnte zwischen SDS und SPD nie eine klare politische Identität finden, er pendelte – oft von Spaltungen bedroht – zwischen allzu taktischem Pragmatismus und antiautoritärem Aktionismus hin und her. Kein Wunder, daß immer mehr Genossen den Absprung ins dogmatische Korsett der DKP suchten und fanden.

In der Auseinandersetzung gegen die Notstandsgesetze und Springer gab der SHB vorübergehend diese Politik der Bündnisse auf: die Erfahrung der Polizeieinsätze hier in Frankfurt, die Haltung der SPD und der Gewerkschaften in der Notstandsfrage, das Stagnieren aller Reformbemühungen im Hochschulbereich zwangen ihn immer eindeutiger auf SDS-Kurs. Die innerverbandliche Diskussion über politische Theorie entwickelte sich entsprechend: Marcuses Eindimensionalitätsthese wurde auch für ihn zur Aktionsideologie im perspektivenlos formierten Staat der Großen Koalition.

Der Phase der absoluten Solidarität mit dem SDS folgte die kritische Auseinandersetzung mit dessen Theorie und Praxis. Aktionen, die sich nicht mehr an einer Strategie der massenhaften Aufklärung orientierten, wie die Buchmessendemonstration gegen Senghor, Streiks, die nicht mehr an den studentischen Interessen sondern an den Illusionen unpolitischer Primadonnen (Cohn-Bendit im EFe-Streik) ausgerichtet wurden, isolierten die studentische Linke in Hochschule und Gesellschaft mehr und mehr. Reaktionäre Kontergruppen wie das ADS begannen bei den Wahlen Stimmen zu gewinnen, indem sie vorgaben, die einzige relevante Reformgruppe zu sein. Die Hochschulöffentlichkeit wurde von der antiautoritären Subkultur mehr und mehr irrationalisiert, statt Diskussionen über die richtige Strategie beherrschten die Freund-Feind-Orientierungen der Lederjacketnfraktion die politische Szene. Langfristig relevante Institutionen der Linken wie die Soziologie hier in Frankfurt wurden durch eine nicht mehr politisch kalkulierende Aktionsästhetik aufs Spiel gesetzt.

Der SHB, der sich in der Phase des aktiven Streiks in Basisgruppen aufgelöst hatte, organisierte sich neu. In Arbeitsgruppen über „Technokratie und Emanzipation“ setzte er sich mit der politischen Theorie des SDS auseinander, die bisher politisches Handeln an der Universität für die Linke bestimmte. Ohne seine Marcuse-Kritik, ohne seine differenzierte Bestimmung des Verhältnisses zwischen Politik und Ökonomie wäre die heutige Politik des SHB purer Re-

formdezisionismus. Auf einem teach-in stellte der SHB seine Position öffentlich dar: Für die technokratischen Modernisierungen im Bildungssektor, die mehr und mehr zum langfristigen Stabilitätsverlangen werden, diagnostizierte er Widersprüche, an denen politische Arbeit der Studenten konkret ansetzen könnte. Er legitimierte von hier aus seine Reformarbeit an der Hochschule, für die er über den Apparat des AstA und einzelne Fachschaften ebenso wie über öffentliche Diskussionen und Hearings die zunehmend apathisierten Studenten mobilisieren will.

Erschwerend für die Arbeit an der Hochschule wurde die Entwicklung des SDS, der mit illusionären Parolen den VDS fast völlig ruinierte und schließlich einer resignativen Totalverweigerungspolitik an der Uni das Wort redete. Seine Emigration aus der Hochschule wurde vollständig, nachdem die Septemberstreiks den Sozialisten gezeigt hatten, daß noch eine handlungsfähige Arbeiterklasse existiert, die sie nach ihrer Marcuse-Rezeption vorübergehend abgeschrieben hatten (Reiche/Gäng in der nk). Eine Zusammenarbeit mit dem SDS oder seinen unterschiedlichen Folgegruppen im Bereich der Arbeiterpolitik war bisher nicht möglich, da der SHB in der Gewerkschaftsfrage eine von diesen Gruppen zum Teil abweichende Position hat. Er ist zum Beispiel bereit, gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu machen, er ist zum Beispiel nicht bereit, undifferenziert antigewerkschaftliche Propagandaaktionen zu unterstützen.

Außerdem ist für den SHB die rigide Trennung von Hochschule und Betrieb als Bereiche sozialistischer Praxis falsch. Ohne große dialektische Spekulationen über den „Gesamtarbeiter“ ist die Interdependenz der Praxen in beiden Bereichen einsichtig zu machen: Kampf gegen den numerus clausus, für bessere Ausbildungschancen für Arbeiterkinder, für bessere Lehrerbildung, für Demokratisierung des institutionellen Rahmens der Uni, für emanzipatorisch orientierte Studienpläne sind Ziele, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen und Rückwirkungen auf zentrale gesellschaftliche Institutionen haben werden wie Betriebe, Parteien, Gewerkschaften usw.

Der SHB weiß, daß er derartige Ziele nicht mit einem akademischen Insulanerbewußtsein durchsetzen kann. Außerdem ist er nicht bereit, die Totalumstrukturierung der Gesellschaft durch eine proletarische Revolution abzuwarten. Eine Strategie der taktischen Koalitionen mit linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern, um nur die wichtigsten zu nennen, ist notwendig, um die machtpolitischen Voraussetzungen für eine solche radikale Reformpolitik zu schaffen.

In der theoretischen Arbeit versucht der SHB, Demokratisierungskonzepte für komplexe Gesellschaften und Organisationen zu entwickeln und für eine emanzipatorische Praxis fruchtbar zu machen. Er ist gegen eine dogmatische Indoktrination linker Gruppen und für eine wirklich reflektiert angeleitete Praxis. Er versucht, die tendenzielle Dogmatisierung der politischen universitären Öffentlichkeit aufzubrechen, indem er – z. B. durch diese Zeitung – wieder Alternativpositionen zur Debatte stellen wird, die auch für sich beanspruchen, „links“ zu sein.

Der Schwerpunkt der Verbandsarbeit in der letzten Zeit lag auf der konkreten Hochschulpolitik. Im letzten Wahlkampf galt

es, das ADS zurückzudrängen, um die reaktionäre Disziplinierung der Studentenschaft zu verhindern, die als nichtkalkulierte Nebenfolge der SDS Politik drohte. Vom SDS in eine AStA-Koalition mit dem ADS gezwungen, versuchte der SHB, im Rahmen des möglichen die Hochschulgesetzgebung in Hessen in Zusammenarbeit mit Jusos und Gewerkschaften zu beeinflussen, um die drohende Best-Formierung über ein Hochschulamt abzuwehren. Es gelang, zumindest im Universitätsgesetz, beschränkte Mitbestimmungsrechte der Studenten zu sichern.

Die Auseinandersetzung mit dem ADS wurde intensiv weitergeführt. Der heterogene Verband spaltete sich und wurde handlungsunfähig. Es gelang dem ADS nicht, die AStA-Politik des SHB wesentlich zu beeinflussen, die Reaktionäre verließen deshalb, politisch gescheitert, den AStA und spalteten sich in verschiedene Grüppchen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes diskutierte der SHB, in welchen Gremien eine Mitarbeit sich lohnen würde. Präsidentenwahl, Fachbereichspolitik, Mitarbeit an Studiengängen sind seiner Meinung nach politisch zu relevant, als daß man sie den konservativen Kräften überlassen könnte. Durch eine sinnvolle Koalition mit den Assistenten muß versucht werden, die beschränkten institutionellen Chancen für eine sozialistische Hochschulpolitik hier in Frankfurt zu nutzen. Eine Boykottpolitik würde die letzten Möglichkeiten studentischer Politik verspielen ...

# JUNGE GARDE

## Boycottiert die Mitbestimmungsgremien! Welche Funktion hat das neue Hochschulgesetz?

Es schafft die Voraussetzungen für die Landesregierung, ihre Angriffe auf die Studienbedingungen effektiver, zentralisierter durchzuführen bei gleichzeitiger Fesselung der Interessenvertretungen der Studenten an die Organe der Hochschule, die diese Angriffe informell für den Kultusminister vorbereiten und dann ausführen.

Während nach dem Universitätsgesetz ein paritätisch besetzter Ausschuß die Zulassung zum Studium und über Zwischenprüfungen mitentscheiden kann (Genehmigung des Kultusministers ist nötig, Hess. Hochschulgesetz § 36 [2]), unterliegt nach dem Hess. Hochschulgesetz die Bauplanung, Ausführung und Verwaltung der Fachaufsicht des Finanzministers, des Kultusministers, in Zusammenarbeit mit dem von der Landesregierung ernannten Präsidenten des Landeshochschulverbandes. Haushaltsvoranschläge der einzelnen Hochschulen müssen sich im Rahmen der Finanzplanung des Landes halten (Hochschulgesetz § 2 [1], § 5 [2]).

Die Landesregierung entscheidet also über die Zahl der Studienplätze, die Studenten dürfen mitwirken bei der Alternative Überfüllung oder Aufnahmebeschränkungen und verschärfte Prüfungen! Deshalb unsere Forderung: Boykott aller Mitbestimmungsgremien!

Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Studentenschaft unter der Rechtsaufsicht des Landes steht (der Kultusminister gilt als oberste Rechtsaufsichtsbehörde). Wenn die Studentenschaft ihren obliegenden Pflichten nicht gerecht wird, kann der Kultusminister andere Mitglieder bestimmen, die ihren Pflichten nachgehen. Zu diesen Pflichten zählt die „Ordnung in der Hochschule und ihren Veranstaltungen zu wahren“.

Es gibt sogar einen Schlichtungsausschuß (§ 24), der von einer Satzung, die die „Funktionsfähigkeit der Hochschule“ gewährleisten soll, weitere Aufgaben übertragen bekommt.

Der Schlichtungsausschuß darf vorläufige Maßnahmen, die einem Verbot vom weiteren Besuch von Einrichtungen der Universität vorangehen, beschließen, die dazu dienen, „die Ordnung in der Hochschule und ihren Veranstaltungen zu wahren“. Die Befugnis, den Zutritt zur Hochschule zu untersagen, obliegt dem Präsidenten (Rektor), dessen Wahl abhängig von der Zustimmung des Kultusministers ist (§ 24 [4], Univers. Gesetz § 11 [1]).

Die Organe der Studentenschaft werden degradiert zu einem Fürsorgeunternehmen in Bezug auf wirtschaftlicher Not der Studenten, die Förderung von kulturellen, musischen und sportlichen Interessen der Studenten. Die Organe der Studentenschaft helfen im Landeshochschulverband (natürlich dort unterrepräsentiert) durch Schaffung von zentralen Informationssystemen und Statistiken herauszufinden die Zahl der Studienplätze, Kapazitäten, die für die Wirtschaft überflüssigen Schwerpunkte in der Forschung, um danach praktische Lösungen vorzuschlagen für Numerus Clausus, verschärfte Prüfungen, für Prüfungsordnungen und Studienberatungen, die die Studenten anhalten, die für sie vorgesehene Studien-

zeiten einzuhalten (Univers. Gesetz § 21 [5], § 25), für bessere Ausnutzung der mangelnden Bildungseinrichtungen, für die Bildung von für die kapitalistische Wirtschaft verwertbaren Schwerpunkten in Forschung und Lehre (§ 36, 4).

Nach dem Hochschul- und Universitätsgesetz ist die Studentenschaft nicht nur ein Fürsorgeunternehmen, sie organisiert mit der Landesregierung die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen. Bei ihrem Haushaltsplan und der Verwaltung ihrer Gelder wird sie beraten und unterstützt von Mitgliedern des Lehrkörpers, die von dem vom Kultusminister ernannten Rektor bestimmt werden.

Die Junge Garde kämpft deshalb für eine unabhängige studentische Interessenorganisation, die die Wahl ihrer Mitglieder selbst organisiert, die ihre Finanzen unter sich regelt, die an keinen Mitbestimmungsgremien teilnimmt, die allein den massenhaften Boykott aller Maßnahmen zur Verschlechterung der Studienbedingungen organisieren kann, die ihre Aktionen verbindet mit dem Kampf von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Schülern gegen die Verschlechterung ihrer Ausbildung (Berufsbildungsgesetz, Pläne à la Krupp, mangelnde Ausstattung und Lehrer in den Schulen), die die Forderung der Jugendvertreter aller Betriebe Frankfurts aufgreift (Beschluß vom November 69), eine ALLGEMEINE VERSAMMLUNG DER JUGEND gegen die Entqualifizierung ihrer Ausbildung gemeinsam mit den Gewerkschaften und den SV's der Schulen zu organisieren.

Die Junge Garde ist der Zusammenschluß von jungen Arbeitern, Schülern und Studenten, die zusammen mit der französischen „Alliance des Jeunes pour le Socialisme“ (AJS) und den englischen „Young socialists“ für die Revolutionäre Jugendinternationale kämpfen gegen Kapitalismus und Stalinismus.

## Automation und Entqualifizierung

Die Vorbereitung auf die Automation, die nur noch wenige Fachkräfte braucht, die Unterwerfung der Universität unter das Kapital ist die Grundlage der Hochschulreform.

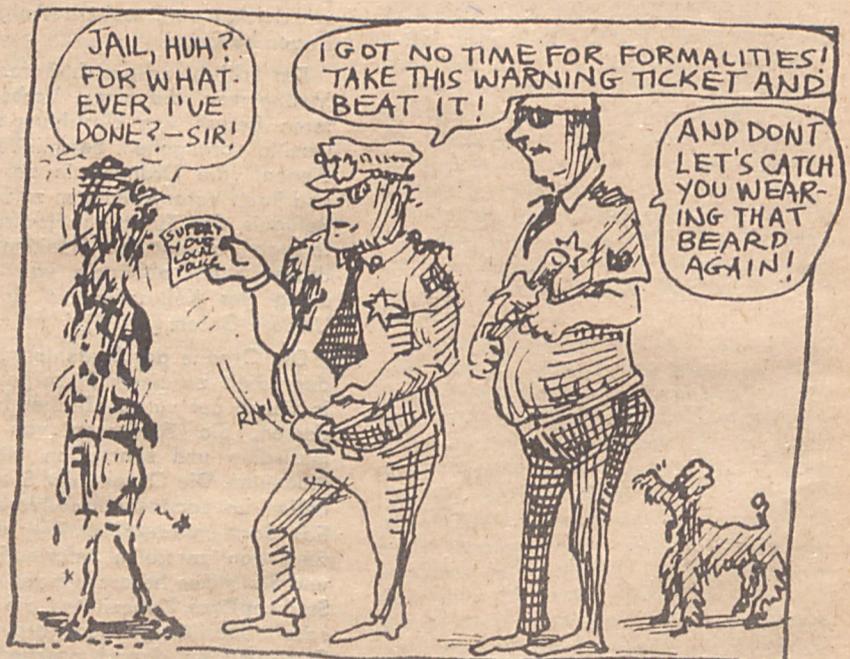
Ca. 90 Prozent der Studenten werden zukünftig einem rein fachspezifischen Kurzstudium zugeführt werden, das jede wissenschaftliche Qualifikation ausschließt. Für einen großen Teil der zu erwartenden Abiturienten bleiben die Türen der Universität verschlossen. Sie werden auf Fachhochschulen abgeschoben oder sofort in den Produktionsprozeß eingespannt.

In der kapitalistischen Gesellschaft stoßen die Bedürfnisse der Bevölkerung als auch die Produktivkräfte auf die engen Schranken der kapitalistischen Aneignungsverhältnisse. Das kapitalistische System beruht auf dem Tausch von lebendiger Arbeitskraft gegen eine bestimmte Geldsumme, die nur den Gegenwert für einen Teil der Zeit darstellt, in der die Arbeitskraft des Arbeiters für den Unternehmer tätig war. Durch den Verkauf des in der Mehrarbeitszeit vom Arbeiter geschaffenen Mehrprodukts realisiert der Kapitalist „seinen“ Mehrwert. Grundlage der kapitalistischen Produktion ist und bleibt also die lebendige Arbeitskraft, weil sie allein Mehrwert schafft und dadurch das Ausbeutungsverhältnis von Kapital und Arbeit ermöglicht.

Indem jedoch unter dem Konkurrenzdruck, dem Zwang zur Automation und



BASH! GRIND! OULCH!  
 CRACK! UGH! CRUNCH!  
 GRUNT! BIFF! BAM!  
 BOFF! EEE! OOO! OOOH!  
 SNAP! CRACKLE! POMP!  
 BUMP! GRIND! WHAM!  
 BAM! JAM! BARF! YOW!  
 CLOBBER! MASH! CRASH!  
 OH GOD A MIGHTY! TAKE  
 THIS! AND THIS! BANG!  
 CLANG! AND THAT! POW!  
 WOW! YOW! SLUG! SMASH!  
 GROAN! SLOBBER! CLOBBER!



durch den Akkumulationstrieb der technische Fortschritt vorangetrieben wird und die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist, hat das Kapital selbst die Produktivkräfte entwickelt, die ihm die Grundlage seiner Produktionsweise unter den Füßen wegziehen.

Denn Verwissenschaftlichung der Produktion und Automatisierung bedeuten nichts anderes, als daß die lebendige Arbeitskraft durch die in den Maschinen und Wissenschaft kristallisierte tote Arbeit in der unmittelbaren Produktion verdrängt und ersetzt wird (s. Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie S. 592-595).

Insofern führt die Automatisierung der Produktion unter kapitalistischen Verhältnissen nur zu einer Verschärfung der diesem System innewohnenden Widersprüche und zieht zerstörerische Konsequenzen in den verschiedenen Bereichen nach sich:

Der automatisierte Maschinenapparat ermöglicht den Arbeitern nicht eine freie, schöpferische Tätigkeit; der Arbeiter wird vielmehr Sklave des technischen Apparats, an dem er zu funktionieren hat.

Er verringert die notwendige Arbeitszeit nur, um die Zeit zu vergrößern, in der der Arbeiter für den Unternehmer arbeitet.

Er ersetzt den Arbeiter als Hauptagenten in der Produktion nur, um ihn in Krisenzeiten auf die Straße zu werfen.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sprengenden Produktivkräfte werden in Destruktionskräfte umgewandelt und der gesellschaftliche Reichtum durch Rüstungsindustrie, imperialistische Krisen, Kapazitätsstilllegungen, Reklame, aufgeblähte Verwaltungsapparate, Verschleißproduktion etc. verschleudert und vernichtet.

Vor allem wird die volle Entfaltung der produktiven Möglichkeiten der Wissenschaft verhindert, indem gerade heute die Mehrheit der Jugendlichen von einer qualifizierten Bildung und Ausbildung ausgeschlossen wird.

Die Masse der Lehrlinge ist zu verkürzter Anlernzeit verdammt. Sie bildet das zukünftige Arbeitslosenheer.

Verschärfte Prüfungen und Leistungsdruck sind die Mittel, nur noch kleinen Minderheiten den Weg an höhere Schulen und wissenschaftliche Hochschulen zu öffnen.

Staatliche Eingriffe in die gesamten Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen sollen die Ausbildung und den Wissenschaftsprozess im Interesse des Kapitals rationalisieren und restabilisieren.

Auf diesem Hintergrund der sich zuspitzenden allgemeinen Krise des Kapitals muß der Angriff der politischen Handlanger der herrschenden Klasse auf die Hochschule verstanden werden, wenn der Kampf der Studenten von der richtigen allgemeinen Perspektive bestimmt sein soll. Die JUNGE GARDE kämpft als revolutionäre-politische Organisation auf der Grundlage dieser Analyse für das Ziel, die isolierten Kämpfe der Jugendlichen in den Bereichen Betrieb, Schule und Hochschule gegen den zentralen Angriff des Staates zusammenzuführen und ihnen eine politische Perspektive zu geben. Voraussetzung dafür aber ist die Organisation der Kämpfe auf Massenbasis in allen Bereichen.

## Organisation des Kampfes auf Massenbasis

Bislang blieb die vor allem vom SDS geführte Revolte der Studenten erfolglos; sie mußte es bleiben, da sie als Revolte den Charakter der individuellen antiautoritären Auflehnung behielt.

Basisgruppen, rätedemokratische Modelle, ideologiekritische Arbeitskreise und Vorbereitung auf eine „revolutionäre Berufspraxis“ entsprechen dem Individualsozialismus des kleinbürgerlichen Bewußtseins der Studenten, die derart private Aufklärung über die Ideen des Sozialismus betreiben. Die sich revolutionär dünkende studentische Avantgarde versteigt sich in der Illusion, für sich den Sozialismus vorwegnehmen zu können, während sie die Mehrheit der Studenten ihrer Situation überließe, ohne ihnen in ihrer Unzufriedenheit eine klare Kampfperspektive zu geben. Damit arbeitet sie der Staatsbürokratie in die Hände, die den organisierten Massenkampf fürchten muß und bemüht ist, alle Kämpfe zu individualisieren und zu spalten.

Diese intellektuell verschwommene Selbstbefriedigung wird im politischen Raum durch den Wettbewerb im Verbalradikalismus und durch abstrakte allgemeinpolitische Aktionen ergänzt, die die Studenten immer mehr dem eigentlichen Klassenkampf entfremdet. Die Ursache ist hier wie dort darin zu suchen, daß die bewußteren Studenten bisher die Gesetze des Klassenkampfes ignorierten und nicht die Notwendigkeit einsahen noch fähig waren, mit der Masse der Studenten auf dem Feld zu kämpfen, auf dem sie der Angriff des kapitalistischen Staates trifft.

Dieser Angriff ist die Folge der Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zu Reformen. Die bürgerliche Gesellschaft kann heute nur noch einer immer kleiner werdenden Anzahl der Söhne und Töchter der Bourgeoisie die Ausbildung garantieren, die ihnen den Weg in die herrschenden Positionen der Gesellschaft ebnet. Die Fäulnis des Kapitalismus bringt die Mehrheit der Studenten in Konflikt mit der bestehenden anachronistischen Gesellschaftsordnung und zwingt sie, im Interesse ihres Rechts auf Bildung und Ausbildung Widerstand zu leisten gegen die Pläne der Bourgeoisie, diese Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Versuch der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems erfordert den verschärften Angriff auf alle kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften und eine geplante Zerstörung von Produktivkräften.

Die JUNGE GARDE kämpft für die Durchsetzung der legitimen Forderungen aller Studenten. Ihr Ziel ist es, bewußt organisierend in die Kämpfe einzugreifen, dem Kampf neue Studentenmassen zuzuführen und ihnen so den Charakter einer einheitlichen kollektiven Kraft zu geben. Gleichzeitig will sie die Kämpfe über die einzelnen Universitäten hinaus zentralisieren und alle Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen zum Widerstand gegen den Versuch der systematischen Entqualifizierung der studentischen Jugend vereinen.

## Kampf auf der Grundlage der objektiven Interessen

Ein solcher Kampf auf Massenbasis kann nur geführt werden als gewerkschaftlicher Interessenkampf. Die JUNGE GARDE stellt

deshalb an die schon bestehenden Organe der Studentenschaft, AStA und VDS, die Forderung, in diesem Sinne die Aktivitäten der Studenten zu organisieren und zu zentralisieren. Der Kampf für die objektiven Interessen der Studenten geht aus von der Aufstellung zentraler Forderungen, die unmittelbar gegen die staatlichen Vertreter des Kapitals gerichtet sind. Nur in solchen Kämpfen werden die Studenten selbst die Erfahrung machen können, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, ihre Forderungen zu erfüllen. Aufgabe der JUNGEN GARDE ist es dabei, diesen Kampf weiterzutreiben und ihn mit einer revolutionären Perspektive zu verbinden.

Doch zunächst gilt es, in der politischen Auseinandersetzung die bestehenden Organe der Studentenschaft durch den Druck der mobilisierten Studentenschaft zu Instrumenten des Kampfes zu machen. Die Mitbestimmungsideologie des VDS, des SHB und des DKP/Spartakus verhindert eine derartige Mobilisierung.

Sie macht die aktiven Studenten zu den eifrigsten Mitarbeitern an der Konkursverwaltung der Universität. Denn die Funktion der Universitätsgremien besteht heute lediglich darin, die Forderungen der Staatsbürokratie auf reibungslose Weise durchzusetzen. Indem den Studenten Illusionen über die Reformierbarkeit der Hochschule („Demokratisierung der Hochschule“) gemacht werden, indem sie ihre Kraft darin verschwenden, immer neue Reformmodelle auszuarbeiten, lenkt man sie erfolgreich von der Hauptstoßrichtung des Angriffs ab. Unser Kampf gilt allen Gruppen, die sich als Vorkämpfer für die Mitbestimmung betreiben und dabei die Studenten den kapitalistischen Interessen der Wirtschaft ausliefern.

Ebenso gilt unser Kampf den anarchistisch-verbalradikalen Gruppen und Tendenzen, die dem Staat bei der Liquidierung der ASten und des VDS tatkräftig zur Seite stehen. Die Auflösung des SDS ist die notwendige Folge seiner total gescheiterten Studentenpolitik, die bewußt auf die Mobilisierung der Studentenmassen verzichtete. Links- und Rechtsopportunisten ergänzen sich bei Spartakus, der ML und den „Roten Garden“ wie die beiden Seiten einer Medaille. Beide sind unfähig, die objektiven Bedingungen des Kampfes der Studenten auf der Grundlage einer ökonomischen Analyse unseres Systems zu erkennen, beide kapitulierten vor dem Versuch der staatlichen Kapitalvertreter, die Hochschule noch stärker den Profitinteressen des Kapitals zu unterwerfen.

Die Revolutionsromantiker der ML und Roten Garden betrachten die Universität als reines Rekrutierungsfeld für die „revolutionäre Intelligenz“, die dann mit bürokratischem Führungsanspruch vor die Arbeiter hintreten soll. Konsequenterweise verfolgen sie die Strategie der verbrannten Erde, indem sie nun die ASten auspowern, nachdem das dem SDS gegenüber dem VDS schon zum Teil gelungen ist. Die als „kleinbürgerlich“ verachtete Masse der Studenten überläßt man dann umso wehrloser dem Zugriff des Kapitals und seiner Klassenjustiz.

Studenten!

Zwingt den AStA, Eure legitimen Interessen zu vertreten; entlarvt die selbstmörderische „revolutionäre“ Phrasendrescherei der Gruppen, die vorgeben, Eure Interessen

zu vertreten, um Euch dann um so schlimmer zu verraten. Stellt Eure eigenen Forderungen auf und kämpft für ihre Durchsetzung.

Stoppt den Angriff der Bourgeoisie auf Eure Ausbildungs- und Existenzbedingungen.

Kämpft mit der JUNGEN GARDE für unsere Forderungen:

Gegen Zulassungsbeschränkungen aller Art!

Für unbeschränkte Studiendauer!

Gegen selektive Prüfungen!

Für eine wissenschaftliche Ausbildung aller Lehrerkandidaten!

8 Semester Mindeststudium für alle!

Gegen staatlich verordnete Studienpläne!

Gegen das Ordnungsrecht!

Für Boykott der Mitbestimmungsgremien!

Für höhere Besteuerung der kapitalistischen Profite!

## **Aufbau einer unabhängigen Studentengewerkschaft**

Die JUNGE GARDE verteidigt die bestehenden Organe der Studentenschaft AStA und VDS gegen die Liquidationsversuche des Staates und der linksradikalen Gruppen wie SDS, ML und Rote Garde. Doch wir teilen nicht die Illusionen, mit diesen von der Bourgeoisie finanzierten Gruppen der Studentenschaft den langfristigen Kampf der Studenten für ihre Interessen organisieren zu können. Ein studentischer Zwangsverband kann nicht ein schlagkräftiges Verteidigungsinstrument sein, er wird zugleich mit der weiteren studentischen Mobilisierung zerbrechen. Da es in der gegenwärtigen historischen Phase keine gemeinsamen Interessen mehr zwischen der Mehrheit der Studenten und den staatlichen Handlangern des Kapitals gibt, muß der Kampf der Studenten die Bande sprengen, durch die ihre Organisation mit dem bürgerlichen Staat, mit dem Gericht, mit der Universitätsbürokratie verknüpft ist.

Das Ziel der JUNGEN GARDE ist es deshalb, eine unabhängige Kampforganisation der Studenten aufzubauen, die sich nur als gewerkschaftliche Massenorganisation verstehen kann. Sie wird von der freiwilligen Mitgliedschaft getragen und ihre Kampfstrategie nimmt keine Rücksicht auf die Kultus- und Landesbürokratie, noch auf die reaktionären Gruppen, innerhalb der Studentenschaft. Allein im Rahmen einer schlagkräftigen gewerkschaftlichen Massenorganisation können dann die Studenten ihren Kampf mit den Methoden des Klassenkampfes führen und sich von der Bindung der Bourgeoisie lösen.

Eine Aktionsform, die diesem Ziel weitere Perspektiven eröffnet, ist die ALLGEMEINE VERSAMMLUNG DER JUGEND; sie hebt die bisher isoliert geführten Kämpfe der Jugend auf eine neue Stufe.

# **RNH**

## **Was vertreten Assistentenvertreter?**

Man sagt: Diejenigen Assistenten, die unfähig waren, es zu werden, haben (mit) verhindert, daß diejenigen es fürderhin werden, die es hätten werden können; nämlich Ordinarius. Nach dem Willen des Gesetzgebers in Hessen soll diese Spezies-Spezialis in Kürze aussterben, und den Assistenten brechen damit gerade die obersten Sprossen aus der Karriereleiter. Fazit: Man kann nur noch schlicht Professor werden, und da wird, wenn wir nicht Obacht geben, bald keiner mehr behaupten, daß da was ordentliches dran sei.

Dennoch irrt der Beobachter, würde er aus der Tatsache, daß Assistentenvertreter, wenn auch widerstrebend, öffentlich und vielleicht auch sonst wohl das neue HUG befürwortet haben, schließen, hier handele es sich um einen letzten Akt der Selbstverleugnung, bekanntlich eine der hervorragendsten Eigenschaften des studentischen Idealtyps. Wahr ist vielmehr: Wie überall gibt es auch unter den Assistenten schwarze und rote Schafe. Nicht genug damit, vertreten die sog. Assistentenvertreter nicht nur diese, sondern Hilfsassistenten, Verwalter von Assistentenstellen, Studien- und Oberstudienräte im Hochschuldienst, Lektoren, Akademische Räte und sogar Oberräte und schließlich Doktoranden, die ihr täglich Brot königlichen Stipendien, einer ehrenhaften, aber Schülern wie Lehrer zeitraubenden Nebentätigkeit als Hilfslehrer am Gymnasium, oder Privat-Dienstverträgen mit ihrem Institutschef und Doktorvater. Sie alle verbindet ein Diplom oder äquivalenter Studienabschluß und man nennt sie aus durchsichtigen Gründen Nicht-Habilitierte.

Wenn man nun noch weiß, daß je zwei dieser Gruppe in Vollversammlungen der Fakultäten als würdig erwählt werden, um im Rat der Nicht-Habilitierten mitzureden, erkennt man, daß selbst Mao seine politischen Schwierigkeiten mit letzterem Gremium hätte, geschweige denn Herr Becker, was wiederum andere auch tröstlich finden. Gerade die heterogene Zusammensetzung der Assistentenvertretung mußte uns das gelegentliche Lob sachlicher Kritik und Mitarbeit einbringen, denn wie sollte bei so unterschiedlichen Interessen innerhalb der Nicht-Habilitierten (von Ausnahmen abgesehen) jener für wirksame syndikalistische Maßnahmen notwendige „gesunde berufsständische Egoismus“ zum Ausdruck kommen, wie der Fachausdruck wohl heißt.

Andererseits sind trotz aller Bemühungen längst nicht mehr alle Nicht-Habilitierte sicher, daß der Standort der Universität mit den Stichworten „Humboldt“ oder „Effektivierung der Ausbildung zur Erreichung des Weltniveaus“ ausreichend bestimmt ist, was zur Folge hat, daß solche Leute den rechten Elan vermissen lassen, um den elitären Olymp zu erklimmen und ihr Standesbewußtsein Schaden leidet. (Wobei festzustellen bleibt, daß auch die Studenten an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig sind.)

Für die gewählten assistentischen Gremien heißt es: Die Mischung aus rot und schwarz ergibt bis auf Schwankungserscheinungen keine klare Färbung mehr, jedenfalls keine politische. Nicht nur dadurch wurde erkannt, daß assistentische

Hochschulpolitik überhaupt nur dann erfolgreich sein kann, wenn es keine assistentische mehr ist. Studenten, Professoren und Dozenten werden sich (nicht nur im Konvent) nach Farben sortieren, damit man sehe, welches die leuchtendste sei.

An der Realisierung eines solchen Zustandes mitzuarbeiten, ist sicher nicht die schlechteste Aufgabe der Assistentenvertretung. Ist er erreicht, dürfen assistentische Gremien getrost als abgeschlossenes und bescheidenes Kapitel in die Geschichte eingehen. Auf diesen Tag freut sich nicht nur der derzeitige Vorsitzende des Rates der Nichthabilitierten, Karl Haubold.

## **Dr. Becker etc.**

Herr Becker, früher Vorsitzender des Nichthabilitierten, erklärte gegenüber der diskus-Redaktion, der von ihm mitgetragene Arbeitskreis von Assistenten und Studenten habe weder politisch noch organisatorisch das Bedürfnis, mit einer Selbstdarstellung an die Öffentlichkeit zu treten. Es tut uns leid, aus diesem Grund nur den Brief des DISKUS an Herrn Becker abdrucken zu können (die Redaktion):

Genosse Becker,

zum Ende des SS soll wieder ein DISKUS erscheinen. Schwerpunkt dieses Probehefts wird die Hochschulpolitik sein. Die verschiedenen politischen Gruppierungen an der Frankfurter Universität sollten durch Selbstdarstellungen zur Transparenz des politischen Prozesses beitragen. Es kann zur Frontenklärung beitragen und das Informationsniveau der Studenten für die zu erwartenden Auseinandersetzungen etwas verbessern.

Wir möchten Sie bitten, die politische Position Ihrer Gruppe öffentlich etwas zu präzisieren. Wir denken dabei nicht an die Assistenten, sondern an die mehr informelle politische Gruppierung, die sich regelmäßig dienstags trifft und Diskussionen über Theorie und Praxis sozialistischer Hochschulpolitik führt.

Sie, Herr Wetzel und Herr Voegelin gelten als die Wortführer. Eine Veröffentlichung Ihrer Konzeption halten wir für notwendig. Redaktionsschluß der Probenummer ist der 15. Juni.

Mit freundlichem Gruß  
gez. Andreas Schacht

# SC e.V.

An den Sozialistischen Club e. V.

Genossen,

Redakteure und Herausgeber dieser Zeitung planen für die noch vor Ende des Semesters erscheinende erste Nummer des neuen DISKUS der Universitätsöffentlichkeit einen Überblick über in Frankfurt hochschulpolitisch relevante Gruppierungen zu geben. Wie Euch – es gilt die Maxime der Gleichbehandlung – bitten wir eine Vielzahl von Organisationen oder mehr informellen Zusammenschlüssen, auf etwa 3 bis 4 Schreibmaschinenseiten ihre Intentionen zu skizzieren, was wir getreulich abdrucken möchten.

Leider weiß niemand von uns genau, wie sehr oder ob überhaupt die Universität noch Gegenstand Eurer Arbeit ist.

Doch wisset: Uns – und eine weitere Öffentlichkeit – könnten auch Argumente interessieren, die auf andere Prioritäten abzielen.

Mit sozialistischem Gruß

gez. L. Unterseeher

## Anmerkung der Redaktion:

An dieser Stelle sollte die Selbstdarstellung des Sozialistischen Clubs e. V. stehen. Die Genossen hielten es nicht für nötig oder opportun, in dieser Zeitung zu schreiben. Wir drucken hier unsere Bitte an den SC e. V. ab.

---

# diskus und Studenten- politik

---

Zu den dringenden – bislang freilich vernachlässigten Forderungen an eine bewußte linke Studentenbewegung gehört die Diskussion und Analyse ihrer Entstehung und Geschichte. Eine der Aufgaben des Diskus muß darin bestehen, dafür Platz zu schaffen. So sollen diese Fragen Gegenstand einer besonderen Beilage im Herbst dieses Jahres sein. Eine Untersuchung der Geschichte des Diskus kann beitragen sowohl zu diesem Thema als zum Selbstverständnis der Studentenzeitung selbst – um so nötiger beim Neubeginn.

## Ein Weg zur Dichtung

„1. Jahrgang Heft 2, April 1951, Preis 15 Pfg., Frankfurter Studentenzeitung, Herausgegeben vom ASIA“, DIN-A-4-Format, 12 Seiten, ca. 19 Artikel, davon 4 politischen Inhalts: Bericht über eine Diskussion zur Wiederbewaffnung (800 von 5000 Studenten anwesend), Kritik an der Wiederbewaffnung mit theologischen Argumenten, Hinweise auf die Not von aus politischen Gründen inhaftierten Studenten in der Sowjetischen Besatzungszone, Aufforderung zur Hilfe. 6 Artikel befassen sich mit sozialen Problemen der Studenten. Rest Bücherrezensionen, Nachrufe auf verstorbene Professoren, Rezension einer Aufführung des Studententheaters. Der Ton ist devot, bedacht, den universitären Vorgesetzten gut aufzufallen, innerlich geschwängert: „Im studentischen Forum haben wir eine Gelegenheit, dem Rektor zu beweisen, daß auch wir Studenten in der Gesamtheit – und nicht nur die gewählten Vertreter der Studentenschaft – bereit sind, uns um unsere eigenen Belange zu kümmern. Wenn wir unsere Wünsche nicht äußern, unsere Forderungen nicht laut werden lassen, wenn wir selber nichts für die Universität und für uns tun, mit welchem Recht können wir dann von anderen erwarten, daß sie etwas für uns tun?“

„Ein Weg zur Dichtung – Arbeitsgemeinschaft Sprachgestaltung. Vor 10 Semestern, im Sommer 1946, schloß sich ein Kreis von Studierenden zusammen, der in seine Mitte das überkommene Gut vergangener und zeitgenössischer Dichtung setzte. Ein Kreis, der einen Weg suchte zur Dichtung, der diese erschloß und weitergab in den Nöten der Zeit. Sie kamen zusammen und sprachen Gedichte, rangen um den Geist der Dichtung, um die Persönlichkeit eines Dichters und das alles im tätigen Miteinander. Und die Gemeinsamkeit des Anliegens bildete Gemeinschaft.“

## AStA: „Nichts mit Parteipolitik“

„3. Jahrgang, Heft 10, Dezember 1953, Diskus Nachrichtenblatt der Vereinigung von Freunden und Förderern der JWGU-Universität“.

Wenn es ohne Bezug zu politischer Praxis bleibt, kann man in einer Studentenzeitung auch politisieren: der Bereich hat sich ausgeweitet, man beginnt, sich vom Krieg zu erholen. Bonner Parlament und SBZ sind die Themen. „Soziales“ ist zurückgegangen. Ausweitung des Feuilletons: „Weihnachtliches im Volksbrauch“. Praxisferne ist Pflicht: aus der Erklärung des AStA - Vorsitzenden (Christlich - demokratische Hochschulgruppe): „Alle Kommilitonen, die schon einmal in der stud. Selbstverwaltung gearbeitet haben, werden wissen, daß es sich dabei nicht um Fragen der sogenannten „großen Politik“ handelt, die wir gern den dafür zuständigen Gremien überlassen wollen. Die Fronten dürften bei uns wohl anders als üblich verteilt sein. Studentenparlament und AStA werden sich also um Fragen der Hochschulpolitik kümmern müssen, die nichts mit Parteipolitik zu tun hat. Sie werden die Interessen der Studenten bestmöglichst zu vertreten haben. Sie werden darüber zu wachen haben, daß den Studenten die wohlthuende akademische Freiheit erhalten bleibt, die ja gerade mit dem Namen und der Tradition unserer freiheitlichen Frankfurter Universität verbunden ist. Auch wir Studenten sollten dazu beitragen, diese Tradition weiterzutragen. Dabei sollte man auch Toleranz walten lassen gegenüber Formen studentischen Gemeinschaftslebens (wohl Korporierte, Verf.) soweit dies mit einer sozialen Grundeinstellung zu vereinbaren ist. Es wäre vielleicht wichtig, daß alle am Gemeinschaftsleben interessierten Kreise viel häufiger als bisher miteinander in ein furchtbares Gespräch kommen, bevor irgendwelche Entscheidungen getroffen werden. Ich habe immer das Gefühl, daß wir heute die alte Kunst des Gesprächs weitgehend verlernt haben, eine für den Akademiker besonders bedauerliche Tatsache.“

## „Phantom Einheitslehrer“

7. Jahrgang, Heft 10, Dezember 1957

Ein Fortschritt: die Hochschule kommt in den Blick, in Reaktion auf den Plan des Kultusministers, die Ausbildung der Volksschullehrer zu vereinheitlichen und zu akademisieren, Verteidigung des Plans, Kritik an den „Abstandstheoretikern“ des Philologenverbandes. Mitarbeiter: Sebastian Herkommer, Herbert Heckmann, Joachim Fest, Alfred Schmidt.

## „Unruhe erste Bürgerpflicht“

8. Jahrgang, Heft 5, Juni 1958

Die zweite Politisierungswelle erreicht die Universitäten. Zumindest für die offizielle Vertretung der Studentenschaft und für ihre Zeitung gilt, daß man nicht aktiv Politik treibt, sondern reagiert: auf die Frage nach der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Reaktion aber auch dann nur als Diskussion und Anhörung von Bundestagsabgeordneten und als braves Nebeneinanderstellen der politischen Positionen (Prof. Dr. Franz Böhm, CDU: „Provokierte Atompanik“ und Dr. Jürgen Habermas: „Unruhe erste Bürgerpflicht“). Immerhin finden an 14 deutschen Universitäten Protestdemonstrationen („Schweigemärsche“) gegen die Atombewaffnung statt. In Frankfurt treffen „sich die Vertreter der inzwischen an 18

Universitäten gebildeten studentischen Aktionsausschüsse gegen Atomtod, um über weitere Schritte zu beraten. Es wurde beschlossen, in einer gemeinsamen Erklärung an die gesamte westdeutsche Studentenschaft und die Professoren zu appellieren und einen studentischen Kongreß gegen die Atomaufrüstung einzuberufen“. Überhaupt hat sich der Blick geschärft: wir finden Nachrichten über Studentendemonstrationen in der DDR, gegen Rassendiskriminierung in den USA. Auch in den folgenden Jahren aber bleibt der Grundtenor: „Der Diskus ist im Grunde das geblieben, was er sich am Beginn zum Ziel gesetzt hatte, eine unabhängige, allen ernst zu nehmenden Strömungen gegenüber innerhalb der Studentenschaft aufgeschlossene Zeitung.“ (Sonder-Nr. Heft 4, 10. Jg., Mai 1960). Die 5%, die auf dem Römer gegen den Atomtod protestierten, finden keine praktische Ausweitung. Daß die Sorbonne eine bedeutende Rolle beim Kampf zur Entkolonialisierung Algeriens spielt, wird vermerkt. In Deutschland selbst gibt es nichts Kritikwürdiges, nicht einmal braune Professoren. (Mitarbeiter: K. M. Michel, H. P. Piwitt, Klaus Scheunemann, Wolfgang Zapf).

## Barzel contra Diskus

10. Jahrgang, Heft 8, Oktober 1960

Die Wellen der Atomtodbewegung sind abgeebbt. Das Feuilleton nimmt ein Drittel des Diskus ein, von nun an bis zur Notstandsresignation. Hochschulpolitik gibt es nur als die Äußerung der Kompetenzen, der Kultusminister. Soziale und psychische Probleme der Studenten existieren nicht. Der Diskus klagt gegen Rainer Barzel (CDU-MdB) u. a., die den Diskus „prokommunistischer Tendenzen“ beschuldigen. Zu seiner Verteidigung erwähnt der Diskus: „Seinen Lesern ist er (d. D.) als eine Zeitschrift bekannt, die sich bemüht, ein Forum der Diskussion für Studenten der verschiedensten politischen Überzeugungen zu sein. Weiter ist es kein Geheimnis, daß der Diskus sich seit Jahren der wohlwollenden Unterstützung der Hessischen Landesregierung und zahlreicher Frankfurter Firmen erfreut... Diskus, im Grundsätzlichen positiv zur Politik der Bundesregierung“.

## Für Eingeweihte

Heft 1, 17. Jahrgang, Januar 1967

Die Große Koalition und die Hochschulgesetzgebung reaktivieren. Die Stimmung wird oppositionell. Ansatzpunkte politischer Praxis sind die FU Berlin, wo die vom SHB propagierte Arbeit in universitären Gremien und die vom SDS betriebene Information über Probleme der Dritten Welt politisierend wirken. Die amerikanische Studentenbewegung, die ihre Breitensolidarität am Problem der Öffentlichkeit an der Uni gewann, ist „stilbildend“. (Zur Hochschulpolitik 6 Artikel, zur Bildungspolitik 2, zur dt. Politik generell 2, 2 Vorlesungsrezensionen – wäre wieder zum Leben zu erwecken.)

Bemerkenswert, und das gilt auch für die Folge nun intensiver Thematisierung des politischen Bereichs: niemand unterzieht sich der Mühe, zentrale Begriffe politischer Analysen noch selbst zu vergegenständlichen. Man ist „in“ oder man ist nicht „in“. In einigen Zeilen, wohl zufällig hereingerutscht, ist einiges der Misere der APO vorweggenommen: „Die Schwäche dieser Opposition ist, abgesehen vom organisatorischen Mangel...“, darin zu sehen, daß sie häufig mehr sentimental als rational argu-

mentiert, daß sie mit Jargon analysiert und sich daran berauscht, ohne auch nur etwa einmal eine von Marx her kommende Analyse speziell und spezifisch zu leisten. Vorschein wird von Revolution geredet, werden ‚rote Garden‘ demokratisch beglückwünscht oder aber man ist in ästhetischer Selbstbespiegelung, mit ‚negativer Dialektik‘ orakelnd, zufrieden.“ (W. D. Narr, Modern an der Staatskrippe, Nr. 2, Februar 1967.)

## Organisation des Widerstandes?

Juni 1967, 2 Extrablätter zum Mord an Benno Ohnesorg, Folgezeit

Der Mord an Benno Ohnesorg hat mobilisiert. Aber die Zeitung ist nicht klüger als der große Teil der Bewegung. In den Ausgaben von Herbst 1967 und Frühjahr, Sommer 1968 finden wir keine Untersuchung von Organisationsfragen, es sei denn solche, wie die nächste Senghor-Demonstration wirkungsvoller, koordinierter über die Szene gehen könne. Die Mehrheitsfraktion im Diskus – hier gut antiautoritär allerwege – braucht sich nicht um die auch sonst nicht analysierten Grundlagenprobleme zu kümmern (Der Ursprung der Revolution aus dem Geiste des Feuilletons). Die einzigen Artikel dazu sind eine verstümmelte Rezension eines Abendroth-Buches, eine Rezension von Gorz, eine kurze Kritik an Agnoli von Claus Offe, hilflos vereinzelt in der geistigen Landschaft des Diskus, ohne Echo in Zeitung und Bewegung, ein Artikel über die „Rationalität der Notstandsgesetzgebung“ und ein Artikel über den „Sinn der Repräsentations-Ideologie“ (in 8 Ausgaben mit insgesamt 150 Seiten).

Fortsetzung auch in Zukunft verdienen die Sonderausgabe zur Wissenschaftskritik der Germanistik und die Extrablätter zum Attentat auf Rudi Dutschke und zur NS-Gesetzgebung („Arbeiter-, Schüler- und Studentenzeitung“). Sie sollten die Isolierung der Studentenbewegung mittels besserer Information der Öffentlichkeit, besonders von Schülern und Arbeitern durchbrechen und wurden zu Zigtausenden damals in ganz Deutschland vertrieben, besonders auch vor Frankfurter Fabrikatoren.

## Illusionäre Mobilisierungspolitik

Große Berichte über den Kampf der internationalen Studentenbewegung 1968 markieren den Höhepunkt inneruniversitärer Agitorik des Diskus. Der politisch kurzfristig intendierte Aktionismus leidet die redaktionelle Arbeit. Die Abdichtung gegen Kritik an der politischen Praxis des SDS, politische Praxis als Selbstwert, und das gilt auch für den Diskus als Spiegel der Mehrheit der Studentenbewegung – zeigt sich exemplarisch an einigen Sätzen aus Reimut Reiches Artikel „Hat der autoritäre Staat eine Massenbasis?": „Wenn die antiautoritäre Bewegung und die außerparlamentarische Opposition mit der gleichen Geschwindigkeit ihre Basis verbreitern, wie dies allein im letzten Jahr geschehen ist – und es gibt für die nächsten Jahre keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen –, dann werden an einem jederzeit erreichbaren Punkt der Auseinandersetzung die Repräsentanten des autoritären Staates, erstmals seit dem Ende des manifesten Faschismus, zwingend vor die Frage gestellt werden: sollen sie wieder zu klassisch faschistischen Mitteln der Disziplinierung von Bevölkerungsgruppen zurückkehren... Dann könnte es allerdings sein, daß der autoritäre Staat wieder zu Internierungslagern, Zwangsverpflichtungen, Arbeits-

lagern, Ausgangssperren zurückkehren würde, vielleicht sogar in einer so geschickten Weise, daß die große Mehrheit der Bevölkerung selbst dann noch passiv bleibt, wenn auch die einzelnen noch ängstlicher geworden sein werden... Sicher ist..., daß es nicht im Bereich unserer politischen Möglichkeiten liegt, dieses sozialpsychologisch vorhandene faschistische Potential vor seinem kollektiven Aufbrechen etwa dadurch zu bewahren, daß wir selbst zu den sog. nicht-radikalen und zu den sog. gewaltlosen Methoden und Aktionen zurückkehren. Der Weg, den wir bis jetzt erfolgreich eingeschlagen haben, beinhaltet in sich die Gefahr eines von oben einberufenen faschistischen Konter-Engagements gegen uns. Aber es gibt keine Alternative zu diesem Weg, als die Rückkehr zu individueller Resignation und kollektiver Friedhofsruhe. Und auf diesem Friedhof würde man uns über kurz oder lang selbst die Trauer noch verwehren." (Nr. 4, Mai 1968.)

### **Buhmann Reformismus**

Die Ausgaben nach dem Scheitern der Notstands-Opposition sind gekennzeichnet durch die Angst vor der Kritik an der oben zitierten Vergeblichkeitsästhetik, daß diese Kritik politische Bedeutung gewinnen könnte: Feind Nr. 1 ist der Reformismus. Dazu Klaus Meschkat: „Die studentische Oppositionsbewegung isoliert sich indes gewiß nicht, wenn sie zeitweise kein offenes Ohr bei den Spitzen des Gewerkschaftsapparates findet, wenn sie im Gegensatz zu Jürgen Habermas ihre Gedanken in den Organen der liberalen Presse nicht verbreiten kann. Sie isoliert sich allerdings, wenn sie durch theoretisches Unvermögen und taktische Ungeschicklichkeit die Unterstützung derer verliert, auf die sie heute schon in Konfliktsituationen zuverlässiger zählen kann als auf Brenner und Augstein: die Mehrzahl der politisch aktiven Studenten, beträchtliche Teile der jungen Arbeiter, Oberschüler, der Intelligenz.“ ... „Ist es da wirklich ‚löcherliche Potenzphantasie‘, davon zu sprechen, daß die Studentenopposition reale Machtpositionen erobern kann? Gewiß ist ihre Basis noch wenig stabil. Gesetzt aber den Fall, daß die Opposition tatsächlich dahin gelangt, die Schließung der meisten Hoch- und Fachschulen erzwingen zu können, falls die Gegenseite bestimmte Forderungen nicht erfüllt oder erreichte Fortschritte rückgängig machen will – wäre dies keine reale Waffe im Kampf?“ (Nr. 6, Oktober 1968.)

Gewinn dieser Zeit ist die intensive Berichterstattung über Fachschaftsangelegenheiten und über psychische Probleme der Studenten, freilich überlastet mit unnötiger fremdsprachlicher Begrifflichkeit. Daß man mit der destruktiven Weisheit, mit der permanenten Mobilisierung, mit der durch Reformismuskritik erzwungenen Horizontlosigkeit politischer Praxis, mit der esoterischen Stilistik am Ende ist, gesteht die Parole vom Dezember 1968 ein:

### **Zerschlagt den Diskus**

In dem Leitartikel der bis auf weiteres dann letzten Ausgabe Januar-Februar 1969 wird die „Notwendigkeit einer historischen Analyse der Frankfurter Studentenrevolte“ betont. So aphoristisch dieser Versuch, so wenig kommt er an ein Ende. „Fortsetzung folgt“ wird versprochen aber nicht gehalten. Thematisch liegt hier der Ansatz für eine Kontinuität im Diskus.

Veit Feger

## **Zur Situation am politischen Seminar**

Am politischen Seminar besteht seit dem vorletzten Semester ein halbparitätischer Institutsrat. Die weitgehenden Rechte dieses IR wurden allerdings bislang nie völlig ausgeschöpft, da die Tätigkeit der studentischen Vertreter meist mehr in „revolutionären“ Phrasen als in konsequenter politischer Arbeit bestand.

Im Verlaufe mehrerer Vollversammlungen zu Beginn des SS wurde nun der Versuch unternommen, endlich einen arbeitsfähigen IR zu schaffen. In welchem Maße die „Arbeit“ des Institutsrates (wie wohl auch der vorhandenen politischen Gruppen) die Studenten entpolitisiert hatte, zeigte sich auf diesen Vollversammlungen, als es kaum möglich war, die wenigen versammelten Studenten über einige Tagesordnungspunkte hinweg im Saal zu halten. Erschwert wurde die Wahl noch zusätzlich durch das Taktieren einer Gruppe von Assistenten und ihrer studentischen Anhänger, die versuchten, eine besondere Art von „Realpolitik“ den Studenten zu empfehlen.

Mitte dieses Semesters gelang es schließlich, einen Institutsrat aus Mitgliedern der Basisgruppe Politologie und des SPARTAKUS zu bilden. Im Verlauf der ersten Wochen der Arbeit des neuen IR stellten sich folgende Schwierigkeiten für die Arbeit der studentischen Mitglieder heraus:

1. Aufgrund der Zusammensetzung der studentischen Fraktionen trägt jeder Schritt einen gewissen Kompromißcharakter, da einige Meinungsverschiedenheiten zwischen Basisgruppe und SPARTAKUS hinsichtlich der Funktion und den Möglichkeiten der Arbeit in diesem Gremium bestehen.

2. Mehr oder weniger technische Schwierigkeiten, die sich aus dem Umstand ergeben, daß die Wahl der studentischen Mitglieder erst Mitte des Semesters erfolgte, daß der neue IR nicht an die Arbeit vorausgegangener IRäte anknüpfen kann. Weiterhin hat die Fraktion der Professoren und Assistenten eine besondere Technik des Umgehens der studentischen Mitglieder bei Entscheidungen entwickelt. Dies war möglich, weil die studentischen Vertreter in früheren Semestern derartige Praktiken nicht von Anfang an unterbunden haben.

Kurt Bayer

## **Die Fachbereichszuordnung der Ethnologie**

An der Universität erfolgt eine Neugliederung der wissenschaftlichen Fachbereiche. Hiermit ergibt sich erstmals die Möglichkeit, die interdisziplinäre Zusammenarbeit auf eine verbindlichere Grundlage zu stellen. Die Freizügigkeit, die vorher in der Phil. Fakultät in der Zusammenarbeit der Disziplinen herrschte, muß jetzt wissenschaftstheoretisch begründet werden.

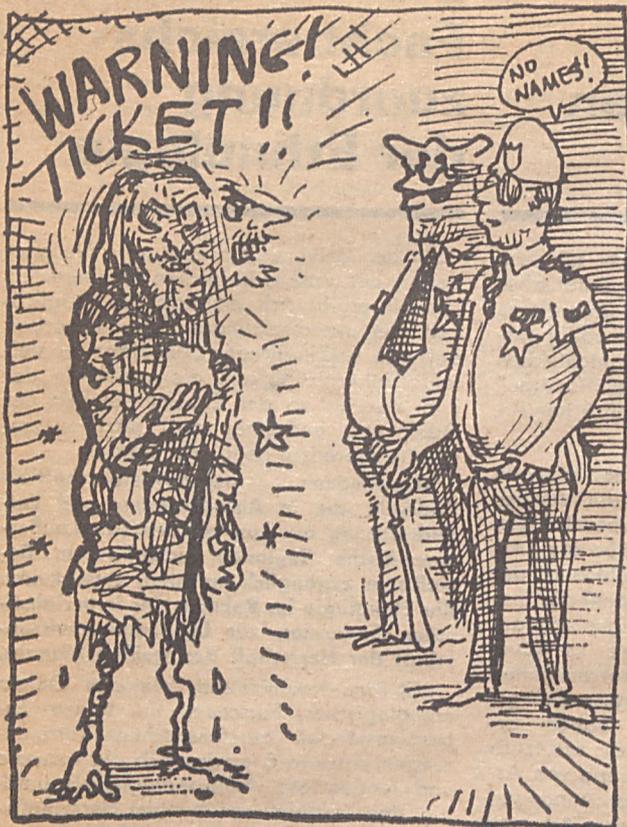
**Verschiedene pseudowissenschaftlich Radikale, die in Abenteuerlust und Entdeckerdrang aus Lust am Exotischen außer-europäische Regionen europäischem Bewußtsein zugänglich machten, entwickelten die Ethnologie im Rahmen der imperialistischen Expansion zur Legitimationswissenschaft der Herrschaft des weißen Mannes.**

Mit der Kolonisation, die das Objekt ethnologischer Forschung in seinen Lebensumständen zerstörerischen Veränderungen unterwarf, erwies sich die museale und tendenziöse Anthropologie als unfähig, den Kolonialverwaltungen Herrschaftstechniken in die Hand zu geben. Im angelsächsischen und französischen Bereich ging man dazu über, für die neuen Anforderungen brauchbare methodische Ansätze den Sozialwissenschaften zu entnehmen. An Deutschland ging diese Entwicklung fast spurlos vorüber; die wenigen unerfreulichen Ausnahmen in Berlin, Mainz und später Heidelberg sind für die von uns ins Auge gefaßte Verbindung von Ethnologie und Soziologie nicht repräsentativ.

Die Weigerung etablierter Ethnologen verschiedener deutscher Stühle, sich den kritischen Bedingungen, die die Sozialwissenschaften in Methode und Theorie entwickelt haben, auszusetzen, ist Reflex ihrer uneingestandenen Theorielosigkeit. Ihre Begründungszusammenhänge verweisen mehr und mehr auf einen fatalen Hang zur Archäologie als Ausdruck ihrer gesprengten Objektbeziehungen.

Die umgekehrte Rezeption der ethnologischen wie ethnographischen Forschung durch die Sozialwissenschaften, notwendige Grundlage der eigenen Theoriebildung, zeichnet sich bis jetzt durch institutionalisiertes Hinterherhinken aus. All den kritischen Prämissen zum Trotz erfolgt die Wiedergabe ethnologischer und ethnographischer Tatbestände fehlerhaft und unreflektiert; ihr Diskussionszusammenhang ist anachronistisch und über die letzten Erkenntnisse des Funktionalismus vor 40 Jahren noch nicht hinausgegangen. Die historische Entwicklung, die Ausdehnung der Zirkulationssphäre, hat die distinkten Abgrenzungen der beiden wissenschaftlichen Disziplinen aufgehoben. Hier den längst fälligen Diskussionszusammenhang herzustellen, halten wir im Interesse beider Wissenschaften für unabdingbar.

**Deshalb fordern wir die Zusammenlegung von Ethnologie und Soziologie in der philosophischen Fakultät in einen gemeinsamen Fachbereich.**  
N. N.



# Die augenblickliche politische Lage am germanistischen Seminar

Zum besseren Verständnis der jetzigen Situation am Deutschen Seminar ist ein kurzer Rückblick auf die Zeiten der Basisgruppe nötig.

## Was kennzeichnet die Basisgruppenarbeit?

Zunächst einmal war die Basisgruppe wohl ein mehr oder weniger bunt zusammengewürfelter Haufen von linken Studenten, die ein vages Unbehagen an der bürgerlichen Germanistik verspürten, und so begannen, Kritik an der Ideologie der Literaturpäpste wie Staiger, Martini, Kayser usw. zu üben. Dies führte in der Folge zu Forderungen wie: „Schafft die Germanistik ab!“

Die praktische Realisierung dieser Forderung war die Konfliktstrategie, d. h. das Klarmachen des Charakters der Institution „Bürgerliche Germanistik“ an ihren Vertretern. Beispiel hierfür war die Aktion gegen Professor Stern, mit der zum erstenmal eine breitere Solidarisierung (Studenten + Assistenten) erzielt werden konnte.

Die Basisgruppe war es auch, die zuerst die Tatsache öffentlich diskutierte, daß 85 % aller Germanistik-Studenten als Lehrer an Oberschulen gehen, an der Hochschule aber gar nichts für die Lehrerbildung getan wird, daß für die Studenten, die zudem mit hohen Erwartungen ihr Studium beginnen, der Schuldienst ein böses Erwachen ist. Es galt, Möglichkeiten einer sich nicht kritiklos integrierenden, antikapitalistischen Berufspraxis zu entwickeln.

Nach hartnäckigen Auseinandersetzungen mit den Professoren gelang es, studentische Seminare in das Lehrprogramm aufzunehmen – Seminare, die während des Aktiven Streiks im WS 1968 gebildet worden waren („Schulgermanistik – Hochschulgermanistik“, „Trivalliteratur“, „Kritische Einführung in das Germanistik-Studium“). Der aktive Solidaritätsstreik mit den AfE-Studenten hatte zur Stabilität der Basisgruppe und zu verbindlicher Arbeit in den Streikseminaren geführt.

## Woran scheiterte die Basisgruppe?

Zum einen an ihrer avantgardistischen Haltung, die, verbunden mit In-group-Denken, nicht selten zu Überheblichkeit führte und bei der silent majority der Studenten Abwehr bewirkte; zum andern an

der Erkenntnis der antiautoritären Bewegung, daß die Revolution nicht sofort „gemacht“ werden kann und nicht von Intellektuellen „gemacht“ werden kann, daß der reaktionäre Apparat stärker und zäher ist, als erwartet, und daß die Studenten an der Hochschule zu isoliert sind, um eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft einleiten zu können – man entdeckte die Arbeiterklasse.

Mit der Diskussion um Rotzeg (Rotezelle Germanistik, Berlin) spaltete sich die Basisgruppe. Die weitere Entwicklung der Splittergruppen zu untersuchen lohnt sich nicht. Tatsache ist, daß der größte Teil die Universität verlassen hat und in Betriebsgruppen arbeitet, wo die meisten ihren letzten Rest an politischem Bewußtsein verlieren.

Nach der Basisgruppe stellte die sogenannte „Initiativgruppe Germanistik“ die Fachschaft – damit wurde die Restauration am Deutschen Seminar eingeleitet. Das politische Couleur dieser Gruppe reicht vom Karrieristen bis zum Reformapologeten. Alles in allem ließ sich die Gruppe, die mit dem Anspruch auftrat, kritisch und konstruktiv arbeiten zu wollen, von der alten Ordinarientaktik, der Gremienmauschlei, einwickeln. Das Ergebnis war dementsprechend: Die Vollversammlungen degenerierten zur bloßen Farce und fanden schließlich überhaupt nicht mehr statt; Konflikte mit den Ordinarien wurden in klassischer Kabinettsmanier gelöst, mit der Begründung, man wolle nicht, wie die Basisgruppe, Probleme „unnötig aufbauschen“; die Personalpolitik beschränkte sich auf die Besetzung des freigewordenen Bürger-Lehrstuhls, so daß unter der Hand Assistenten eingeschleust werden konnten, die zu Basisgruppen-Zeiten niemals akzeptiert worden wären. Kurz, die Fachschaft verabschiedete sich völlig und verlor jeden Kontakt zur Studentenschaft.

Schließlich präsentierte man den Studenten eine in oben geschilderter Manier ausgehandelte Satzung. Dazu ist zu sagen, daß die Satzungsdiskussion, d. h. genauer die Diskussion um einen Institutsrat, schon zur Zeit der Basisgruppe begonnen worden war und von der Initiativgruppe fortgeführt wurde. Das Ergebnis war eine Satzung bzw. ein Institutsrats-Modell, in dem alle strittigen Punkte abgewiegelt worden waren, die entscheidenden Fragen in Ausschüsse verlagert waren und die Seminarvollversammlung als ursprünglich höchstes legislatives Organ des Seminars nur mehr akklamatorischen Charakter hatte.

Folgendes politische Konzept verabschiedete die Vollversammlung Germanistik: „Die reaktionären hessischen Hochschulgesetze realisieren nicht im entferntesten studentische Mitbestimmung und Kontrolle, sondern bieten höchstens rein formale Mitverwaltung an. Deshalb müssen Möglichkeiten studentischen Widerstands entwickelt werden gegen

Unterrepräsentation der Studenten in allen entscheidenden Gremien

zentrale, unkontrollierbare Planung und Verwaltung in außeruniversitären Institutionen (z. B. Landeskuratorium, zentrale Registrierstelle)

Verlagerung von Forschung und Lehre auf nicht legitimierte Wirtschaftsinteressen.

Das heißt konkret, daß der Kampf um Positionen wie den Seminarrat, in dem noch halbwegs studentische Mitbestimmung rea-

lisiert werden kann, vorangetrieben werden muß, um eine sichere Ausgangsbasis zu haben. Dazu brauchen wir die informierte und organisierte Studentenschaft.

Wollen wir dies erreichen, dürfen wir nicht die Fehler der Basisgruppe wiederholen, die inhaltslose Konfliktstrategie einschlagen und scheinbar avantgardistisch vortreten, bis uns die Masse der Studenten nicht mehr sieht. Vielmehr müssen wir uns orientieren am erreichten Bewußtseinsstand der fortschrittlichen Studenten, nicht um uns opportunistisch an Bestehendes anzuliefern, sondern um auf dem erreichten Stand den Kampf zu organisieren.

Seminarpolitik ist zu sehen in ihrer inhaltlichen Abhängigkeit von hochschulpolitischen Aktivitäten, die außerhalb des Seminars initiiert und durchgeführt werden. Sie hat nicht die Aufgabe, die Verwaltung zu effektieren oder interne Konflikte zu kanalisieren, sondern dient der Konfrontation studentischer Interessen mit dem Apparat. Wir betrachten daher die Arbeit im Seminarrat unter dem Gesichtspunkt der auf die Studenten rückwirkenden Agitationsmöglichkeiten. Innerhalb dieser Arbeit wird es dann auch möglich sein, vorhandene reformistische Illusionen abzubauen.

Dazu ist ein Mindestmaß an organisatorischen Voraussetzungen notwendig: praktische Zusammenarbeit der Studenten mit den studentischen Vertretern im Seminarrat, in den Ausschüssen (Haushalt, Lehre – Forschung, Personalangelegenheiten), in Arbeitsgemeinschaften, die Sinn und Zweck kapitalistischer Bildungsplanung aufdecken, im jour fixe, als dem Ort, an dem von jedem verbindlich Seminarpolitik gemacht werden kann.“

Wichtigste Aufgabe des Studentenrats war und ist es nach wie vor, die desorientierte Studentenschaft zu reorganisieren und zur Mitarbeit im Seminarrat zu bringen. Der jour fixe als das wöchentlich tagende Forum des Studentenrats aller an der Seminarpolitik interessierten Studenten soll diese verbindliche Mitarbeit realisieren. Der jour fixe faßt Beschlüsse im Rahmen der Politik, die von der VV (Vollversammlung) bestimmt worden ist. Ist ein Konsens nicht möglich, so muß die Sache der Vollversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Vollversammlung bleibt oberstes beschlußfassendes Organ der Studenten. Sie ist für die studentischen Vertreter in den verschiedenen Gremien mandatgebend.

Die Grundlage der Politik des Studentenrates ist das von der VV gebilligte politische Konzept (s. o.). Die einzelnen Gruppen des Rates haben grundsätzlich nur soweit Autonomie für ad-hoc-Entscheidungen, als dieses Programm nicht verletzt wird.

Angelika Schütte

# Die Struktur des Instituts für Theoretische Physik

Die Struktur des Instituts für Theoretische Physik wird bestimmt durch eine Institutsatzung, die, ähnlich wie eine Verfassung, die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder gegeneinander abgrenzt. Der in der Satzung sich manifestierende Kompromiß verschiedener Interessen verschiedener Gruppen spiegelt die bestehenden Machtverhältnisse wider. Da die Satzung von den Institutsdirektoren erlassen wurde, kann es niemand überraschen, daß sie die absolute Ordinarienherrschaft manifestiert.

Das einzige Organ des Instituts, in dem den Mitarbeitern überhaupt irgendwelche Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden, ist das erweiterte wissenschaftliche Kollegium („Institutsrat“). In ihm sitzen Ordinarien, die Habilitierten und je ein Vertreter der zu jedem Lehrstuhl gehörigen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Laut Satzung soll es über alle gemeinsame Forschung und Lehre betreffenden Probleme diskutieren und entscheiden. Dazu könnten gehören: Themen und Inhalte der Vorlesungen sowie dazugehöriger Theoretika und Arbeitsgruppen, allgemeinere Fragen nach Inhalt und Form naturwissenschaftlicher Ausbildung, Konzeption der Forschung („Forschungsstrategie“), Stellenplanung und -vergabe, Finanzierungsfragen.

Nach den Aussagen aller jemals delegierten Institutsvertreter und auch einzelner Ordinarien hat dieses Gremium bisher nie über wirklich entscheidende, das Institut betreffende Fragen diskutiert geschweige denn entschieden. Die Ordinarien legen seine Kompetenzen sehr restriktiv aus und wollen dort lediglich Vorlesungen verteilen. Stimmenmehrheiten und Vetorechte der Ordinarien und Dozenten und die materielle Abhängigkeit der Institutsvertreter machen es unwahrscheinlich, daß dort je Beschlüsse gefaßt werden, die den Ordinariateninteressen zuwiderlaufen. Die formale Beteiligung nichthabilitierter Vertreter soll dem Institut den in der Öffentlichkeit notwendigen Heiligenschein sichern.

Es bleibt abzuwarten, ob der in der Sitzung am 21. Mai von den Nichthabilitiertenvertretern mit der Drohung des Auszugs gegen die Ordinarien durchgesetzte Beschluß, künftig institutsöffentlich zu tagen, ein erster Ansatzpunkt einer Neubestimmung der Institutsarbeit wird. Jedenfalls hat es in diesem Gremium zuvor wohl noch nie eine Abstimmung gegeben. Das heißt aber doch nichts anderes, als daß bestehende Interessengegensätze zwischen den verschiedenen im Institut arbeitenden Gruppen dort nicht ausgetragen, ja nicht einmal artikuliert wurden. Diese Friedhofsruhe erklärt sich aus der Verfügungsgewalt der Ordinarien über die materielle Existenz ihrer Mitarbeiter und die rücksichtslose Ausübung ihrer Macht.

Die Ordinarien betreiben demnach eine Konfliktvermeidungsstrategie aus der Position ihrer totalen Macht heraus, in deren Rahmen das für alle gemeinsamen Lehre und Forschung betreffenden Probleme zuständige Gremium zur Stundenplankommission für die Vorlesungen des Instituts degeneriert, Forschungsfragen mit ausgewählten Mitarbeitern diskutiert, jedoch im Alleingang entschieden werden; Fragen des Institutshaushalts schließlich, wie Geldanforderungen und Stellenvergabe, prinzipiell nur hinter verschlossenen Türen ausgemauert werden, da sie institutspolitisch am wichtigsten sind.

Wie haben die Ordinarien die Assistenten die Diplomanden „ihres“ Instituts organisiert? Es ist klar, daß eine soziale Struktur mit an der Spitze konzentrierten Entscheidungsbefugnissen bei fehlender Legitimation durch den Unterbau nur dann stabil sein kann, wenn der Unterbau hierarchisch strukturiert wird. Jede Hierarchie beinhaltet irrationale Strukturen, die notwendig sind, um die ihr unterworfenen Individuen anzupassen und durch Erzeugung von Partikularinteressen das Entstehen einer Gruppensolidarität zu verhindern. Die Hierarchie der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für Theoretische Physik wird durch die nach irrationalen Gesichtspunkten verteilten Aufgaben bzw. Verantwortlichkeiten im Lehr- und Forschungsprozeß gewährleistet sowie vor allem durch Willkür und Konkurrenz hinsichtlich der materiellen Stellung. Es ist möglich, daß für gleiche Arbeit in der Lehre verschiedene Gehälter gezahlt werden, daß für verschiedene Arbeit gleiche Gehälter gezahlt werden. Mit zur Durchführung von Forschungsaufgaben bestimmten Geldern werden Lehraufträge finanziert; der Erhalt von Forschungsgeldern aus dritter Hand wird mit dem Zwang zur Lehrtätigkeit gekoppelt; zur Durchführung von Lehre bestimmte Gelder werden für andere Aufgaben, z. B. Computerbedienung, benutzt.

## Funktion der Stellenpolitik im Institut

Um die auf die Bedürfnisse der Ordinarien zugeschnittene hierarchische Struktur abzusichern, sind gewisse Instrumente nötig. Allzu offener Zwang könnte sich als Bumerang erweisen, da nicht auszuschließen ist, daß er zu Einsichten und schließlich zum Handeln gegen die Herrschaftsträger führt.

Die angewendeten Methoden zeigen ein Grundmuster: Konkurrenzverhalten wird gefördert, solidarisches Verhalten bestraft. Dies geschieht z. B. dadurch, daß die Ordinarien diejenigen selektieren, die in der Hierarchie weiter aufsteigen dürfen. Die Berufschancen derer, die ausgeschieden werden, können sie durch entsprechende Beurteilungen entsprechend beeinflussen. Diejenigen, die am besten die Ordinarien unterstützen und sich überall unterwürfig einpassen, können Gratifikationen beispielsweise in Form von finanziellen Aufstockungen ihrer Stellen erhalten. Hier stehen die Institutsmitglieder in Konkurrenz zueinander. Solidarisches Handeln, das sich um Emanzipation und Wahrnehmung der Verantwortung von Wissenschaftlern gegenüber der Gesellschaft, also insbesondere der lohnabhängig Arbeitenden, bemüht, wird z. B. durch rechtzeitige Stellen-erhöhung zu verhindern versucht; falls das nichts hilft, werden besonders mißliebige Individuen diffamiert, eingeschüchtert und gegebenenfalls als wissenschaftlich unqualifiziert ausgeschieden. Letzteres ist möglich, weil die Ordinarien qua Amt das Monopol über die Standards besitzen, an denen wissenschaftliche Leistungen zu messen sind. Sie können Begriffe wie „Welt-niveau“ als Waffe im Kampf gegen Mißliebige einsetzen. Wer die Frage nach den Kriterien wissenschaftlicher Arbeit in Studium und Forschung stellt und durch die Forderung nach Diskussion darüber als Störenfried erscheint, der die Ordinarien und ihren Troß beim Höhenflug zum Welt-niveau behindert, erscheint selber als wissenschaftlich unqualifiziert. Im Rahmen der

Wissenschaftsorganisation entfällt gegenwärtig auf die Stellen Wissenschaftlicher Mitarbeiter ein Großteil der gesamten Lehrtätigkeiten. Durch die bestehenden Strukturen wird jedoch nur „wissenschaftliche Tätigkeit“, also Produktion einer möglichst großen Quantität und Qualität wissenschaftlicher Arbeiten, honoriert. Infolgedessen ist für die Institutsmitglieder vom Diplomanden bis zum Habilitierten die Lehre ein Hemmschuh bei der Verfolgung eines durch Forschungsoutput zu verwirklichenden Karriereinteresses. Da die Lehrtätigkeit jedoch zur Nachwuchsrekrutierung notwendig ist, werden diese Gruppen durch ihre finanzielle Abhängigkeit zur Übernahme solcher Aufgaben gezwungen.

Dementsprechend wird die Lehre häufig mit der linken Hand betrieben. Zudem werden die für Lehrveranstaltungen gewählten Formen und Inhalte nicht einmal ansatzweise selber wissenschaftlich bestimmt. Die etwa für Theoretika angestellten Überlegungen der Ordinarien orientieren sich, wie an der Notenfrage deutlich wird, mehr an ihren Kontrollbedürfnissen als an den Ausbildungsinteressen der Studenten. Die als Straffung des Studiums angepriesene verschärfte Gängelung der Studenten soll den Anpassungsdruck erhöhen und eine frühzeitige Auswahl der am besten Angepaßten ermöglichen. Diese werden durch Stipendien und neuerdings durch Vergabe von Tutorenprogrammen in ihrer weiteren Anpassung gefördert, andererseits können sie sich frei von materieller Not besser als durchschnittliche Studenten dem Erwerb der geforderten „Qualifikationen“ widmen, was sie im übrigen aus Angst vor Verlust ihrer Privilegien auch tun müssen.

Diese Institutstruktur besteht nicht zufällig weiter: Sie erfüllt in einer kapitalistischen Gesellschaft wichtige Funktionen. Sie produziert Menschen, deren Rationalität spätestens an den Grenzen der Fachwissenschaft endet, deren Anpassungsbereitschaft und Fachborniertheit sie bestens zur effektiven Erledigung fremdbestimmter Aufgaben geeignet macht, die jedoch nicht nach den in der Setzung wissenschaftlicher Prioritäten qua Forschungsfinanzierung eingehenden Interessen fragen. Diese Institutstruktur produziert Menschen, die ihre gesellschaftliche Lage und Funktion nicht erkennen, ihre Arbeit daher nicht als gesellschaftliche Arbeit auffassen. Exemplarisch dafür sind die Ordinarien selber, die wie hypnotisiert auf das Goldene Kalb Forschung starren: Forschung um der Forschung willen; Forschung = Fortschritt?? Indem die Ordinarien die Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter für ihr narzißtisches Interesse nach Forschungsrenomee rücksichtslos ausbeuten, erziehen sie sie zu willigen Befehlsempfängern. Nur mit solchen Menschen kann ein kapitalistisches System weiterbestehen, denn nur sie sind bereit, widerstandslos entfremdete Arbeit zu leisten und sich in Hierarchien einbauen zu lassen.

### **Die Stellenpolitik der Ordinarien am Beispiel der aus dem Nachtragshaushalt gewährten Mittel**

Am 1. 12. 1969 beantragte Prof. Greiner im Namen der Ordinarien und Dozenten des Instituts 10 Tutorstellen und eine Stelle für einen Wissenschaftlichen Rat aus Mit-

teln des Nachtragshaushalts 1970. Anfang dieses Jahres wurden 72 000 DM für 10 Tutorstellen für die Zeit vom 1. 5. bis 31. 12. 1970 bewilligt. Zur Zeit der Antragstellung war jedes Institutsmitglied, das auf irgendeine Weise Geld über das Institut erhielt, in der Lehre beschäftigt, z.T. mit Theoretika o.ä. Eine Ausnahme bildeten nur die vier zur Betreuung eines Professors eingesetzten HiWis. Im ganzen standen zur Bezahlung Mittel für 11 Assistenten- und 25 HiWi-Stellen des Landes Hessen und etwa 9 Stellen der DFG zur Verfügung. Zur besseren Gliederung der Hierarchie und zur Stärkung der Abhängigkeitsverhältnisse waren die Hi-Wi-Stellen aufgeteilt und von den Ordinarien auf mehr als 25 Personen nach nicht angebbaren Kriterien verteilt.

Mit dem Nachtragshaushalt stellte die Regierung den Universitäten aus wahltaktischen Gründen heraus Mittel zur Verfügung, die es diesen ermöglichen sollte, durch Einstellen von Tutoren und andere Maßnahmen Engpässe in der Ausbildung von Studenten zu beseitigen und so den Numerus Clausus abzubauen. Ein Antrag, der aus diesem Fonds Mittel anforderte, muß also notwendig von einer hohen Anzahl Studenten ausgehen, die eine gestraffte technokratische Ausbildung durchlaufen. Als Tutoren sollten insbesondere Studenten höherer Semester, jedoch noch ohne Diplomarbeit, eingestellt werden, d.h. das Modell „Studenten lernen mit Studenten“ wurde von der Regierung propagiert. Damit dies aber nicht zu unerwünschten Effekten, wie z.B. einer Selbstorganisation der Studenten führt, muß der institutionelle Rahmen, in dem es angewandt wird, hierarchisch strukturiert sein. Der Antrag mußte also auf dieses Thema eingehen.

Mit genau der oben entwickelten Argumentation operiert Greiner. Er preist „das gestraffte und kondensierte Ausbildungsprogramm seines Instituts, das seit drei bis vier Jahren in Kraft ist und sich bisher gut bewährt hat“. Dann werden die Studentenzahlen nach oben gesetzt und das Lehrprogramm des Instituts aufgebauscht. Greiner behauptet, daß Quantentheorie II und Theorie der Wärme Pflichtvorlesungen seien, daß alle Kursvorlesungen regelmäßig gelesen werden. Auf Grund seiner Berechnungen werden 12 HiWis zur Betreuung der Lehrveranstaltungen gebraucht, die Studenten nach dem Vordiplom besuchen müssen. Dieses Semester sind jedoch nur 5 HiWis zur Betreuung dieser Vorlesungen eingeteilt. Sehr viel Platz nehmen in den Ausführungen die Einordnung der Tutoren in die Institutshierarchie ein: „Die Tutoren werden mit ihren Theoretikargruppen von eigens beauftragten wissenschaftlichen Assistenten überwacht und in ihre Arbeit eingewiesen. Die Oberaufsicht hat immer der Dozent, welcher die betreffende Vorlesung hält.“ Um seine Verfügungsgewalt über alle wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts zu dokumentieren, gibt Greiner ein Beispiel: „Im Interesse einer guten, zügigen Ausbildung habe ich bisher sogar alle meine wissenschaftlichen Mitarbeiter, die aus Mitteln Dritter bezahlt werden, für den Gruppenunterricht eingesetzt.“ Damit erfüllt „sein“ Institut alle Voraussetzungen zur Gewährung der Stellen.

Wie sieht Greiner die Auswirkungen der 10 zusätzlichen Stellen für das Ausbildungsprogramm? Es wäre möglich, die Teilnehmerzahl an den Theoretika endlich auf 10 zu begrenzen; er selbst führt aus: „Mehr als 10 Studenten pro Tutor sind in den

Theoretika für theoretische Physik nicht zu betreuen; es wäre sogar viel besser, wenn die Zahl auf 6 bis 8 reduziert werden könnte.“

Dies ist das große Ziel des Instituts, und Greiner beteuert: „Es werden dadurch keine Lehrkräfte frei für andere Zwecke.“ Welchen Kriterien sollen die Tutoren genügen? Sie sollen fähig sein, die Studenten zu führen, und zwar so, daß diese „unter Aufsicht einer wissenschaftlichen Hilfskraft Probleme lösen und dadurch und durch rege Diskussion mit den Assistenten an wissenschaftliches Denken gewöhnt werden.“

Aufsicht und Diskussion über Lehre – die Tutoren müßten in mancher Hinsicht schizophoren sein, wollten sie Greiners Ansprüche genügen. Es ist klar, daß nur bestimmte Personenkreise für diese Tutorenstellen in Frage kommen, jedoch auch, daß Lehre nur im bornierten Sinn vermittelt werden kann und soll. Wie wurden nun diese Gelder von den Ordinarien verteilt? Konsequenterweise wurde damit zuerst die Institutshierarchie ausgebaut: Gewisse Stellen wurden erhöht, im ganzen 5 neue Stellen in verschiedener Höhe für bisher nicht bezahlte Institutsmitglieder geschaffen. Insgesamt wurden damit von den monatlich zur Verfügung stehenden 9000 DM nur etwa 3000 DM ausgegeben. Andererseits wurden aber 3 bisher mit Lehraufgaben beschäftigte Assistenten zur Bedienung des Uni-Computers als Hilfsoperatoren abgestellt, um die Wartezeiten auf die Programme der Institutsmitglieder zu verkürzen. Es wurden dadurch und durch die Gewährung der Tutorenstellen also sehr wohl Lehrkräfte frei. Greiner kennt diesen Zusammenhang, denn er versucht ihn vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. In der Mitarbeiterversammlung, auf der die Aufgaben der Assistenten und HiWis für das laufende Semester verteilt wurden, gab er die Einteilung der 3 Assistenten zum Computerdienst bekannt. In dem öffentlich ausgehängten Funktionsplan fehlt diese Angabe allerdings.

Außerdem nutzte Greiner die zur Verfügung stehenden Gelder zur Einstellung studentischer Tutoren, um den Institutsnachwuchs zu rekrutieren. Es wurden 8 Studenten eingestellt, unter ihnen die bisher nicht bedachten Mitglieder der Greiner-Claque. Das ganze Verfahren der Einstellung spielte sich hinter den Kulissen ab. Assistenten und Studenten wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, ein bewährtes Mittel der Ordinarienpolitik. Die Vergabe von Tutorenstellen an ausgewählte Studenten ist das vorläufig letzte Glied einer Kette von Maßnahmen zur Bildung einer elitären Studentengruppe, die Greiners Machtposition entscheidend stärken soll. So hat Greiner diesen Studenten seit Studienbeginn durch ausgewählte Assistenten ein intensiv care program, d.h. intensive Physiknachhilfe zugute kommen lassen und so ihren Wissenschaftsvorsprung zu ihren Kommilitonen systematisch vergrößert. Weiterhin wurde ihnen nur jede mögliche Hilfe geboten und einigen von ihnen Stipendien zugeschustert. Die restlichen Mitglieder der Greiner-Claque wurden mit Tutorstellen bedacht. Hier wird erprobt, wie sich die theoretische Physik in Zukunft mit Nachwuchs eindecken wird. Gesucht und durch die oben beschriebenen Maßnahmen produziert werden Studenten, die zu späterem Zeitpunkt des Instituteintritts so angepaßt sind, daß von ihnen keinerlei Schwierigkeiten im Institut

# Variationen über Django



# Django - Idol für Revolutionäre

Wer heute in Frankfurter Kinos den Wilden Westen in italienischer Machart erleben will, kann dort oft ein Publikum vorfinden, das dem eines Teach-ins zu Zeiten der antiautoritären Hochschulrevolte oder einer SDS-Mitgliederversammlung samt ihrer Hauptakteure recht ähnlich sieht. Der extensive Konsum der Linken an diesen Filmen, die, sofern sie von den Regisseuren Leone oder Corbucci gedreht sind, in ihrer Art, subtile Brutalität mit dramaturgischem Geschick und einer sehr gut angepaßten Musik zu verkaufen, eine neue Filmkategorie darstellen, mag auch hierin seinen Grund haben. Die revolutionäre Vorliebe für die nackte Gewalt auf der Leinwand, deren Kalkuliertheit und Sadismus oft Ausmaße erreicht, daß auch sozialkritische und revolutionäre Motive zur Legitimation erhalten dürfen, läßt vielleicht die Vermutung aufkommen, daß hier in filmisch-halluzinatorischer Ersatzbefriedigung der stagnierte Klassenkampf weitergeführt wird. Wenn diese Hypothese auch zu weit greift, so mag trotzdem ein politischer Zusammenhang eine Rolle spielen.

Den revolutionären Bedürfnissen kommt die „Djangoserie“ nicht nur durch den Umstand entgegen, daß mexikanische Revolutionen ein sehr ergiebiges Filmobjekt abgeben, sondern auch insofern, als diese Filme häufig nach dem Schema verfahren, daß der Held, der am liebsten einsam aus der Wüste unter Begleitung schwerer Baßgitarrenklänge geritten kommt, den Kampf gegen feudalistische frühkapitalistische Ausbeuter aufnimmt, deren Gangs ganze Regionen terrorisieren. Diese stellen dann das erforderliche Material für die Schießkünste des Helden, die durch ein Maschinengewehr ergänzt werden können, wenn 1 oder 2 Revolver nicht schon ausreichen sollten.

Das macht aber erst die eine Hälfte eines „Django“ aus, der, will der Film gelingen, zudem über (Cleverness und) taktische Intelligenz verfügen muß, d. h., sich darauf zu verstehen hat, durch geschickte Informationspolitik seine Gegner zu manipulieren und langfristige Strategien zu entwerfen, um am Ende einer mit präziser Zweckrationalität durchgezogenen Strategie mit gutem Gewissen seine Dollars abkassieren zu können. Die Verkörperung und Übersetzung dieser diversen Fähigkeiten in ein entsprechend gelungenes Charakterbild mit ausgeprägten individuellen Zügen, ist der letzte Baustein, der die schauspielerische Leistung des Djangodarstellers erfordert. Hierauf beruht nun das so sehr beglückende Omnipotenzgefühl, das den Django-Interaktionen die mystische Selbstsicherheit gibt und durch deren Droh- und Einschüchterungsfunktion das taktische Repertoire erweitern. Nachdem der Djangotyp auf diese Weise in voller Größe aufgebaut ist, darf dann der erlösende Griff zum Schießisen erfolgen, der die dann uner-

träglich gewordene Spannung mit technischer Perfektion wegschießt. Die politisch erfolglosen und frustrierten Studenten können hier vielleicht ihre Ich-Stabilität wiedergewinnen.

Die klaren Verhältnisse und eindeutigen Gesetze der Wild-West-Interaktionen, in denen sich alle Probleme ziemlich bald auf die Überlebensfrage reduzieren, d. h. auf ein sinnlich-manifestes Revolver, die ziemlich bald zu durchschauende Konfrontation zwischen dem Bösen und dem Guten, der sich aufs Böse viel besser versteht, die klare Sozialstruktur und Rollenzuweisung, die den Kommunikationsstil so flüssig und filmreif machen, so daß auf sprachliche Mittel fast verzichtet werden kann – bilden eine sterilisierte Welt idealtypischer Situationen, da reale Probleme in ihr selten auftauchen. Diese Gesellschaftsformen lassen sich tatsächlich mit einfachen Formeln auf den Begriff bringen, im Gegensatz zu modernen Gesellschaften, an deren Komplexität marxistisch-orthodoxe Schemata vorbeigreifen. Die archaische Utopie, in der die Menschen so bleiben dürfen, wie sie eben sind und frei von Repressionen (außer der des Revolvers) ihre Natur ausleben dürfen, mag vielleicht die romantischen Tendenzen der Studentenbewegung befriedigen.

Ulrich Möllenstedt

## Warum der Italo-Westen so schön ist?

1. Der Italo-Westen ist so schön, weil es ihn gar nicht gibt.

Das nennt man Utopie.

2. Der deutsche Westen ist so schlecht, weil es ihn gibt.

Das nennt man Realität.

3. Der Italo-Westen ist so schön, weil in ihm die Revolver schießen ohne zu dampfen – und immer treffen. Und weil der Held ein autonomes Individuum ist, das Berge versetzen kann – mit seinem Revolver und mit seiner Cleverness; und weil ich mich mit dem Helden identifizieren kann – obwohl ich kein autonomes Individuum bin. Das nennt man Omnipotenzphantasie.

4. Im deutschen Westen gibt es aussichtslose Situationen, wenn fünf Scharfschützen ihre Revolver durch meine Tür stecken, da muß ich aufgeben und dies einsehen.

Das nennt man Realitätskontrolle.

Oder ich werfe mein Schießisen weg, weil ich es häßlich finde und sage mir: wer keins hat, auf den wird auch nicht geschossen.

Das nennt man Pazifismus.

5. Im Italo-Westen gibt es keinen Pazifismus und keine häßlichen Waffen. Dort sind die Revolver schön, und sie werden ge-

streichelt, wie bei uns die Frauen; und man kann auch Kunststücke mit ihnen machen, wie bei uns mit den Starfightern.

Das nennt man Ästhetisierung der Waffen.

6. Im Italo-Westen ist die Gewalt erlösend und gut und weil sie Notwehr ist und Gegengewalt und manchmal sozialrevolutionär. Und weil die Kugel aus dem guten Revolver sofort tötet und schmerzlos.

Das nennt man eine positive Konditionierung der Gewalt.

7. Im Italo-Westen gibts auch keine Mißverständnisse, weil man auf die Sprache verzichten kann, denn jeder weiß, was was bedeutet, und was ihn zu erwarten hat, wenn er jemanden trifft. Da gibt es keine enttäuschte Verwunderung, wenn die Revolver sprechen.

Das nennt man geglückte Interaktion.

8. In unserem Westen weiß keiner was was bedeutet, da muß man immer über Sprache sprechen und kann die Probleme nicht lösen, weil man keine Gewalt anwenden darf.

Das nennt man metasprachliche Frustration.

9. Und alles in allem ist die Welt im Italo-Westen übersichtlich. Clint Eastwood sagt es so: „Es gibt zwei Kategorien von Menschen, die einen haben einen geladenen Revolver und die anderen schaufeln“ sich ihr eigenes Grab, kann man ergänzen.

Das nennt man Klassengesellschaft.

Und aus all diesen Gründen gehe ich so gerne in Italo-Western und freue mich immer, wenn ich die ganzen teach-in-Besatzungen von früher treffe. Und dann klatschen wir, wenn die Tür im saloon aufgeht, fünf Revolver hineinschauen, der Held an der Theke erst das Whiskyglas fallen läßt und dann die fünf Revolver fallen und dann die Kerle, die zu den Revolvern gehörten.

Klaus Bloemker

Es gibt

# Werkkunstschulen

mit dem Status Fachschule,

# Werkkunstschulen

mit dem Status Fachoberschule,

# Werkkunstschulen

ohne Status Fachschule,

# Werkkunstschulen

ohne Status Fachoberschule,

# Werkkunstschulen

ohne Status, mit Inhalt,

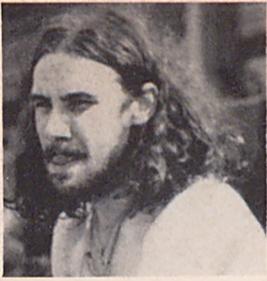
# Werkkunstschulen

mit Status, ohne Inhalt,

# Werkkunstschulen

mit Hochschulstatus, ohne Inhalt

**HfG**  
**Offenbach**



**Studierende  
aller Länder**



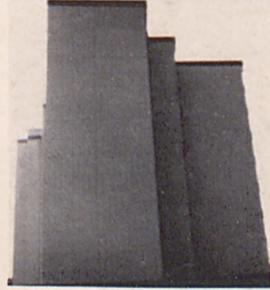
**kommt  
in Massen**



**an  
unser Institut**



**Wir  
arbeiten**



**für eine humanere  
Umwelt**



**und eine bessere  
Gesellschaft**



**Unser bisheriger  
Institutsleiter**

**wird  
nach der Erhebung  
der Werkkunstschule  
Offenbach  
zur Hochschule  
für Gestaltung**

**von einem  
progressiven,  
nicht nur  
für seine Karriere  
arbeitenden  
Kommunikations-  
theoretiker  
abgelöst.**

**Dieser  
neue Institutsleiter  
arbeitete vor seiner Berufung  
an die HfG  
an Problemen  
der Kommunikations-  
revolutionierung  
in der Gruppe  
Black Sabbath.  
Er wird  
seine bisherige Arbeit  
an der HfG fortsetzen.**

**HfG  
Offenbach**

